

31. Jahrgang

Nr. 4

Dezember 2020

Sozialimpulse

Rundbrief

**Dreigliederung
des sozialen
Organismus**

**US-Wahlen: Ende
des Bonapartismus?**

**Nach der Wahl:
Wohin gehen die USA?**

**Demokratie
im Krisenmodus**

Neues Geld

**Berichte, Betrachtungen,
Debatten, Initiativen**

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

**Die Wahlen in den USA –
Ende des Bonapartismus?**
(André Bleicher) _____ 3

**Amerika nach den Präsidentschaftswahlen:
Wohin gehen die USA?**
(Roland Benedikter) _____ 13

**Demokratie im Krisenmodus –
Ursachen und Auswege**
(Gerald Häfner, Zusammenfassung Stefan Padberg) _____ 18

Berichte

Trend Verantwortungseigentum _____ 25

Querdenker (Stefan Padberg) _____ 26

Grünen-Parteitag (Brigitte Krenkers) _____ 27

Die nicht geführten Debatten in der
Coronakrise (Stefan Padberg) _____ 27

Betrachtungen

Phönix aus der Asche? 50 Jahre Achberg
(Christoph Klipstein) _____ 30

Neues Geld (Hans-Florian Hoyer) _____ 33

Debatten

Dreigliederung des Geldes (Bernhard Steiner) _____ 35

Anmerkungen zu B. Steiners Artikel
(Hans-Florian Hoyer) _____ 36

Warum eigentlich freies Geistesleben?
(Matthias Wiesmann) _____ 37

Initiativen

Petition Geldwende (Kurt Wilhelmi) _____ 38

Ein trisektorales Bild der amerikanischen
Zukunft (Christopher Schaefer u.a.) _____ 39

Offener Brief (Rainer Schnurre) _____ 41

INKA-Jahresprogramm, Beuys-Ausstellung _____ 43

Soziale Kräfte, das Potenzial des Menschen
(Tatiana Uschakowa / Oksana Alekhina) _____ 44

Weltenwandler | Veränderungen im Institut _____ 45

Veranstaltungen: Klima | Institut f. soz. Dreigl. |
Soziale Zukunft | EBI Grundeinkommen _____ 46

Aufruf zum Kostenausgleich _____ 47

Kolloquium: Die Große Transformation I. _____ 49

Netzwerktreffen 2021 _____ 52

Impressum

Sozialimpulse – Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 – 23 68 950, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 18630480. Redaktion und Verwaltung: Prof. Dr. Christoph Strawe, Mitarbeit Stefan Padberg, Lektoratsmitarbeit: Katharina Offenborn. Gestaltungskonzept: Marion Ehrsam. Logo: Paul Pollock. Druck: Offizin Scheufele, Stuttgart. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr € 30,-). Zahlungen bitte durch Überweisung auf Treuhandkonto Czesla (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLADEST600) oder in bar. Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in DE können uns auch ein SEPA-Lastschriftmandat erteilen (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. ■

Editorial

Die Coronakrise hat auch in unseren Terminplanungen Spuren hinterlassen. Konnte das Februar-Kolloquium zur Weltlage wie geplant im Forum 3 stattfinden, so mussten wir mit dem Mai-Kolloquium zum Anthropozän ganz in die virtuelle Welt ausweichen. Zwischen 30 und 40 Menschen schalteten sich zu und konnten so 5 spannende Vorträge hören. Die Möglichkeiten zur Debatte wurden als begrenzt, aber doch vorhanden erlebt. Das ist eben, wie alles im Leben, auch ein Übeweg.

Das Herbstkolloquium über die Demokratie in der Krise fand wiederum als Präsenzveranstaltung unter Coronabedingungen im Forum 3 statt. Wir sind sehr dankbar, dass dies wenigstens noch geklappt hat, denn daran anschließend fand eine kleine, aber feine Abschiedsfeier für unseren langjährigen Mitstreiter und lieben Freund Udo Herrmannstorfer statt. Es wäre sehr schade gewesen, wenn wir diese Feier wegen Corona hätten absagen müssen.

Abgesagt werden musste jedoch leider das Jahrestreffen des Netzwerks Dreigliederung Ende November. Das Programm mit seinen Vorträgen und Arbeitsgruppen war nicht in ein Online-Format umwandelbar. Wir haben es kurzerhand in den kommenden Sommer verschoben und opfern dafür den Termin für unser Juni-Kolloquium. Hoffentlich spielt das Virus mit und lässt uns den Sommer über wieder in Ruhe!

Wir haben dann kurzfristig ein Online-Treffen für den 28.11. organisiert, an dem 30 bis 40 Menschen teilgenommen haben. Es gab 11 Initiativen-Berichte über vergangene und geplante Aktivitäten, deren Spuren Sie auch in diesem Heft wiederfinden. Berichte kamen von Herbert Schliffka über die geplante 50-Jahr-Feier in Achberg, von Sylvain Coiplet (Institut für soziale Dreigliederung), Markus Hornik (Partei für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit), Kurt Wilhelmi (Initiative Ökologischer Geldkreislauf), Karl-Dieter Bodack, Stefan Padberg, Heiko Schrepfer, von Moritz Christoph, Michael Birnthaler und Uwe Burka über das Projekt Weltenwandler, von André Bleicher zu unseren kommenden Kolloquien zu Transformationsfragen, von Ingrid Lotze und Ulrich Morgenthaler (Forum 3 Stuttgart) und Gerald Häfner (Sozialwissenschaftliche Sektion am Goetheanum Dornach). Es war in diesen merkwürdigen Zeiten ein ermutigendes Zeichen wahrzunehmen, wie der Impuls für die Dreigliederung des sozialen Organismus in so vielen unterschiedlichen Initiativen weiterlebt und -arbeitet. Verabredet wurde, dass wir am 6.2.2021 ein Folgetreffen online abhalten. Wir werden Sie hierüber noch per Newsletter informieren.

Einstweilen danken wir Ihnen für Ihre Treue im vergehenden Jahr und wünschen Ihnen allen einen geruhsamen Übergang

Christoph Strawe

Stefan Padberg

Die Wahlen in den USA:

Ende des Bonapartismus?

André Bleicher

„Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorhandenen, gegebenen und überlieferten Umständen.“

Karl Marx (MEW, Bd. 8, S. 115)

Schon im Wahlkampf war es zu ahnen gewesen: Diese Wahl würde keine Wahl werden, wie so manche andere. Doch die Ereignisse der Wahlnacht und der vom Auszählungsmarathon geprägten folgenden Tage zeigten, wie weit die Auflösung der Institutionen in den USA mittlerweile fortgeschritten ist. Als am Wahlabend um 19 Uhr 59 Washingtoner Ortszeit, der Noch-Präsident Donald Trump ankündigte, dass er den Ausgang der Wahl nicht anerkennen werde, da entlarvte er sich als potentieller Diktator, der willens war, den Weg vom Populismus zur autoritären Herrschaft zu beschreiten. Das war in der Tat ein historisches Moment, denn Trump machte unmissverständlich klar, dass er, nachdem er vier Jahre lang die demokratischen Institutionen seines Landes bekämpft hatte, nun auch bereit war, den letzten Schritt zu gehen, nämlich den Ausgang der Wahl zu negieren und damit die Axt an die Grundfesten der Demokratie zu legen. Jedem musste in diesem Moment klar werden, dass diese Wahl nicht einfach die Frage zu beantworten hatte, ob sich ein Machtwechsel ereignen würde oder nicht, sondern es vielmehr um die Frage nach der Akzeptanz der demokratischen Institutionen ging, also um das Fortbestehen der Demokratie in einem Land, das im 20sten Jahrhundert mehrfach die Demokratie in den globalen Auseinandersetzungen verteidigt hatte.

Am Wahlabend gerierte sich Trump als Putschist gegen die Demokratie – ein Schockmoment für die USA und darüber hinaus ein Warnsignal an die Demokratien dieser Welt. Denn es zeigte sich, wie ungemein fragil Demokratien geworden sind und dass selbst in einer über Jahrhunderte gewachsenen Demokratie wie den Vereinigten Staaten der demokratische Pfad verlassen werden kann. Dieser Befund behält auch dann seine Gültigkeit, wenn – geraume Zeit nach Schließung der Wahllokale – Joe Biden endlich als *president elect* bestätigt wurde. Bestenfalls nämlich sind die USA knapp an der Katastrophe vorbeigeschrammt. Biden agierte besonnen, indem er nicht in das Wettrennen der Ausrufung eines Wahlsiegers einstieg, sondern stattdessen darauf

bestand, das Verfahren der Auszählung zu achten. Er demonstrierte damit, dass das demokratische Amerika nach wie vor Kraft besitzt und längst nicht das ganze Land der Verachtung der Demokratie anheimgefallen ist.

Der antidemokratische Umbau der USA scheint zunächst einmal gebremst. Es ist allerdings zu fragen, wieso ein Trump einen solchen Aufstieg vollziehen konnte und wahrlich keinen Einzelfall darstellt: Putin in Russland, Erdogan in der Türkei, Orban in Ungarn und Kaczynskis Partei Recht und Gerechtigkeit in Polen stellen ähnliche Fälle dar.¹ Zehn Jahre nach der globalen Finanzkrise scheinen alle Hoffnungen auf ein schnelles Ende des Neoliberalismus und auf einen Aufbruch in eine öko-soziale Transformation enttäuscht. Vielmehr tobt eine heftige Auseinandersetzung zwischen denjenigen, welche den *status quo* bewahren möchten und den Fürsprechern nationalistischer, rassistischer und generell antimoderner Positionen. Die politische Linke kommt gegenwärtig offenbar über die Zuschauerrolle in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um moderne Demokratien nicht hinaus – von der Überwindung des Kapitalismus ist schon längst keine Rede mehr.

Die hektische Suche nach Erklärungen für den Aufstieg dieser regressiven politischen Strömungen hat zu einer Wiederentdeckung der Marxschen Bonapartismusanalyse geführt, welche dieser 1852 veröffentlichte. Fragmentierung der Klassen, Pattsituation in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, Verzicht des Bürgertums auf politische Herrschaft (und zur Not auch auf demokratische Errungenschaften) zugunsten der Ausübung ökonomischer Macht, Verselbständigung der Exekutive, vermittelte Herrschaft des Pöbels, das sind die zentralen Stichworte der Marxschen Analyse der „plebiszitären Diktatur“ (Marcuse 1965, S. 146). Micha Brumlik (2017, S. 19) etwa sieht in Donald Trump den Wiedergänger Louis Bonapartes und zwar nicht nur in charakterologischer Hinsicht, sondern auch in Bezug auf Situationen und Schichten, die beide an die Macht brachten. Es erscheint daher sinnvoll, die Marxsche Bonapartismusanalyse an den Anfang der Wahlanalyse zu stellen. Von dieser Theoriefigur aus gesehen soll dann die Wahlanalyse erfolgen und die Frage beantwortet werden, ob mit der Wahl Joe Bidens, die Gefahr des Bonapartismus gebannt werden konnte.

I. Ausnahmeform Bonapartismus

Die Schrift „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ nimmt im Werk von Karl Marx eine Schlüsselstellung ein. Im „achtzehnten Brumaire“ – gemeint ist der Tag des Jahres 1851, an welchem der Neffe Napoleons mittels Staatsstreich die traurigen Reste der zweiten französischen Republik eliminierte – rekapituliert Marx die Kette von Ereignissen, beginnend mit der Revolution im Februar 1848 bis hin zur vollständigen Machtübernahme Louis Bonapartes am 2. Dezember 1851. In Marx' Frankreich-Schriften

¹ Damit nicht genug, in Frankreich votierte jeder Dritte bei den Präsidentschaftswahlen für den Front National und in Deutschland sitzt die Alternative für Deutschland als drittstärkste Fraktion im Bundestag.

besetzt der „Achtzehnte Brumaire“ eine mittlere Position zwischen „Klassenkämpfe in Frankreich“ und „Bürgerkrieg in Frankreich“. Während erstere Schrift im Jahr 1850 in der Neuen Rheinischen Zeitung erscheint und die Jahre 1848 und 1849 der französischen Revolution behandelt, also gewissermaßen die unmittelbare Zeitspanne vor dem Coup d'État Louis Bonapartes, setzt „Bürgerkrieg in Frankreich“ im Jahr 1870/71 an. Damals ging Louis Bonaparte – nun Napoleon III – nach der Niederlage im deutsch-französischen Krieg ins englische Exil und die Geschichte der Commune de Paris nahm ihren Ausgang. Sie führte die steckengebliebene Revolution von 1848 weiter. Es ging in ihr, so Sebastian Haffner (1985, S. 70), um Dinge, die uns seitdem beschäftigen und um „die heute in aller Welt gerungen wird: Demokratie oder Diktatur, Rätssystem oder Parlamentarismus, Sozialismus oder Wohlfahrtskapitalismus, Säkularisierung, Volksbewaffnung, sogar Frauenemanzipation – alles das stand in diesen Tagen plötzlich auf der Tagesordnung“.

Im Jahr 1852 analysiert Marx im „achtzehnten Brumaire“ für das politisch interessierte Publikum, welches mit Personen und Ereignissen der Revolution von 1848 vertraut war, jene Ereignisse in Frankreich, die zum Scheitern der Revolution führten und den Aufstieg Louis Bonapartes ermöglichten. Die Artikelserie ist durchweg von einer schneidenden Schärfe geprägt und in polemischem Ton gehalten. Dies beginnt mit dem einleitenden Satz, in welchem Marx Hegels Satz, dass alle weltgeschichtlichen Ereignisse zweimal auftreten, mit der Ergänzung versieht: „das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.“ (MEW, Bd. 8, S. 115). Diese Polemik verführt indes dazu, zu übersehen, worum es Marx eigentlich geht: Er versucht mittels gesellschaftsanalytischer Vorgehensweise Gründe für das Scheitern der Revolution herauszuarbeiten. Was unterscheidet den „Achtzehnten Brumaire“ von den anderen zwei Frankreich-Analysen? Marx rekonstruiert Detail für Detail die Logik einer Restauration unter gesellschaftlichen Bedingungen, welche die unvollständige 1848er Revolution geschaffen hat.

Kurzfassung der Ereignisse

Der Einfachheit halber sei hier eine Kurzfassung der Ereignisse eingefügt: Louis Bonaparte wurde am 20. April 1808 geboren, sein Vater war der König von Holland und Bruder Napoleons I. Nach dem Untergang des ersten französischen Kaiserreichs ging seine Mutter, Hortense von Beauharnais, mit ihren Kindern ins Exil nach Deutschland, an den Bodensee. Hier wuchs Louis Bonaparte auf, bevor er sich in der Schweiz zum Artillerie-Offizier ausbilden ließ – Vorbild war natürlich sein Onkel, der seine Karriere als Offizier in einem Artillerieregiment begonnen hatte. Als Napoleon Bonapartes Sohn früh starb, rückte Louis Bonaparte in der Thronfolge, die freilich nur spekulativer Natur war, an die erste Stelle, weshalb er von den Bonapartisten als Napoleon III. tituliert wurde. Im Jahr 1836 scheiterte sein kläglicher Versuch, das Straßburger Regiment zum Putsch gegen den ‚Bürgerkönig‘ Louis Philippe zu überreden. Louis Bonaparte wurde aus Frankreich ausgewiesen und ging zuerst in die Vereinigten Staaten, dann nach Großbritannien. Von dort aus unternahm er

im Jahr 1840 einen erneuten Putschversuch: Mit nur 60 Gefolgsleuten fuhr er nach Boulogne, um die dortige Garnison zum Marsch auf Paris zu bewegen. Der Putsch endete wiederum in einem Desaster und Louis Bonaparte kam nach seiner Verurteilung in lebenslange Festungshaft. Diese verbrachte er mit dem Studium der Frühsozialisten und verfasste eine Broschüre über die „Ausrottung der Volksarmut“. Im Jahr 1846 gelingt es ihm, aus dem Gefängnis zu fliehen und nach England zu entweichen. Zwei Jahre später, zu Beginn der Revolution von 1848, kehrt er nach Frankreich zurück.

Dort war nämlich im Februar 1848 eine Revolution ausgebrochen, die den Sturz des Bürgerkönig Louis Philippe erzwang, und die, nach Auffassung der Sozialrevolutionäre, nicht bei der politischen Revolution verharren, sondern die soziale Revolution vollenden sollte. Dieses Unterfangen jedoch geriet ins Stocken. Die Sozialrevolutionäre konnten von dem durchgesetzten allgemeinen (Männer-)Wahlrecht nicht profitieren und erreichten bei den im April durchgeführten Wahlen nur 200 von insgesamt 900 Sitzen. Sieger waren die liberalen Republikaner, welche 350 Sitze erreichen konnten. Das Revolutionsbündnis der (linken) Sozialrevolutionäre und der bürgerlichen Republikaner zerbricht nach der April-Wahl, als die bürgerliche Fraktion sich weigert, den Führer der Sozialisten, Auguste Blanqui, in das fünfköpfige Exekutivkomitee aufzunehmen. Der Protest der Sozialisten um Blanqui verhallt ungehört. Als dann die bürgerliche Fraktion im Juni 1848 beschließt, die Nationalwerkstätten, die von der Linken eingerichtet wurden, um der Arbeitslosigkeit zu begegnen, wieder zu schließen, zettelt Blanqui den Juni-Aufstand an, welcher vom neuen Kriegsminister Cavaignac äußerst blutig niederkartätscht wird – daher nennt man dieses Morden bis heute nach dem Verantwortlichen ‚cavaignisieren‘. In der Folge wurden weitere soziale Reformen zurückgenommen und eine Verfassung erlassen, welche die sozialen Ziele zurücknahm und bürgerlich-konservative Ziele betonte: Herausgehoben wurden die Werte der ‚Familie‘, des ‚Eigentums‘ und vor allem die Bewahrung der ‚öffentlichen Ordnung‘.

In der anstehenden Präsidentschaftswahl schlägt die Stunde des Louis Bonaparte, da sich bürgerliche Revolutionäre und Sozialisten wechselseitig paralysieren und das Land nicht aus der Krise zu führen vermögen. Keine der Parteien hat wirklich gewonnen, vielmehr haben alle Klassenfraktionen partiell Siege erreicht und Niederlagen erlitten. Diese Situation kennzeichnet Marx als *bonapartistisch*, wenn er später, im „Bürgerkrieg in Frankreich“ (MEW, Bd. 17, S. 338f.) formuliert: „Zu einer Zeit, wo die Bourgeoisie die Fähigkeit, die Nation zu beherrschen, schon verloren und wo die Arbeiterklasse diese Fähigkeit noch nicht erworben hatte“, habe sich, in Gestalt Bonapartes „der Staat gegenüber der Gesellschaft verselbstständigt“. Nach der Niederschlagung des Arbeiteraufstands im Juni 1848 wurde noch im selben Jahr der im Volk beliebte Louis Bonaparte zum Präsidenten gewählt, mehr als fünf Millionen Franzosen stimmen für ihn, nur 1,4 Millionen für Cavaignac und lediglich 400.000 für Ledru-Rollin. In der ersten Phase der Präsidentschaft Louis Bonapartes werden weitere Errungenschaften der Revolution zurückgenommen:

Die Rechte und angemessenen Befugnisse der katholischen Kirche werden wiederhergestellt und das allgemeine Wahlrecht de facto abgeschafft.

Marx' Analyse

Marx' Analyse setzte unmittelbar an der Haltung der französischen Bourgeoisie nach der erfolgreichen Februarrevolution 1848 an, als diese das Bündnis mit den Proletariern aufzukündigen beginnt, da sie bemerkt, dass, so Marx (MEW, Bd. 8, S. 153), „alle Waffen, die sie gegen den Feudalismus geschmiedet, ihre Spitze gegen sie selbst kehrten, dass alle Bildungsmittel, die sie erzeugt, gegen ihre eigene Zivilisation rebellierten, dass alle Götter, die sie geschaffen, von ihr abgefallen waren. Sie begriff, dass alle sogenannten bürgerlichen Freiheiten und Fortschrittsorgane ihre Klassenherrschaft zugleich an der gesellschaftlichen Grundlage und an der politischen Spitze angriffen und bedrohten, also ‚sozialistisch‘ geworden waren.“

Der Präsident Louis Bonaparte ist nur unzulänglich an den parlamentarisch organisierten Willen des Volkes gebunden, die Verfassung lässt ihm großen Spielraum und sozial stützt sich Louis Bonaparte auf die Masse seiner Wähler, die Parzellbauern.² Das ist damals eine, wie Marx sagt, *unorganische* Klasse, die in so elenden Bedingungen lebt, dass sie – anders als die in den Städten beheimateten *organischen* Klassen – keine Chance hat, sich selbst zu organisieren und zu repräsentieren. Kollektiv handlungsunfähig kann sie sich im Parlament nicht vertreten und muss daher darauf setzen, von einer ihr fremden Autorität vertreten zu werden, die zugleich ihr Herr ist.³ Als dieser Herr dient sich dieser Gruppe der Neffe des Mannes an, der sie zu Beginn des Jahrhunderts aus der feudalen Knechtschaft befreit und das Privateigentum an Grund und Boden eingeführt hatte. Die Regierung Louis Bonapartes habe sich – so Marx – auf das „Lumpenproletariat“ gestützt, den „Auswurf, Abfall, Abhub aller Klassen“ sowie auf einen großen Teil der konservativen Parzellbauern, die – voneinander isoliert – keine Klasse bildeten, deshalb ihre Interessen nicht vertreten konnten und vertreten werden mussten.⁴ Die Situation verändert sich mit den Präsidentschaftswahlen grundlegend, die Exekutive wird immer mächtiger, das Parlament immer ohnmächtiger. Das Parlament repräsentiert – trotz des Ausschlusses der Arbeiter – immer noch den vielstimmigen Willen des Volkes, während der Präsident als Präsident der Bauern handelt. So spiegelt sich in der Situation die Differenz zwischen Stadt und Land, Zentrum und

Peripherie sowie der Gegensatz zwischen Parlament und Präsident. Das Parlament verwandelt sich nun mehr und mehr in eine Diktatur einer Klasse über alle anderen. Die jakobinische Fraktion – sie nennt sich so in Erinnerung an die Große Französische Revolution Montagnards –, welche sich auf das städtische Kleinbürgertum stützt, gerät immer stärker in die Defensive und wird bereits einen Monat nach der Wahl vom 28. Mai 1849 mit Sondergesetzen marginalisiert, aus allen Machtpositionen entfernt, im Parlament mundtot gemacht und ins Exil getrieben, abgeurteilt, verhaftet. In ihrer Angst vor dem „Gespenst“ Kommunismus verbünden sich die bürgerlichen Revolutionäre mit den monarchistisch gesinnten Feinden der Republik zur „Partei der Ordnung“. Diese wird in der legislativen Nationalversammlung ihre eigene Verfassung im Interesse von Eigentum, Sicherheit, Ruhe und Ordnung so oft brechen, bis die Exekutive unter Führung Louis Bonapartes die Macht schließlich in einem endgültigen Verfassungsbruch ganz an sich reißen kann. Am 2. Dezember 1851 – nach dem Revolutionskalender dem 18. Brumaire – putschte Bonaparte und sprach sich selbst diktatorische Vollmachten zu. Ein Jahr später ließ er sich nach einem Plebiszit zum Kaiser ernennen und firmierte fortan als Napoleon III. Der Coup d'État des mediokren, kriminellen Nefen Napoleons I. führt die zweite Republik – um mit Ernst Bloch zu sprechen – zur Kenntlichkeit. Er ersetzt „Liberté, égalité, fraternité [...] durch die unzweideutigen Worte: Infanterie, Cavallerie, Artillerie.“ (MEW, Bd. 8, S. 148). Die Entscheidung zwischen einer entgrenzten Exekutive, welche sich alle Klassen unterwirft, und einer Bourgeoisie, die immer noch den Schein des Gesetzes wahrt, fällt zugunsten einer sich verselbständigenden Staatsmacht. Damit ist das *zweite Merkmal bonapartistischer Situationen* benannt: das Scheitern der Revolution und die *Etablierung autoritärer Herrschaft*.

Mit dem „Achtzehnten Brumaire“ vollzieht Marx (MEW, Bd. 8, S. 167) eine Revision der in dem „Kommunistischen Manifest“ formulierten These, dass Klassenkämpfe der Motor der Geschichte seien. Nun muss er feststellen, dass „die Niederlage vom Juni 1848“ die Arbeiter für Jahre kampfunfähig gemacht habe und dass der geschichtliche Prozess zunächst wieder über ihren Köpfen vor sich gehen müsse. Noch wichtiger jedoch erscheint, dass Marx mit dem „Achtzehnten Brumaire“ seine Analyse auf die gesellschaftlichen Verhältnisse richtete, welche Kapitalismus ausmachen. Das mündete schließlich in einer Analyse des Kapitals in seinem gleichnamigen Hauptwerk, das 1867 erschien und die Unvollständigkeit der Demokratie in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften benennt (MEW, Bd. 1, S. 231). Diese besteht darin, dass sie einerseits Möglichkeiten der gesellschaftlichen Integration birgt, indem sie Spielräume für kreatives Handeln eröffnet und der Mystifikation kapitalistischer Ausbeutung (MEW, Bd. 23, S. 562) Genüge tut. Andererseits weist auch die unvollständige bürgerliche Demokratie immer auch überschießende Möglichkeiten auf, welche gesellschaftliche Emanzipation oder gar Überwindung des Kapitalismus beinhalten.

2 Aus heutiger Sicht hält Marx' Analyse einem historischen Faktencheck nicht mehr in allen Punkten stand. So zeigt Dorothea Schmidt (2018, S. 38 – 55), dass die Parzellbauern partiell auch gegen den Bonapartismus rebellierten.

3 Zu bemerken ist, wie Marx hier die Herrschaft-Knechtschaft-Dialektik aus Hegels (Werkausgabe, Bd. 3, S. 145) Phänomenologie des Geistes aufnimmt und aus seiner Sicht vom Kopf auf die Füße stellt.

4 Dass der Begriff „Lumpenproletariat“ zu problematisieren ist, zeigt Peter Bescherer (2013) in seiner Studie „Vom Lumpenproletariat zur Unterschicht“, die den schillernden Begriff nicht als ausschließlich defizitär, wie Marx, wiedergibt, sondern um das kreative und revolutionäre Potential dieser „Nichtsnutze“ (Robert Castel 2000, S. 359) erweitert. Für Castel sind diese „Nichtsnutze“ Menschen, die in der Gesellschaft keine Heimat haben, da sie mit ihren Fähigkeiten in dieser nicht (mehr) nützlich sind, da diese Fähigkeiten in der arbeitsteiligen Gesellschaft entwertet wurden.

Spannungsverhältnis von Kapitalismus und Demokratie

Historisch betrachtet waren es also keineswegs die bürgerlichen Klassen, welche den Parlamentarismus und die liberale Demokratie durchsetzten. Das Bürgertum fürchtete vielmehr die Dynamik demokratischer Bewegungen und gab mit dem europäischen Revolutionszyklus des Jahres 1848 auf, wie Eric Hobsbawm (2017, S. 33) formuliert, „eine revolutionäre Kraft zu sein“. Allerdings mussten die Bewahrer der bestehenden Ordnung lernen, „Politik mit Rücksicht auf das Volk zu machen“ (Hobsbawm 2017, S. 39). Es bedurfte der Pariser Kommune mit ihren sozialistischen Zielsetzungen, um die europäischen Kernländer allmählich dazu zu bringen, Parlamente und allgemeines Wahlrecht zu akzeptieren. Das Spannungsverhältnis von Kapitalismus und Demokratie vor Augen, lässt sich präzisieren, worin das Besondere der bonapartistischen Ausnahmeform besteht.

Bonapartismus ist eine Herrschaftsform, die aus demokratischen Verhältnisse hervorgeht und in der das Spannungsverhältnis von Kapitalismus und Demokratie in einem Interregnum stillsteht: Die Kräfte des Neuen noch zu schwach, um die Entwicklung der Revolution weiterführen, die Kräfte der Restauration hingegen nicht mehr stark genug, um die alten Verhältnisse wieder vollkommen herstellen zu können. In dieser Situation delegieren beherrschte Klassen (Parzellbauern und Lumpenproletariat) ihre Interessen an einen Repräsentanten (Napoleon III.), der ihnen soziale Vergünstigungen und die Herstellung einer gesellschaftlichen Ordnung verspricht und die Gelegenheit ergreift, die Demokratie zu liquidieren.⁵

Der kommunistische Häretiker August Thalheimer (1967) hat die Marxsche Bonapartismusanalyse genutzt, um den Faschismus seiner Zeit zu erklären.⁶ In Deutschland war die Novemberrevolution notwendig, um die Monarchie zu stürzen und elementare Errungenschaften, wie das Frauenwahlrecht, durchzusetzen. Darüber hinaus gelang die Institutionalisierung elementarer sozialer Rechte, wie des Acht-Stunden-Tages. Gleichzeitig wurden die Errungenschaften der repräsentativen Demokratie zur Rückfallposition der herrschenden Eliten, um die Entwicklung und Transformation der Gesellschaft in Richtung einer Räte Demokratie zu unterbinden (Rosenberg 1962).⁷ Dieser Situation des ‚nicht mehr‘ aber auch des ‚noch nicht‘ ist es zuzuschreiben, dass die demokratischen Institutionen der Weimarer Republik fragil blieben, um schließlich der nationalsozialistischen Herrschaft zu weichen, in welcher auch das Großbürgertum einem – nunmehr faschistischen – Bonaparte

⁵ Was indes nur möglich war, weil er die Errungenschaften der bürgerlichen französischen Revolution unangetastet ließ.

⁶ Leo Trotzki (1999) und Antonio Gramsci (1991) haben ähnliche Gedanken in ihrer Analyse des Faschismus hervorgebracht. Bei Gramsci (1991, S. 354f.) heißt es: „Der Aspekt der modernen Krise, der als ‚Materialismuswelle‘ beklagt wird, ist mit dem verbunden, was ‚Autoritätskrise‘ heißt. Wenn die herrschende Klasse den Konsens verloren hat, das heißt nicht mehr ‚führend, sondern einzig herrschend‘ ist, Inhaberin der reinen Zwangsgewalt, bedeutet das gerade, daß die großen Massen sich von den traditionellen Ideologien entfernt haben, nicht mehr an das glauben, woran sie zuvor glaubten etc. Die Krise besteht gerade in der Tatsache, daß das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann: In diesem Interregnum kommt es zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen [...]“

⁷ In diese rätendemokratische Transformationsbestrebung ist auch Rudolf Steiners (GA 23) Ansatz der Dreigliederung des sozialen Organismus einzuordnen.

unterworfen war. Wie zuvor der italienische, beendete der deutsche Faschismus ein Interregnum, welches aus Sicht der Treiber des Kapitalismus eine Revitalisierung der Ökonomie behinderte. Freilich weist August Thalheimer zurecht darauf hin, dass die Herstellung autoritärer Herrschaft keiner proletarischen Revolution zuvorkam, vielmehr reagierte der deutsche Faschismus auf einen mehr oder minder erfolgreichen sozialen Reformismus; als sich die Gelegenheit ergab, die Institutionen einer noch sehr embryonalen sozialen Demokratie zu liquidieren, wurde dies mit stiller oder aktiver Hilfe eines erheblichen Teiles der Bourgeoisie getan. Der New Deal in den USA oder die industrielle Demokratie in Schweden belegen indes, dass andere Wege aus der Krise durchsetzbar waren.⁸

Liberale Demokratien sind Produkt und Medium einer antagonistischen Vergesellschaftung von Politik. Sie öffnen die politische Arena für breite Bevölkerungsschichten. Daher gibt es in kapitalistischen – aber auch in postkapitalistischen – Klassengesellschaften keine Bestandsgarantie für demokratische Institutionen. Demokratie ist für den Kapitalismus dann besonders wertvoll, wenn es gilt, antagonistische Akteure friedlich zu integrieren. Das bedeutet aber auch, dass sich Kapitalismus und Demokratie keineswegs im Gleichklang entwickeln, sondern zeitlich befristete Bündnisse eingehen, welche sich durchaus als revidierbar erweisen. Bonapartismustheorien sind dann von Bedeutung, wenn das Spannungsverhältnis von Kapitalismus und Demokratie offen hervortritt und eine Befriedung dieser Spannungen nicht zu gelingen scheint. Allerdings darf nicht jede Form autoritärer Herrschaft unter den Begriff Bonapartismus subsumiert werden. Insbesondere sind Bonapartismustheorien von Bedeutung, wenn gewissermaßen Demokratie beginnt, sich von innen heraus zu entdemokratisieren, weil bestimmten Gruppen progressive Wege zur Interessendurchsetzung verstellt sind. Soll die Ausnahmeform Bonapartismus auf die Entwicklungen in den USA angewandt werden, so sind drei Bausteine einer genauen Analyse zu unterziehen: (1) die ausgebliebene Revolution, (2) das politische Interregnum und (3) der „transformismo“ (Gramsci 1991, S. 98) rechter Parteien, der in die Vergangenheit gerichtet ist.

II. Die ausgebliebene Revolution – „So we beat on, boats against the current, borne back ceaselessly into the past.“⁹

Im 20. Jahrhundert haben die USA mehrfach Phasen großer sozialer Reformen durchlaufen, die berühmteste, der New Deal (vgl. hierzu Adelstein 1991), setzte am Ende der 1920er Jahre an und verwandelte viele politische Ideen der amerikanischen ‚Progressives‘ in gesellschaftliche Realitäten,

⁸ Mit der Russischen Revolution wurde sogar die Möglichkeit der Überwindung des Kapitalismus unter Beweis gestellt. Dass dies bei gleichzeitiger Ausschaltung des Parlaments, drastischer Einschränkung bürgerlicher Freiheiten, Okkupation der Räte (Sowjets) durch die Bolschewiki und allmählicher Errichtung einer Einparteiensherrschaft geschah, darf jedoch nicht beiseite geschoben werden.

⁹ Hier wird als Motto der letzte Satz des großen amerikanischen Romans, *The Great Gatsby*, von Scott Fitzgerald (2006, S. 113) zitiert.

darunter Arbeitslosenversicherung, Mindestlöhne und Kollektivvertragsrechte. Zunächst schien die Wahl Roosevelts keinen großen Linksruck darzustellen. Während des Wahlkampfes hatte der demokratische Herausforderer seinen Widersacher Hoover dafür kritisiert, während seiner Amtszeit zu viel Geld ausgegeben zu haben. Roosevelt selbst versprach die öffentlichen Ausgaben um sage und schreibe 25 Prozent zu kürzen. Freilich konnte Roosevelt sein Versprechen eines ausgeglichenen Haushalts unmöglich erfüllen. Immerhin versuchte er das Defizit zu verringern, indem er die Gehälter der Staatsbediensteten und die Leistungen für Kriegsveteranen kürzte. Frische Steuereinnahmen sollte die Aufhebung der Prohibition in die Staatskassen spülen.

Seine ersten Maßnahmen im Weißen Haus kombinierten die Einlösung progressiver Versprechungen – insbesondere im Hinblick auf die Arbeitsgesetzgebung – mit reaktionären Maßnahmen, was dem progressiven Common Sense der damaligen Zeit zuwider lief: Unterstützung von Großunternehmern, um oligopolistische Vereinbarungen zu erreichen, und Subventionen für die absichtliche Zerstörung von Ernten und Vieh, um die Preise für Agrarerzeugnisse zu erhöhen.

Doch ab 1935 wandte sich die Roosevelt-Regierung endgültig nach links. In diesem Jahr brachten die New Dealers ihr dauerhaftestes Vermächtnis auf den Weg: die Verabschiedung des Sozialversicherungsgesetzes. Es war ein wichtiger Teil des so genannten Second New Deal, der ein Pensionssystem für Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfälle und Alter vorsah und damit Stress, Unsicherheit und die Angst vor dem Bankrott unter den amerikanischen Arbeitnehmern erheblich reduzierte.

Roosevelts Weg nach links war weniger ideologischer Überzeugung geschuldet als vielmehr Pragmatismus angesichts einer neuen politischen und wirtschaftlichen Lage. Die klassenübergreifenden Kooperationsbemühungen des ersten New Deal waren durch das gemeinsame Vorgehen des Supreme Court und einer feindlich gestimmten Unternehmerschaft zusammengebrochen, die sich über die neue Macht erbosten, die der Arbeiterbewegung zugestanden wurde. 1934 aber katapultierten die Kongresswahlen zahlreiche Progressive ins Repräsentantenhaus und ließen die Republikanische Partei in einer so schwachen Position zurück, dass die Roosevelt-Administration ohne eine effektive rechtsgerichtete parlamentarische Opposition regieren konnte.

Die wirtschaftspolitische Strategie des ersten New Deal – im Wesentlichen die Reduzierung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, um die Deflation zu bekämpfen – ein Ansatz, der damals als „organisierte Knappheit“ bekannt war –, zeitigte keine großen makroökonomischen Ergebnisse. Und, was noch wichtiger war, sie hatte das von tiefgreifenden sozialen Unruhen erschütterte Land nicht befrieden können.

Doch Roosevelt hatte den Mut und die Kraft den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Neben dem

Sozialversicherungssystem beinhaltete der zweite New Deal auch eine progressive Steuerreform, größere Organisationsgarantien für die Arbeiter und massive Mittel, um Arbeitslose öffentlich befristet zu beschäftigen. Das weckte Erwartungen, dass der Staat schließlich zum „employer of last resort“ werden würde, zielte die neue Politik doch darauf ab, die Nachfrage durch die Ausweitung des Binnenmarkts und die Erhöhung der Kaufkraft der Arbeiterklasse zu stimulieren. Die neuen Maßnahmen hatten einen ausgeprägten keynesianischen Beigeschmack, und tatsächlich begannen ab 1938 junge keynesianische Ökonomen eine immer wichtigere Rolle in der Roosevelt-Administration zu spielen, indem sie den Präsidenten von der Notwendigkeit überzeugten, in Friedenszeiten dauerhaft auf Haushaltsdefizite zurückzugreifen, um die Binnennachfrage anzukurbeln.

Die Linkswende des Jahres 1935 ermöglichte es Roosevelt, in gemäßigter Form einige der fiskal- und geldpolitischen Vorschläge der populistischen Führer zu übernehmen und sich gleichzeitig den Gewerkschaften anzunähern – eine politische Strategie, die in einer Allianz zwischen dem Weißen Haus und der Arbeiterbewegung bei den Präsidentschaftswahlen 1936 gipfelte. Um den Kapitalismus vor den destruktiven Tendenzen des Kapitals selbst zu retten, zögerte Roosevelt Ende der 1930er Jahre nicht, sich mit den Gewerkschaftern zu verbünden und die Unternehmer vor den Kopf zu stoßen.

Wie die progressive Phase des New Deal ist auch die Gegenwart wieder durch monopolistische Wirtschaftsmacht geprägt, was zu enormer Ungleichheit geführt hat und die Demokratie als solche bedroht. Wie die 1930er Jahre war auch das vergangene Jahrzehnt von Massenarbeitslosigkeit geprägt; es wurde eindringlich demonstriert, wie prekär die Position der amerikanischen Arbeiter ist. Die meisten amerikanischen Reformbewegungen kennzeichnet ein puritanischer Zug, ein Eifer individueller Selbstbekehrung, der so ausgeprägt sein kann, dass er die Anstrengung, materielle Umstände konkret zu verändern, manchmal ersetzt. Am Anfang solcher Bewegungen stehen meist Proteste von unten – von verarmten Farmern, streikenden Arbeitern, entrechteten Schwarzen im Süden. Wenn eine Bewegung dann die Mittelschicht erfasst, macht diese sich deren Anliegen auf eine Weise zu eigen, die der Historiker Richard Hofstadter (1955) mit Blick auf die ‚Progressives‘ als moralische Reinigung bezeichnet.

In den letzten Jahren konnten in den USA sporadische Momente eines neuen moralischen Erwachens beobachtet werden: *Occupy Wall Street* im Jahr 2011: ein utopisches Flimmern, welches von der Sehnsucht nach einer nachhaltigen Regulierung der Finanzmärkte geprägt war; dann gegen Ende der Obama-Jahre die ersten *Black-Lives-Matter*-Proteste; schließlich die beiden Sanders-Wahlkampagnen, ein politisches Ventil für die antikapitalistischen Bestrebungen junger Menschen. Donald Trumps Wahlsieg beschleunigte und intensiverte dieses Erwachen: Ihm folgten der *Women’s March on Washington* nach seiner Amtseinführung; das Aufkommen von *Anti-Trump-Resistance*-Gruppen, die größtenteils aus Mittelschichts-

frauen mittleren Alters bestehen, für die Aktivismus eine neue Erfahrung ist; die #MeToo-Bewegung als eine stärker auf private Umgangsformen denn auf die Politik konzentrierte Erscheinung; Demonstrationen zur Unterstützung von Immigranten auf Flughäfen und entlang der Südgrenze; die Rückkehr der Forderung nach einem Ende der auf Rassismus basierenden Ungerechtigkeit als beherrschendes Thema, das landesweit Protestaktionen auslöst.

Insbesondere am bemerkenswerten ersten Vorwahlkampf von Bernie Sanders zeigt sich, dass – mit ein wenig Nachhilfe von Black Lives Matter – die progressive Bewegung in den USA ernsthaft daranging, zwei Anliegen miteinander zu verbinden. Mit seiner Kampagne gegen die „manipulierte Ökonomie“ (rigged economy), die seit dreißig Jahren unverdrossen massive Umverteilung von unten nach oben betreibt, sprengte Sanders den herrschenden neoliberalen Common Sense. Gleichzeitig nahm er das „manipulierte politische System“ ins Visier, das diese Ökonomie gefördert und geschützt hat. Jahrzehntlang bemühten Demokraten und Republikaner sich in stillem Einverständnis, jeden ernsthaften Strukturreform-Vorschlag zunichtezumachen, während sie anderweitig Schlachten schlugen, deren Getöse die Öffentlichkeit vollauf beschäftigte und ablenkte. Jetzt aber kam Sanders und brandmarkte nicht nur die Herrschaft „der Milliardärsklasse“, er wagte es gar, von „demokratischem Sozialismus“ zu sprechen. Und diese Sprache schreckte potentielle Unterstützer keineswegs ab, sondern rief im Gegenteil Empfindungen wach, die seit *Occupy Wall Street* geschlummert hatten. Schnell wuchs sich die Vorwahlkampagne zu einer machtvollen politischen Protestbewegung aus und es schien zeitweise, als würde eine soziale Antwort auf die mit der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise aufgeworfene Frage möglich. Damit ist gemeint, dass das wichtigste Mittel zur Überwindung ökonomischer Krisen im Kapitalismus, die Generierung von Wirtschaftswachstum auf Grundlage hohen Energieausstoßes, Ressourcen- und Energieverbrauchs, zunehmend ökologisch destruktiv und daher gesellschaftszerstörend wirkt. Die kapitalistischen Zentren stehen also vor der Entscheidung, entweder einen Weg zu finden, wie Wachstum ökologisch und sozial zu gestalten ist, oder aber gesellschaftliche Stabilität ohne Wachstum herzustellen (Jackson 2009, S. 128). Diese Konstellation ist das Ergebnis einer über Jahrzehnte währenden Hyperglobalisierung, oder um es präziser zu beschreiben: einer Kette äußerer und innerer Landnahmen: Kapitalistische Gesellschaften beruhen auf einem Expansionsparadoxon. Sie können sich nicht reproduzieren, ohne ein nichtkapitalistisches Anderes zu okkupieren und allmählich zu absorbieren. So lässt sich die Dynamik moderner Gesellschaften als Abfolge von Landnahmen begreifen. Land meint dabei nicht nur Grund und Boden, sondern auch Produktionsweisen, Lebensformen und Wissensbestände, die noch nicht, oder zumindest nicht vollständig, kommodifiziert worden sind.

Robert Putnam (2020) hat jüngst ein Buch unter dem Titel „How America came together a century ago and how we can do it again“ veröffentlicht. Auf der Grundlage statistischer Daten stellt Putnam den

Verlauf der Jahre seit 1890 in vier Linien dar, die sieben Jahrzehnte hindurch steil ansteigen, dann aber ebenso steil abstürzen. Diese Linien stehen für wirtschaftliche Gleichheit, politische Kooperation, soziale Kohäsion und eine Kultur der Solidarität. Sie alle beginnen tief unten, im elenden Sumpf des Gilded Age, des angeblich Goldenen Zeitalters, um dann durch die Progressive Ära, den New Deal und die Bürgerrechtsbewegung einen Zuwachs an Egalitarismus, Kohäsion und Altruismus zu erreichen. Dessen Höhe- und Scheitelpunkt verzeichnet Putnam etwa 1965 – im Jahr des Selma-Marsches für die Wahlrechte der Schwarzen, des Voting Rights Act und der Einführung des Medicare-Programms zur Krankenversicherung. Von da an fallen diese Linien ein halbes Jahrhundert hindurch bis zum gegenwärtigen Zustand ab, in das zweite Gilded Age, ein Zeitalter der Twitter-Kriege und der Kühlwagen voll Covid-Toter.

Diesen – stark schematisierten – Verlaufsbogen bringt Putnam auf die Formel „Ich-Wir-Ich“. Er möchte zum „Wir“ zurückfinden und schöpft Mut im Rückblick auf den Beginn der vorigen Aufstiegskurve, Anfang des 20. Jahrhunderts. Die Progressive Ära, so stellt er es dar, war das Resultat einer Entwicklung, in der zahllose Bürger sich in ihren jeweiligen Einflussphären engagierten und dadurch, dass sie zueinander fanden, ein enorm wirkungsvolles Ferment der Kritik und des Wandels erzeugten – wodurch sie den Sprung vom ‚Ich‘ zum ‚Wir‘ tatsächlich schafften. Putnams Blick auf die Geschichte ist erhellend, aber konkrete Hinweise, wo ein neuer Aufschwung ansetzen könnte, findet man bei ihm nicht. In der Summe jedoch sind die 2010er Jahre ein Jahrzehnt sozialer Aufbrüche, aber ohne greifbare Erfolge. So ist mit einiger Berechtigung von einer ausgebliebenen Revolution zu sprechen: Die Akteure – um es mit dem eingangs zitierten Scott Fitzgerald zu formulieren – regen die Ruder, stemmen sich gegen den Strom und treiben doch stetig zurück, dem Vergangenen zu.

III. Das politische Interregnum

Worin besteht nun das politische Interregnum? Es setzt sich zusammen aus alten und neuen Eliten, dem hegemonialen Wirtschaftsbürgertum und dessen Verbündeten, aufsteigenden Akteuren der digitalen Ökonomie sowie Außenseiterfraktionen, welche eine ökologisch-sozial orientierte Gesellschaft präferieren, denen es bislang jedoch nicht gelungen ist, nachhaltige Auswege aus der Krise zu weisen. In der Summe haben diese Akteure des Interregnums einer Art progressiven Neoliberalismus hervorgebracht. Dies mag nach einem Oxymoron klingen, tatsächlich aber handelt es sich um eine real existierende, wenngleich problematische politische Konfiguration, in welcher wohl ein Schlüssel zum Verständnis von Trumps Wahlsieg im Jahr 2016 zu suchen ist. In der US-amerikanischen Form ist der progressive Neoliberalismus eine Allianz zwischen tonangebenden Strömungen der neuen sozialen Bewegungen einerseits (Feminismus, Antirassismus, Multikulturalismus und den Verfechtern von LGBTQ-Rechten) und kommerziellen, oft dienstleistungsbasierten Sektoren von hohem Symbolgehalt andererseits (Wall Street,

Silicon Valley und Hollywood). Hier stehen progressive Kräfte faktisch im Bündnis mit den Kräften des (Wissens-)Kapitals, insbesondere der Finanzialisierung. Erstere borgen dabei, ob unbewusst oder auch nicht, den Letzteren ihr Charisma. Ideale wie Vielfalt und Empowerment dienen nun der Verklärung politischer Entwicklungen, die zur Zerstörung des produzierenden Sektors und der Lebensverhältnisse der Mittelschicht geführt haben, an denen die darin Beschäftigten einst teilhaben konnten.

Der progressive Neoliberalismus hat sich in den Vereinigten Staaten seit grob gesagt drei Jahrzehnten herausgebildet und die Wahl Bill Clintons im Jahr 1992 markiert in etwa seinen Beginn. Clinton war der eigentliche Architekt und Bannerträger der „New Democrats“, des US-Gegenstücks zu Tony Blairs „New Labour“. Anstelle der New-Deal-Koalition aus gewerkschaftlich organisierten Industriearbeitern, Afroamerikanern und städtischen Mittelschichten bildete er ein neues Bündnis aus Unternehmern, Vorortbewohnern, neuen sozialen Bewegungen und jungen Leuten. Sie alle bewiesen ihre Fortschrittlichkeit, indem sie auf Vielfalt, Multikulturalismus und Frauenrechte schworen. Ungeachtet seiner Förderung progressiver Ideen und Kräfte dieser Art, hofierte Clintons Regierung die Wall Street. Während sie die US-Wirtschaft der Finanzialisierung überantwortete, deregulierte sie das Bankensystem und handelte jene Freihandelsabkommen aus, die zu beschleunigter Deindustrialisierung führten. Auf diese Weise ‚links liegen gelassen‘ wurde der „Rostgürtel“ – einst die Bastion der sozialen Demokratie des New Deal – zu der Region, die heute für Donald Trump eine stabile Wählerbasis darstellt. Neben neueren Industriegebieten im Süden wurde vor allem diese Region besonders hart getroffen, als sich im Lauf der letzten beiden Jahrzehnte die Finanzialisierung durchsetzte und dann völlig aus dem Ruder lief. Clintons Politik, die seine Nachfolger – Barack Obama inbegriffen – übernahmen und fortschrieben, verschlechterte die Lebensverhältnisse aller arbeitenden Menschen, besonders aber derer, die in der Industrieproduktion beschäftigt waren. Der Clintonismus trägt, kurz gesagt, eine erhebliche Verantwortung für die Schwächung der Gewerkschaften, den Niedergang der Reallöhne, die zunehmende Prekarisierung der Arbeit und das Aufkommen des „Doppelverdiener-Haushalts“ anstelle des obsolet gewordenen Familienlohns, den vordem der werktätige „Ernährer“ nach Hause brachte.

Der Angriff auf die soziale Sicherheit erfolgte also hinter einer täuschenden Fassade, die mit dem von den neuen sozialen Bewegungen geborgten Charisma kreierte wurde. So wird beispielsweise der Doppelverdiener-Haushalt als ein Triumph des Feminismus präsentiert, doch die Realität hinter dem Trugbild besteht aus Lohndruck, geringerer Arbeitsplatzsicherheit, sinkenden Lebensstandards, einem steilen Anstieg der Lohnarbeitsstunden pro Haushalt, der Verschärfung des Zweischicht- zum immer häufiger praktizierten Drei- oder Vierschichtsystem, einer wachsenden Zahl alleinlebender und alleinerziehender Frauen sowie den verzweifelt Bemühungen, Pflegearbeit auf andere abzuwälzen, insbesondere auf arme, rassistisch diskriminierte und/oder immigrierte Frauen. Darüber hinaus

herrschte in den USA während all der Jahre, in denen die Industrieproduktion einbrach, ein dröhnender Dauerdiskurs über „Vielfalt“, „Frauen-Empowerment“ und „Kampf gegen Diskriminierung“ (Fraser 2016). Fortschritt wurde zunehmend mit meritokratischen Ansprüchen statt mit Teilhabe und Partizipation gleichgesetzt. Zum Maßstab der Emanzipation avancierte dadurch der Aufstieg von „talentierten“ Frauen, Minderheiten, Schwulen und Lesben in der kommerziellen Winner-take-all-Hierarchie – und nicht mehr deren Abschaffung. Diese linksliberal-individualistischen Fortschrittsvorstellungen traten nach und nach an die Stelle der weiterreichenden, antihierarchischen, egalitären, klassenbewussten und antikapitalistischen Auffassungen von Emanzipation, die in den 1960er und 1970er Jahren floriert hatten. Mit der Schwächung der Neuen Linken verschwand deren Grundsatzkritik an der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft, und die landestypische liberal-individualistische Geisteshaltung setzte sich erneut durch. Was dieses Bündnis jedoch perfektionierte, war das Zusammentreffen dieser Entwicklung mit dem aufkommenden Neoliberalismus. Eine Partei, die die kapitalistische Ökonomie liberalisieren wollte, fand ihren Traumpartner in einem meritokratischen und unternehmerfreundlichen Feminismus, der sich auf das Durchbrechen „gläserner Decken“ konzentrierte. Somit verbindet der progressive Neoliberalismus verkürzte Emanzipationsideale mit gefährlichen Formen der Finanzialisierung. Der progressive Neoliberalismus markiert ein Interregnum, in dem die Verlierer mehr und mehr der gesellschaftlichen Wahrnehmung entglitten. Insbesondere seit Obamas austeritätspolitischen Wende im Frühjahr 2010 sanken die Zustimmungswerte für sämtliche politische Institutionen auf historische Tiefstände. Als Obama im Januar 2009 sein Amt antrat, hatten – nach Angaben der Meinungsforschungsplattform RealClearPolitics – 33,4 Prozent der Amerikaner eine positive Meinung von der Arbeit des Parlaments und 60 Prozent eine negative¹⁰. Unter Obama wuchs die Unzufriedenheit auf 76,3 Prozent. Es tat sich somit eine populistische Lücke auf: diese konnte durch einen rechtsgerichteten „transformismo“ besetzt werden.

IV. „The fools in town are on our side“¹¹ – rechter transformismo?

Die Wahl Donald Trumps im Jahr 2016 markiert den Moment, in welchem das Interregnum von den Wählern beendet wurde und der Option eines rechten transformismo weichen musste. Und: Die Wahl Donald Trumps ist einer von vielen dramatischen Akten politischen Aufbruchs, die zusammengenommen einen Kollaps der neoliberalen Hegemonie anzeigen. Zu diesen Akten zählen das Brexit-Votum in Großbritannien, die Zurückweisung der Renzi-Reformen in Italien und der zunehmende Rückhalt für den Front National in Frankreich. Die Reihe ließe sich fortsetzen. So sehr sie sich weltanschaulich und in ihren Zielen unterscheiden

¹⁰ Vgl. www.realclearpolitics.com/epolls/other/congressional_job_approval-903.html, abgerufen am 3.11.2016

¹¹ Titel eines Kriminalromans von Ross Thomas (2003), der diesen Titel aus Mark Twains (1884, S. 202) Abenteuer des Huckleberry Finn entlehnt hat. Dort heißt es: „Hain't we got all the fools in town on our side? And ain't that a big enough majority in any town?“

mögen, haben diese Meutereien des Wahlvolks doch eines miteinander gemein: In allen Fällen handelt es sich um Absagen an die wirtschafts- und finanzgesteuerte Globalisierung, den Neoliberalismus und das politische Establishment. Jedes Mal haben wir es mit einem Nein der Wähler zur tödlichen Kombination von Austeritätspolitik, Freihandel, ausbeuterischen Kredit- und Verschuldungspraktiken sowie den prekären, schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen zu tun, die den finanzierten Kapitalismus unserer Tage kennzeichnen. Ihre Stimmen sind so etwas wie das subjektive politische Gegenstück zur objektiven Strukturkrise, in der diese Form des Kapitalismus steckt.

Die Abgehängten dieser schönen neuen kosmopolitischen Welt des Interregnums sind bekanntlich die Industriearbeiter, aber auch Manager, kleine Geschäftsleute und alle, die sich auf die Industrieproduktion im Rostgürtel und im Süden stützten, sowie durch Arbeitslosigkeit zugrunde gerichtete Gruppen der Landbevölkerung. Was die Deindustrialisierung diesen Teilen der Bevölkerung angetan hat, wird durch die Kränkungen verschlimmert, die ihnen der progressive Moralismus zufügt, wenn er sie routinemäßig als kulturell rückständig abstempelt. Mit ihrer Ablehnung der Globalisierung wandten Trumps Wähler sich auch gegen den linksliberalen Kosmopolitismus. Für manche (wenngleich längst nicht für alle) war es von da aus kein großer Schritt mehr, die Verschlechterung ihrer Lebenslage der Political Correctness, schwarzen Menschen, Immigranten und Muslimen anzukreiden. In ihren Augen sind Feminismus und Wall Street zwei Seiten derselben Agenda, welche geradezu vollkommen verkörpert wurde in – Hillary Clinton. Man hat diese Wähler oft als Narren (fools) bezeichnet, die nicht in der Lage seien, zu überschauen, wen sie mit Donald Trump ins Amt gehievt haben. Doch diese Zuschreibung dürfte das Ziel verfehlen. Es ging Trumps Wählern darum, mit der Politik des kleineren Übels zu brechen.

Arlie Russel Hochschild (2017) hat eine Introspektion der Trump-Wähler vorgenommen, die darin mündet, den Verlust einer Lebensweise als identitätsstiftend zu kennzeichnen. Trumps Anhänger sind entmutigt oder deprimiert. Sie sehnen sich nach Stolz, verspüren aber nur Scham. Sie empfinden das Land nicht mehr als das ihre. Zusammen mit anderen, die so sind wie sie, fühlen sie sich durch Trump von Hoffnung und Freude erfüllt und beschwingt. Wie durch ein Wunder aufgerichtet, sind sie nicht länger Fremde im eigenen Land. Emotional passierte in Trumps Wahlkämpfen noch etwas anderes Wichtiges, was wie ein Streichholz an trockenem Zunder wirkte. Die Hochstimmung auf Trumps Veranstaltungen wurde noch durch eine gewisse Erleichterung verstärkt, von den Fesseln politisch korrekter Ausdrucksweisen und Ideen befreit zu sein. „Räumen wir mit politischer Korrektheit auf!“, rief Trump. Damit schüttelte er nicht nur eine Fülle „politisch korrekter“ Einstellungen ab, sondern auch einen Satz von „Gefühlsregeln“, also feste Vorstellungen in Bezug auf die richtigen Gefühle gegenüber Schwarzen, Frauen, Einwanderern und Homosexuellen. Und er ermöglicht damit den Bruch mit dem progressiven Neoliberalismus des Interregnums.

Allerdings hat Trump – wohl auch aufgrund mangelnder Selbstdisziplin – versäumt, seine rechtsautoritär-nationale Agenda realpolitisch umzusetzen. In diesem Sinn blieb der transformismo unvollständig. Sieht man von der Abwicklung der Investitionsschutzabkommen TTIP und TPP ab, so folgte Trump in seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik überwiegend Kapitalinteressen. Darunter fallen die Deregulierung der Finanzwirtschaft und des Energiesektors, sowie die Privatisierung des öffentlichen Sektors. Gleichzeitig ritt Trump eine Attacke auf die Reste der Errungenschaften des New Deals. Hierzu gehören die Kürzung und Streichung von Programmen des öffentlichen Wohnungsbaus, der Bildung und des Umweltschutzes. So kann im Falle Trumps nicht von einer bonapartistischen Verselbständigung des Staates gesprochen werden, vielmehr vollzieht Trump die direkte Kapitalherrschaft über die Arbeit. Seine Amtszeit dürfte somit eher als eine Art „Soft-Bonapartismus“ (Losurdo 2008) zu bezeichnen sein, der auf eine Entkernung der demokratischen Institution bei gleichzeitiger Beibehaltung ihrer formalen Mechanismen hinausläuft und dem Konzept der Postdemokratie von Colin Crouch (2008) ähnelt.

Alles also nur halb so schlimm? Diese Frage ist in einem Schlusskapitel zu beantworten.

V. Green New Deal? Der Richtungsstreit der US-Demokraten

Lässt man die Wahlergebnisse Revue passieren, so ist festzustellen: Trump konnte 72 Millionen Stimmen erringen – mehr als Barack Obama, als er 2008 auf einer Welle der Begeisterung in seine erste Amtszeit segelte, und mehr als je ein Republikaner vor ihm gewann. Am Ende erhielt Trump neun Millionen Wählerstimmen mehr als noch im Jahr 2016. Dass Biden diese enorme Zahl noch um sechs Millionen übertraf und mit 78 Millionen Stimmen das beste je erreichte Ergebnis erzielte, macht seinen Sieg möglicherweise zu einem historischen. Zugleich zeigt es aber auch, wie ungemein schwer es auch diesmal war, den Verführer Trump zu schlagen. Ohne Corona, so die Ironie der Geschichte, hätte Trump die Wahl mit großer Wahrscheinlichkeit gewonnen – wobei unklar ist, was ihm am Ende mehr geschadet hat: die Pandemie selbst oder sein totales Versagen bei ihrer Bekämpfung.

Inzwischen steht fest, dass Biden 306 Wahlleute gewinnen konnte – genauso viele wie Trump vor vier Jahren und deutlich mehr als die erforderlichen 270. Und dennoch wurde das zweite große Ziel der Demokraten, die Mehrheit im Senat zu erringen, aller Wahrscheinlichkeit nach verfehlt. Hinzu kommt: Auch im Repräsentantenhaus haben die Demokraten keine Verschiebung der Kräfteverhältnisse erwirkt, selbst wenn sie ihre Mehrheit in diesem Unterhaus verteidigen konnten. All jene, die behaupten, dass Joe Biden ein schwacher, da wenig kämpferischer Kandidat gewesen sei, mögen in dieser Hinsicht Recht haben – und reden doch am Kern der Sache vorbei. Ja, Biden war offensichtlich nicht der richtige Mann, um klar, also mit dem erhofften und prognostizierten

Erdrutschsieg auch den Senat zu gewinnen – aber er war offensichtlich der Richtige, um überhaupt gegen Trump zu gewinnen. Ob ein anderer der Kandidaten geeigneter gewesen wäre, ist eine Frage, die in den Bereich der Spekulation zu verweisen ist. Wichtiger hingegen ist: Biden gelang, woran Hillary Clinton scheiterte, die „blue wall“ in Michigan, Wisconsin und Pennsylvania wieder zu errichten, indem er etliche der „alten weißen Arbeiter“ im Rustbelt zu den Demokraten zurückholen konnte, die Clinton an Trump verloren hatte. Für seinen Sieg brauchte es aber auch das Bündnis zwischen Moderaten und Progressiven in der demokratischen Partei, mit „Trump muss weg“ als verbindendem Leitmotiv. Daran hatte es vier Jahre zuvor, im Wahlkampf von Hillary Clinton, noch gemangelt, als viele der Progressiven gar nicht erst zur Wahl gingen.

Was bedeutet dieses Wahlergebnis im Lichte der oben dargestellten Analyse? Der „transformismo“ ist einstweilen blockiert, was jedoch nicht bedeutet, dass die Gefahr des Bonapartismus mit der Wahl Bidens gebannt wäre. Die Erfahrungen mit dem strategisch intelligentesten Vertreter der Bonapartisten, Victor Orban, lehrt: „They ever come back.“ Trump arbeitet an seiner Dolchstoß-Legende: „An den Wahlurnen unbesiegt“, lautet die Devise, hinterrücks gemeuchelt durch gefälschte Briefwahlstimmen. Und Millionen seiner Wählerinnen und Wähler sind gewillt ihm das zu glauben – und jeden als Verräter zu begreifen, der Zweifel an dieser Verschwörung schürt, gerade auch seitens der Republikaner. Das macht Trump auch in der ehemaligen Grand Old Party bis auf Weiteres zu einer ungemein gefährlichen Größe. Zumal dann, wenn er noch andere Überlegungen wahrmacht und einen eigenen Fernsehender gründet. Abermillionen von Zuschauern wären ihm gewiss.

Bidens Präsidentschaft steht deshalb schon heute im Banne des nächsten Wahljahres 2024. Wenn das Ergebnis eines gelehrt hat, dann dies, wie stark die Gruppe der von den progressiven Neoliberalen verachteten abgehängten Weißen tatsächlich ist, und dass diese – geeignete Mobilisierungsstrategien vorausgesetzt – erneut eine bonapartistische Situation herbeiführen kann. Dies gilt um so mehr, als Bidens Sieg sich sehr schnell als ein Pyrrhussieg erweisen könnte. Der republikanisch dominierte Senat, an der Spitze der mächtige Mehrheitsführer Mitch McConnell, erlaubt es den Republikanern, sämtliche Gesetzesvorhaben der Regierung zu blockieren und zudem gleich zu Beginn ihnen nicht genehme Regierungsmitglieder durchfallen zu lassen.

Die Biden-Präsidentschaft wird von Anfang an unter einem schlechten Stern stehen. Zum einen wird Trump immer wieder die Legitimitätsfrage aufwerfen und Biden als einen Präsidenten darstellen, der ihm den Sieg gestohlen habe. Bereits im Jahr 2008/2009 haben die ‚Birthers‘ alles darangesetzt, um Obamas Legitimität zu untergraben, indem sie behaupteten, er sei eigentlich in Kenia geboren und könnte darum kein Präsident sein. Obama, der nach acht Bush-Jahren einen Erdrutschsieg der Demokraten erreicht hatte, geriet schon im Februar

2009, also einen Monat nach seinem Amtsantritt, durch die marktradikal-rechte Tea-Party-Bewegung unter Druck. Er verfolgte eine zentristische und technokratische Politik, die darauf ausgelegt war, „across the aisle“ mit den delegitiimierten Republikanern zusammenzuarbeiten, was ihm den ganzen Schwung des Aufbruchs nahm. Auf dem Rücken der Tea Party kehrten die Republikaner schon bei den Zwischenwahlen 2010 an die (Kongress-)Macht zurück. Seitdem war Obama Getriebener der – mit zahlreichen Tea-Party-Gouverneuren und Kongressabgeordneten – weit nach rechts verschobenen Republikanischen Partei. Obama war 2010 bereits ein gescheiterter Präsident. Sein Vize Joe Biden wird von Tag eins an ein Getriebener sein und vielleicht schon von Tag eins an scheitern.

Biden weiß um diese Problematik. Auch deshalb zielt Bidens Handeln nach dem 3. November darauf, ein überparteiliches Regierungsteam zusammenzustellen, auch unter Einbindung moderater Republikaner, während progressive Demokraten wie Bernie Sanders und Elisabeth Warren, die als Arbeitsminister bzw. Finanzministerin im Gespräch waren, schon kurz nach der Wahl mit keinem Wort mehr erwähnt werden. Sei es, weil sie keinerlei Chance haben, von einem republikanisch dominierten Senat akzeptiert zu werden, sei es, weil es Biden im Wesentlichen darum geht, die Situation des Interregnums wiederherzustellen, also eine Art Politik Obama 2.0 zu verwirklichen. Sieht man daher einmal davon ab, dass Trumps Niederlage am 3. November ein Sieg für alle Demokraten ist und bleibt, sind die Verlierer auf demokratischer Seite ebenfalls klar: Es sind die progressiven Demokraten der „Squad“, die linken Abgeordneten um Alexandria Ocasio-Cortez – und damit zugleich alle, die auf grundsätzliche Veränderungen drängen. Denn während es dem Partei-Establishment der Demokraten durchaus in die Hände spielt, den ihnen genehmen kompromisslerischen Kurs als von den Republikanern erzwungen verkaufen zu können, wären die Chancen für die dringend erforderlichen fundamentalen Reformen – von einer umfassenden Krankenversicherung bis zum Green New Deal – mit der Blockade des Senats zerstört. Das entscheidende Datum ist daher vorerst der 5. Januar – mit den beiden Stichwahlen in Georgia um die beiden letzten vakanten Senatsposten. Dann wird sich klären, ob es den Demokraten vielleicht doch noch gelingt, die beiden zusätzlichen Sitze zu ergattern, die ihnen das 50-zu-50-Patt sichern würden – so dass Kamala Harris als Vizepräsidentin mit ihrer Extrastimme zum Zünglein an der Waage würde. Damit wäre die Regierung Biden nicht auf Kompromisse mit den Republikanern angewiesen und könnte weitergehende Reformen durchsetzen. Dafür spricht einstweilen nicht viel.¹² In gewisser Weise wiederholt Biden den Fehler Obamas, der nach der Wahl 2009 alles daran setzte, die progressiven Demokraten um Howard Dean zu marginalisieren. Dean jedoch hatte, mit der von ihm

¹² Elaine Godfrey hat den Richtungsstreit umfassend auf der Website der Zeitschrift ‚The Atlantic‘ nachgezeichnet: The Democratic Truce is over. The Battle for the Party’s future has begun. Vgl. <https://www.theatlantic.com/politics/archive/2020/11/connor-lamb-aoc-democrats-fighting-socialism/617045/>, abgerufen am 20. November 2020

entwickelten ‚50 states strategy‘ den wesentlichen Beitrag zum Wahlsieg Obamas geliefert, indem er die Demokraten davon überzeugte, dass sie nicht einfach wahltaktisch auf Swing-States spekulieren dürfen, sondern vielmehr ein politisches Programm für das ganze Land vorlegen müssen (Berman 2010).

Schlimmer als das taktische Ausbooten der ‚Progressives‘ indes ist, dass es so scheint, als wolle Biden auch gar keinen Aufbruch. Biden hat sich im Wahlkampf scharf gegen die linkssozialdemokratischen Forderungen der Sanders-Demokraten nach einem öffentlichen Gesundheitssystem für alle („Medicare for All“) und einen sozial-ökologischen Green New Deal gestellt. Seine Botschaft richtet sich an diejenigen, die nicht mehr wollen als ein Zurück zu einem vernünftigen Management des Status Quo. Das Problem ist nur: Es gibt kein Zurück zu dem status quo ante Trump. Biden 2020 wird – wenn es ihm nicht gelingt, die abgehängte Mittelschicht, zumindest partiell, zurückzugewinnen und die Ideen der ‚Progressives‘ aufzunehmen – die Grundlagen für den Trumpismus 2024 legen, egal, wie der Kandidat des rechtsautoritären Nationalismus dann heißen wird. Denn dies zeigen die Wahlen von 2020 auch: Vier Jahre Trump haben für diese Art von Politik durchaus eine Massenbasis geschaffen. Bleibt Biden bei der Politik der Ausgrenzung und Marginalisierung, dann deutet vieles darauf hin, dass er einiges dazu beitragen wird, die Konstellation des Bonapartismus zu reproduzieren: Die ‚Progressives‘ bleiben marginalisiert; das Interregnum wird wiederhergestellt, ist aber von Beginn an so fragil, dass es kaum Gestaltungsmacht erzeugen kann, und die abgehängte Mittelschicht wird Opfer des nächsten Bonapartisten.

Was Biden bleibt? Er könnte sich – und auch darauf deutet einiges hin – von Beginn an als Übergangspräsident begreifen, dessen Aufgabe es sein kann, den USA den Weg in eine ökologisch-soziale Modernisierung zu bahnen. Schon vor der Wahl hat sich Biden selbst als einen „Übergangskandidaten“ bezeichnet. Mit der Wahl steht fest, dass er ein bloßer Übergangspräsident ist, der maximal vier Jahre amtierend wird. Das aber wird das gesamte Agieren der Regierung wie auch der demokratischen Partei auf ein Datum fokussieren – das Jahr 2024 und die Verteidigung der Präsidentschaft – dann möglicherweise unter einer Kandidatin oder auch einer Präsidentin Kamala Harris, wenn Biden das Amt nicht sogar bereits früher, etwa nach den midterm elections 2022, an seine Vizepräsidentin übergeben sollte.¹³ Akzeptiert Biden, dass er der Gestalter des Übergangs sein muss, könnte er sich aus der blockierten Situation befreien und programmatisch die globalen Kontingenzbedingungen, die auf den ökologisch-sozialen Wandel deuten, in Politik transformieren, auch indem er parlamentarisch und außerparlamentarisch Bündnisse mit den ‚Progressives‘ sucht. Es kommt weiter darauf an, die Blockade der Republikaner als das zu denunzieren, was sie ist: Politikverweigerung, die den Interessen ihrer Wähler entgegensteht. Denn auch für die ‚fools

in town‘ gilt der Abraham Lincoln zugeschriebene Satz: „You can fool some of the people all of the time, and all of the people some of the time, but you can not fool all of the people all of the time.“¹⁴

Literatur

- Adelstein, Richard (1991): „The Nation as an Economic Unit“: Keynes, Roosevelt, and the Managerial Ideal. In: *The Journal of American History*, Vol. 78 (1), S. 160-187
- Berman, Arie (2010): *Herding Donkeys: The Fight to Rebuild the Democratic Party and Reshape American Politics*. New York
- Bescherer, Peter, (2013): *Vom Lumpenproletariat zur Unterschicht. Produktivistische Theorie und politische Praxis*. Frankfurt a.M./New York
- Brumlik, Micha (2017): *Der achtzehnte Brumaire des Donald Trump*. In: *Die Zeit*, 2. 3. 2017
- Castel, Robert (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt a. M.
- Fraser, Nancy (2016): *Progressive Neoliberalism versus Reactionary Populism: A Choice that Feminists Should Refuse*. In: *NORA - Nordic Journal of Feminist and Gender Research*, S. 281 - 284
- Fitzgerald, R. Scott: *The great Gatsby*. New York
- Gramsci, Antonio (1991): *Gefängnishefte*. Berlin
- Haffner, Sebastian (1985): *Im Schatten der Geschichte. Historisch-politische Variationen aus 20 Jahren*. Stuttgart
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1970): *Phänomenologie des Geistes*. In: Hegel, *Theorie Werkausgabe*, Bd. 3., Hg. von E. Moldenhauer und K.M. Michel, Frankfurt/M.
- Hobsbawm, Eric (2017): *Das lange 19. Jahrhundert*. Bd. 2: *Die Blütezeit des Kapitals 1848 – 1875*. Darmstadt
- Hochschild, Arlie Russel (2017): *Fremd in ihrem Land . Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten*. Frankfurt a.M.
- Hofstadter, Richard (1965): *The Age of Reform: From Bryan to F.D.R.* Knopf, New York
- Losurdo, Domenico (2008): *Demokratie oder Bonapartismus*. Köln
- Marcuse, Herbert (1965): *Nachwort zu Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*. Frankfurt a. M., S. 143 - 150
- Marx, Karl und Friedrich Engels (1959): *Das Manifest der kommunistischen Partei*. In: MEW, Bd. 4, Berlin
- Marx, Karl (1960): *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*. In: MEW, Bd. 8, Berlin
- Marx, Karl (1973): *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*. In: MEW, Bd. 1, Berlin
- Marx, Karl (1973): *Das Kapital, Erster Band*. In: MEW, Bd. 23, Berlin
- Marx, Karl (1990): *Die Klassenkämpfe in Frankreich*. In: MEW, Bd. 7, Berlin
- Marx, Karl (1999): *Der Bürgerkrieg in Frankreich*. In: MEW, Bd .17, Berlin
- Putnam, Robert D. (2020): *The Upswing: How America came together a century ago and how we can do it again*. New York
- Rosenberg, Arthur (1962): *Demokratie und Sozialismus. Zur politischen Geschichte der letzten 150 Jahre*. Frankfurt a. M.
- Ross, Thomas (2003): *The fools in town are on our side*. New York
- Schmidt, Dorothea (2018): *Marx‘ Analyse der Klassenbasis von Louis Bonaparte. Ein Faktencheck*. In: Beck, Martin und Ingo Stützle (Hrsg.), *Die neuen Bonapartisten. Mit Marx den Aufstieg von Trump & Co. verstehen*, S. 38 – 55
- Steiner, Rudolf (1991): *Die Kernpunkte der Sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft*. In: GA 23, Dornach
- Thalheimer, August (1967): *Über den Faschismus*. In: Abendroth, Wolfgang, Flechtheim, Ossip Karl und Iring Fetscher (Hrsg.), *Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktionen des Faschismus*. Frankfurt a. M. und Wien, S. 128 - 160
- Trotsky, Leo (1999): *Portrait des Nationalsozialismus. Ausgewählte Schriften 1930 – 1934*, Essen
- Twain, Marc (1884): *Adventures of Huckleberry Finn*. London

¹³ Auch wenn Biden dies offiziell ablehnt, spricht, angesichts seiner angeschlagenen Gesundheit, einiges dafür.

¹⁴ „Man kann das ganze Volk eine Zeit lang täuschen und man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen, aber man kann nicht das ganze Volk die ganze Zeit täuschen.“

Amerika nach den Präsidentschaftswahlen: Wohin gehen die USA?

Roland Benedikter
über Gründe und Hintergründe des Wahlausgangs und die Perspektiven¹

Wunden lecken nach der Wahl

Nun ist die Wahlschlacht also geschlagen. Fragen bleiben – zum Verhalten des Präsidenten während und nach der Auszählung, zum Zustand der amerikanischen Demokratie, zu den Plänen der Sieger, zum Wahlmodus. Auffällig ist, dass diesmal viele traditionell republikanische Staaten erst in der Endphase der Auszählung knapp demokratisch wurden. Trump behauptet, das habe mit den Briefwahlen zu tun, die die wahren Verhältnisse verzerrt hätten. Und dass es dabei Unregelmäßigkeiten gab.

Die Briefwahlen haben offensichtlich das Gleichgewicht verändert – gerade in traditionell „roten“ (republikanischen) Staaten. Republikaner nutzen sie eher nicht – auch weil der Präsident sie stets diskreditiert und vor den Wahlen der amerikanischen Post die Mittel gekürzt hat. Ironischerweise könnte das zum Ergebnis beigetragen haben. Der Modus scheint also durchaus eine Rolle gespielt zu haben, wobei man nicht wissen kann, was ohne Covid-19 geschehen wäre, wenn mehr Menschen persönlich gewählt hätten. Das macht die Analyse nicht leichter – und verleiht Trump eine gewisse Munition für den von ihm geplanten weiteren Klageprozess bis zum Obersten Gerichtshof.

Könnten denn noch „alternative Fakten“ auftauchen?

Darauf haben wir derzeit keine Hinweise. Faktisch wurde bislang nichts Wesentliches vorgelegt. Die OSZE-Beobachtermission hat keinen Betrug festgestellt. Auch gibt es bislang keine Hinweise, dass das Auszählungssystem via Computer das Ergebnis verändert hätte – also durch den Einsatz fehlerhafter Computersoftware manipuliert hätte.² Allerdings hat US-Justizminister William Barr eine offizielle Untersuchung der Betrugsvorwürfe zugelassen. Sein Untersuchungsauftrag beruht unter anderem auf der Tatsache, dass einzelne Regionen wie etwa Detroit seit Jahren Probleme mit regulärer Stimmenauszählung aufweisen.³ Auch Außenminister Mike Pompeo war

1 Geschrieben Mitte November

2 <https://www.seattletimes.com/nation-world/nation-politics/election-officials-directly-contradict-trump-on-voting-system-fraud/>

3 <https://eu.detroitnews.com/story/news/politics/2020/09/02/repu->

noch eine Woche nach der Wahl davon überzeugt, dass Trump vor Gericht doch noch siegen würde.⁴ Das Misstrauen Trumps und seiner Mitarbeiter gegen die Medien und jede Form von Objektivität hat sich auf den Wahlprozess übertragen. Aus ihrer Sicht ist Objektivität, sind Fakten immer und überall nur konstruiert, und zwar unvermeidlich – was vielleicht ihr wichtigster „intellektueller“ Beitrag zur Zivilisationsdebatte gewesen sein wird. Fox News, der Sender, der am meisten mit Trump sympathisiert, behauptet in Gestalt seines populärsten Moderators Tucker Carlson, man habe zahllose Beweise für Unregelmäßigkeiten, die aber rein numerisch nicht für eine Umkehr des Wahlergebnisses ausreichen.⁵ Darunter seien tote und erfundene Personen, die gewählt hätten (von denen allerdings mehrere meldeten, dass sie durchaus noch lebten)⁶; aber auch die Auszählung von tausenden Briefwahl-Stimmen ohne republikanische Beobachter⁷, die verspätet um 4 Uhr früh angekommen und mitten in der Nacht ohne Zeugen zu 100 Prozent Biden zugeschrieben worden sein sollen. Dem Moderator Carlson werden allerdings selbst Chancen auf eine Kandidatur 2024 oder 2028 zugeschrieben – dann möglicherweise gegen Bidens Vize Kamala Harris, von der er behauptet, sie werde jetzt schon die Schatten-Präsidentin und einflussreicher als Biden sein.⁸ Die erste Klage des Trump-Teams um Kayleigh McEnany und Rudy Giuliani⁹ in Michigan wurde in erster Instanz wegen Mangels an Belegen für die behaupteten Unregelmäßigkeiten abgelehnt, eine zweite läuft. Jene in Pennsylvania, Wisconsin und Georgia ist im Gange. Sollte Trump abtreten müssen, erwarten ihn selbst mindestens sechs Verfahren ad personam wegen seiner Geschäftspraktiken, die wegen seiner Präsidentschaft ausgesetzt waren. Das macht ihm die Amtsübergabe nicht leichter.

Die Mobilisierung gegen Trump war vielerorts paradox: Viele wollten nicht Biden wählen, sondern Trump abwählen, wie unter anderen FDP-Chef Christian Lindner feststellte.

Das Biden-Lager darf bei aller Euphorie nach dem Sieg nicht vergessen, dass mehr als 70 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner auch nach vier Jahren erneut Trump gewählt haben. Mit dem Sieg von Biden-Harris sind die tiefer liegenden Ursachen nicht beseitigt: Unzufriedenheit mit den Eliten und Parteien; emotionale Polarisierung hinsichtlich der Grundlagen des amerikanischen Geistes und der Zukunft des Landes sowie der daraus resultierenden Politik und Auslegung der Verfassung; zunehmende Ungleichheit mit immer weniger Gewinnern sowohl innerhalb der Bevölkerung wie geographisch zwischen den Landesteilen; Spaltung zwischen Küsten und Landesinnerem; ein wachsendes Lager von Globalisierungsverlierern und deshalb -gegnern vor allem im Landesinneren; ethnische, demographi-

blican-observers-say-detroit-ballots-went-unchecked/5680540002/

4 <https://eu.detroitnews.com/story/news/politics/2020/09/02/repu->

blican-observers-say-detroit-ballots-went-unchecked/5680540002/

5 <https://www.youtube.com/watch?v=R5ki6S-WsKU>

6 <https://www.bbc.com/news/election-us-2020-54874120>

7 <https://www.youtube.com/watch?v=dsiN5SsZtnU>

8 <https://www.youtube.com/watch?v=eB5-kGAVNA0>

9 <https://www.youtube.com/watch?v=eB5-kGAVNA0>

sche und generationale Verschiebung mit Zunahme nicht-europäisch-stämmiger Bevölkerungsteile und Vorwiegen nicht-weißer Jugendlicher, die dem „self-reliance“ System ablehnend gegenüberstehen und grundsätzliche Kapitalismuskritik verinnerlicht haben; und schließlich ein Erziehungssystem, das ideologisch weit links steht, aber so viel kostet, dass es immer mehr Mittelklasse-Angehörige ausschließt. Das Vertrauen in Wissenschaft ist allgemein gesunken, wozu einerseits Trumps Verächtlichmachung und Mittelkürzung im Namen einer „Rache der Mittelklasse“, andererseits aber auch die offene Parteinahme angesehener Wissenschaftsträger wie etwa des Magazins Nature¹⁰ zugunsten des Demokraten Joe Biden beigetragen haben. Das hat daran mitgewirkt, dass sich auf allen Seiten das Gefühl verbreitete, dass faktisch alle Bereiche der Gesellschaft politisiert sind – es also keine neutrale, objektive Sphäre gebe, womit kein gemeinsamer Boden mehr besteht und nun „alles möglich ist“. Dazu kommt das wachsende Unbehagen an der Weltpolizistenrolle und das über die Jahre von den Medien und durch Amtsenthebungsverfahren und Abkommensaustritte gesäte Misstrauen gegen eine Außenwelt, die Amerika laut dieser Wahrnehmung „penetriert“ und unsicher macht. Dies stellt für viele einen eher negativen Faktor dar. Das Misstrauen gilt auch Russland, China und bis zu einem gewissen Grad auch Europa. All das ist nicht neu: Es war bereits in vorherigen Wahlkämpfen Thema¹¹ und hat sich mit der Zeit zugespitzt und im Ton radikalisiert. Wenn das Biden-Lager nun stolz behauptet, man habe „die blaue Mauer wiedererrichtet“, was im Politikjargon den durchgängigen Gewinn der Bundesstaaten beider – traditionell liberalen – Küsten für die Demokraten bedeutet, dann ist die „Mauer“-Metapher nicht sehr hilfreich für die nun für jeden Fortschritt nötige Aussöhnung der Lager. Sie ist leider ein – wenn auch in Bidens Fall in Amerikas Politikrhetorik historisch verankertes – Echo von Trumps Mauer-Symbolik, die ja für seine Amtszeit prägend war. Die inneren Mauern sind mittlerweile hoch, aber mit ihrer Anrufung durch die Sieger wird Amerika nicht weiterkommen.

Haben jene Beobachter Recht, die sagen, dass dies die wichtigste Richtungswahl unserer Zeit war – auch für die Zukunft der Demokratie?

Die höchste Wahlbeteiligung seit hundert Jahren und die Abgabe von mehr als 70 Millionen Stimmen für jeden der beiden Kandidaten sprechen Bände darüber, wie stark die Amerikaner diese Wahl als Wegscheide zwischen zwei grundverschiedenen Wegen empfunden haben. Wenn die Trump-Jahre eines gebracht haben, dann ist es das Bewusstsein: Politik zählt. Die Wahl fand tatsächlich zwischen zwei völlig unterschiedlichen Richtungnahmen für Amerika statt: rechts gegen links. Jeder Amerikaner sah, dass dies heute zwei völlig unterschiedliche Szenarien sind – stärker als in vergangenen Jahrzehnten. Die Demokratie hat sich bereits seit den Terroranschlägen des 11. September, deren langfristige Wirkung unter

der Oberfläche noch immer unterschätzt wird, immer weiter aus der Mitte und damit an ihre Grenzen bewegt. Es ist nun auch in den USA eher wie in Europa ein veritables „Rechts gegen Links“, nicht mehr ein „Konservativ gegen Liberal“ unter einem gemeinsamen, wärmenden und schützenden Mantel einer Zivilreligion, die letztlich alle vereint. Beide Lager haben sich zunehmend radikalisiert. Auch deshalb ist der Terminus „Jahrhundertwahl“ zwar übertrieben, aber eine wichtige Wahl zwischen zwei verschiedenen Amerikas war es auf jeden Fall.

Deshalb überschlug sich statt politischem Diskurs die Kampfrhetorik auf beiden Seiten ...

... und wer verlor, war Amerika. Bidens Rede vom „Kampf um Amerikas Seele“ war ebenso schädlich und unangemessen wie jene von Trump über eine angebliche Bidensche Sozialismus-Apokalypse¹² und über Wahlbetrug, den er (wie bereits 2016) bereits vor der Wahl vorausseilend behauptete, um sich vor seinen Anhängern gegen eine Niederlage abzusichern – auch dies völlig unamerikanisch. Doch Amerikas Seele, verankert in seiner viel stärker als in Europa gelebten Zivilreligion, ist resistenter als viele meinen. Das hat gerade dieser Wahlvorgang bewiesen: Alle bezogen sich auf das „eigentliche“ Amerika, ein Identitätsbezug, der in einem zivilreligiösen Humus verankert ist, wie er so in Europa kaum vorkommt. Wie es scheint, konnten weder Trump noch Biden trotz oft gewalttätiger Sprache viel daran ändern. Aber es wurden damit doch bleibende Wunden geschlagen, die nur schwer und langsam heilen werden.

Nach der Wahl leckt sich Amerika die Wunden. Mit Biden wird alles anders, meinen viele Europäer. Doch vor allem bei sozialen Themen ticken die USA so ganz anders als „wir hier“. Siehe das Thema Krankenversicherung: Trump hat „Obamacare“ eliminiert, Biden-Anhänger hoffen aber auf neue Maßnahmen. Ist das realistisch und welche sozialen Probleme könnte er wirklich – unabhängig von Wahlkampfrhetorik – angehen?

Traditionelle soziale Themen haben im Wahlkampf eine eher untergeordnete Rolle gespielt. Das liegt daran, dass niemand so recht zufrieden mit Obamacare ist: Auch das Biden-Lager will das Programm reformieren. Die wichtigsten sozialen Probleme sind in der öffentlichen Wahrnehmung, wie erwähnt, wachsende Ungleichheit nun auch im unmittelbaren Alltag der US-Mittelklasse; Umgang mit der Globalisierung (Gewinner versus Verlierer: Küsten versus Innengebiete); aber auch der Kampf um die Informationsherrschaft, einschließlich Faktenproduktion und -interpretation, zwischen der Regierung und Silicon Valley-Firmen wie Facebook, Twitter oder Yahoo, Tageszeitungen wie der New York Post und Medien wie Fox News, Linksmedien wie CNN oder MSNBC; Waffenbesitz; schließlich illegale Immigration samt Wegscheide zwischen Integration oder Ausweisung. Letztere betrifft vor allem die Generation von 800.000 jungen

10 <https://www.nature.com/articles/d41586-020-02852-x>

11 https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=d-626de56-dcd8-487e-9773-78f3e157ffca&groupId=252038

12 <https://apnews.com/article/election-2020-joe-biden-donald-trump-police-economy-3082b995c1fd89129671b245797bc902>

Immigranten, die „Träumer“ (dreamers), die unter 16 Jahren ankamen. Sie erhielten von Obama mittels eines Programms namens DACA (Deferred Action for Childhood Arrivals; deutsch etwa: „Aufgeschobene Aktion für Kinderankünfte“) Arbeitserlaubnis und wurden vor Deportation geschützt, um sie zu integrieren. Trump hat dieses Tolerierungsprogramm im September 2017 beendet, wurde aber vom Obersten Gerichtshof im Juni 2020 an der tatsächlichen Beendigung und Deportation gehindert. Bei all diesen Themen kann Biden neue Maßstäbe setzen: Ungleichheit durch ein neues Steuer- und Redistributionssystem kontrollieren und reduzieren, staatliche Ausgleichsmechanismen zwischen den Küsten und den Innengebieten schaffen, Firmen und Arbeit durch Anreize in die USA zurückholen, die Macht der Silicon-Valley-Medien etwa mittels Staatsklagen, Kartellverfahren und neuen Informationsgesetzen begrenzen, Waffenbesitz einschränken (vor allem automatische und Angriffswaffen), die Integration systemisch verbessern, die Außengrenzen schützen und das Migrations- und Asylrecht reformieren. Das meiste davon ist denn auch Teil seines Wahlprogramms gewesen.

Stichwort Rassismus und Polizeigewalt: Hier hat Trump auf Härte gesetzt und dem „Weißen Mann“ den Rücken gestärkt. Tickt Biden hier wirklich gänzlich anders und wie? Außerdem: Es gibt Latinos und Afroamerikaner, die dennoch hinter Trump stehen... warum?

Biden ist in seiner 47-jährigen Politikergeschichte ähnlich wie Trump durch unangemessene oder gar rassistische Statements aufgefallen. Er galt auch immer als „Mann von der Straße“, bietet seinen Diskussions-Kontrahenten und sogar seinen eigenen kritischen Wählern oft an, „hinauszugehen“ und es mit den Fäusten zu regeln. Er ist im Grunde hemdsärmelig wie Trump, und seine Rhetorik ist nicht viel besser. Latinos stehen in einigen Staaten – etwa in Florida – mehrheitlich hinter Trump, weil sie aus dem Süden, unter anderem Kuba, einwandern und für eine klare und harte konservative Linie eintreten, also fast immer republikanisch wählen. Außerdem spielt Religion eine Rolle, die meisten sind aktiv gläubig. Afroamerikaner erkennen in der Rhetorik des Biden-Lagers viel Oberflächlichkeit. Schließlich haben die Obama-Jahre, mit Biden als Vizepräsident, ihre Situation nicht entscheidend verbessert, ja in mancherlei Hinsicht sogar verschlechtert. Denn man meinte, mit einem farbigen Präsidenten sei das Thema erledigt. Das Geschlecht spielte bei alledem auch eine Rolle: Frauen haben mehrheitlich Biden gewählt, Männer Trump. Vielleicht weniger wegen Biden, sondern eher wegen Harris.

Corona ist im Wahlkampf in den USA stark in den Hintergrund gerückt, trotz besorgniserregender Zahlen. Siehe auch die Pressekonferenzen, bei denen Biden und seine Anhänger meist Masken trugen, während CoV-19 im Weißen Haus offenbar kaum jemand interessiert und Experte Anthony Fauci „abgeschossen“

werden sollte. Besteht hier die Möglichkeit zu einem grundlegenden Umschwung in der Corona-Politik?

Kaum. Biden hat nie erklärt, was er grundlegend anders als Trump machen würde. Seine „Expertenkommission“ ist nur das Wiederaufwärmen dessen, was Trump bereits getan hat; „andere“ Experten als Anthony Fauci können wenig anders machen, als mit einem neuen Präsidenten effizientere Logistik empfehlen. Die USA sind (vor allem in ihrem Selbstverständnis) die freiheitsliebendste, offenste und dynamischste Gesellschaft der Welt. Sie wollen traditionell eher eine kleine Regierung (small government), die sich nicht in das Leben des Einzelnen einmischt. Daher sind sie in der Geisteshaltung am schwersten auf einen von oben verordneten Stillstand einzustellen. Einen totalen Lockdown kann sich Biden nicht leisten – obwohl einige Staaten wie Oregon oder New Mexico scharfe Restriktionen¹³ nach europäischem Muster eingeführt haben. Er kann aber die Zusammenarbeit mit den Bundesstaaten verbessern, das Weiße Haus anders führen und für mehr Bewusstsein bei den Amerikanern werben. Das Problem ist, dass er in dem emotional aufgeheizten Klima die Wähler der Republikaner kaum von Maskentragen und Verhaltensänderung überzeugen wird können, weil diese ihm ohnehin nicht glauben und ihn nun, nach Trumps Klagen, auch noch für einen Wahlbetrüger halten. Letztlich hofft auch Biden auf die übliche „amerikanische Lösung“: Technologie, also Impfung und Medikamente. Das war auch die „Strategie“ Trumps, der als eine seiner Abschieds-Maßnahmen jedem Amerikaner die Impfung schenken will, um etwas für seinen Nachruf zu tun. Biden hat als Antrittsgeschenk ähnliches vor.

Wie geht es weiter? Wichtig ist die soziale Spaltung.

Biden muss mit allen Mitteln versuchen, sie in den Griff zu kriegen. So hat zum Beispiel die Mehrheit der US-Arbeiter mittels ihrer Gewerkschaften Donald Trump für die Wahl empfohlen, eindeutig und ohne Zweifel, weil sie glauben, er würde Arbeitsplätze nach Amerika zurückholen, indem er die US-Firmen dazu zwingt. Aus der Sicht der US-Arbeiterschaft hat Trump mit der Neuverhandlung des nordamerikanischen Handelsabkommens NAFTA mit Mexiko und Kanada bereits viele Arbeitsplätze zurückgeholt, und unter ihm war die Arbeitslosigkeit sehr niedrig, was natürlich auch eine verzögerte Folge der Obama-Wirtschaftspolitik war, von der Trump profitierte. Die US-Arbeiter glauben, eine Einschränkung der Globalisierung würde sie schützen vor billigem globalem Wettbewerb – und das sollte Biden sehr ernst nehmen. Er hatte ja im Wahlkampf bereits Trumps Slogan „Kauft amerikanisch“ übernommen und damit eine gewisse Kontinuität der Renationalisierung der US-Wirtschaft angedeutet, ebenso wie eine Fortführung der Abgrenzung gegen Chinas unlauteren Wettbewerb, aber das wird nicht reichen. Dass die amerikanischen Arbeiter nicht demokratisch, sondern republikanisch, also nicht sozialdemokratisch, sondern konservativ wählen, ist eine der

¹³ <https://www.bbc.com/news/world-us-canada-54935700>

großen Fragen, die auf wichtige Tiefendimensionen in Amerikas System verweisen, die die Demokraten viel zu lange verdrängt haben – so zum Beispiel den Zusammenhang zwischen Arbeiterschaft und Identitätsbedürfnissen in einer Leitkultur. Die Lügen des Biden-Lagers, das auf dem Höhepunkt des Wahlkampfs behauptete, die Arbeiter-Gewerkschaften hätten ihn unterstützt¹⁴, haben ihm weniger geschadet als erwartbar – ebenso wie die Lügen und Kehrtwendungen betreffend Öl-Industrie und Fracking von Seiten der Demokraten.

Warum?

Das hat auch mit den traditionell Demokraten-affinen „Mainstream“-Medien wie CNN oder New York Times zu tun, die Biden vor der Verbreitung und Vertiefung dieser und anderer Angriffspunkte wie den Geschäften seines Sohnes Hunter mit China und in der Ukraine¹⁵ faktisch geschützt haben, um seine Wahl zu sichern. Dazu gehört aber auch die Auswahl der Fragen etwa bei der zweiten Präsidentschaftsdebatte am 22. Oktober an der Belmont Universität. Dabei wurden von den NBC-Verantwortlichen um Journalistin Kristen Welker Felder, auf denen Trump hätte reüssieren können, wie Wirtschaftspolitik, illegale Immigration, Arbeitsplätze oder Aspekte der Außenpolitik¹⁶ (China, Naher Osten, Afghanistan, Rückholung von Truppen) kurz vorher eher einseitig zugunsten Bidens verworfen – und die Diskussion auf wenige Schwerpunkte einschränkt: darunter vor allem die Coronavirus-Krise, die Umweltkrise und Identitätspolitik¹⁷, wo Trump nicht gewinnen kann. Und dazu gehören schließlich auch die Zensurvorfälle gegen Twitter und Facebook, die Meldungen der altherwürdigen, Trump zugetanen und von „Gründervater“ Alexander Hamilton mit gegründeten „New York Post“ bannten, die über den Hunter Biden Skandal veröffentlichten, indem sie sie als „fake news“ kennzeichneten, was Twitter später – als der Wahlkampf geschlagen war – als „Fehler“ bezeichnete und rückwirkend zurücknahm. Dazu gehört schließlich auch der Zweifel an Google, das angeblich einige Zeit vor der Wahl seine Suchalgorithmen wie periodisch üblich anpasste, worauf aber offenbar bei Biden mutmaßlich mehrheitlich positive, bei Trump negative Ergebnisse erschienen. Ob dies der Fall ist oder nicht: Hier sind in den kommenden Jahren Fragen über Mechanismen angebracht, die in Zukunft Wahlen mit beeinflussen und damit einen ungebührlichen Einfluss der Medien auf die Demokratie ausüben könnten.

Was bedeutet das? Amerikas Spaltung findet auf verschiedenen Feldern statt und hat vielfältige Ursachen. Nur eine vertiefte, parteipolitisch neutrale und interdisziplinäre, institutionenübergreifende und gesellschaftlich inklusive Arbeit durch den neuen Präsidenten daran kann die Dinge verbessern.

14 <https://www.youtube.com/watch?v=LPOrLdXgJO>

15 <https://www.youtube.com/watch?v=LPOrLdXgJO>

16 <https://foreignpolicy.com/2020/10/14/trump-foreign-policy-wins-losses-over-four-years-china-middle-east-coronavirus-pandemic/>

17 <https://www.bbc.com/news/election-us-2020-54650681>

Kritiker sprechen seit Jahren davon, dass die Medien – bei allen Versuchen zu Objektivität – auf allen Seiten Einschaltquoten brauchen und daher politische Konflikte zuspitzen und verschärfen, sich zudem immer stärker von Fakten- zu Meinungsmedien wandeln und sich im Gefolge des Trends zur Blasenkommunikation, die die Sicherung vertrauter Konsumenten-, Seher- und Hörergruppen notwendig macht, zunehmend politisch positionieren. Durch ihre Mitwirkung an Grundsatzdifferenzen tragen sie zur wichtigsten Entwicklung in den USA bei: der Untermierung des gemeinsamen Sinns für nationale Identität, der aus der Grundlage der US-Zivilreligion erwächst und traditionell das stärkste Bindeglied des Landes war. Durch diesen Verlust an geistiger Einheit jenseits von Ideologien näherte sich Amerika einer „irakischen Zukunft“, erklärten Wissenschaftler wie Steven A. Cook. Dies ist – wie im angespannten Klima heute oft der Fall – weit übertrieben. Aber die Warnsignale waren gerade bei dieser Wahl nicht zu übersehen.

Inwiefern ist dies der Fall?

Die Medien sind im Gefolge der vierten technologischen Revolution vor allem in den USA längst von der „vierten Gewalt“ zu einer gleichbedeutenden, wenn nicht gar zur wichtigsten politischen Macht geworden. Sie sind längst mindestens gleich einflussreich in Bezug auf Wählerverhalten und Richtungnahme der Demokratie wie die Parteien und Institutionen. Das ist von der US-Verfassung so nicht vorgesehen, die die Medien eher als Plattform der Transparenz und Rechenschaft ansah, nicht als politische Akteure, die ihren kontextpolitischen Auftrag mehr oder weniger offen überschreiten. Das muss zu denken geben, auch wenn die Medien im höchst ausgeklügelten „check and balance“ System von Anfang an eine Rolle gespielt haben. Jetzt aber entfalten sie massiven direkten Einfluss, nicht zuletzt durch soziale Medien und das Verhalten von Algorithmen zum Beispiel in Suchmaschinen. Das US-Parlament hat deshalb in den vergangenen Jahren wiederholt die Leiter der wichtigsten Silicon Valley Medienunternehmen wie Facebook, Twitter oder Google für den Gebrauch von Algorithmen, Software und faktischer Zensur mit politischer Wirkung unter Verhör genommen (congress hearings). Facebook CEO Mark Zuckerberg bezeichnete bereits bei einem Kongresshearing im April 2018 Silicon Valley als „extrem linksgerichteten Ort“¹⁸, was auch ihm im Hinblick auf die politische Ausgewogenheit „Sorgen bereite“. Twitter CEO Jack Dorsey gab bei einem Hearing Ende Oktober 2020, also wenige Tage vor der Wahl, zu¹⁹, dass man die „New York Post“ an der Verbreitung von Meldungen über angebliches Fehlverhalten von Biden-Sohn Hunter zensuriert und dies später als „unangemessen“ zurückgenommen habe, ebenso wie alle, die diese Meldungen weiterleiten wollten, darunter auch Kongressabgeordnete. Auch dieser Aspekt: die offene Parteinahme praktisch aller Medien, auch der angeblich „neutralen“ und „faktenbezogenen“, vor allem aber der Informationsgiganten in Silicon Valley

18 https://www.youtube.com/watch?v=19eX_jn6gEk

19 https://www.youtube.com/watch?v=19eX_jn6gEk

für eine der beiden Seiten und das Totschweigen nicht ins Bild passender Aspekte gehört jedenfalls zu einer der ganz großen Herausforderungen, die Biden im Interesse Amerikas wird angehen müssen – wenn es auch eher nicht in eigenem Interesse erfolgen wird. Wer das nicht besser und vor allem im Detail reguliert, setzt die Spaltung fort, weil mindestens die Hälfte der US-Bevölkerung entweder nur noch „ihre“ Blasenmedien verfolgt und insgesamt das Vertrauen in Objektivität und Neutralität von Medien und Information an sich verloren hat. Das ist in dieser Form einmalig in der US-Geschichte. Es ist keineswegs nur, aber auch eine Folge des Aufstiegs gigantischer Medienkonglomerate und eine der maßgeblichen Wurzeln des US-Populismus und der amerikanischen Spaltung.

Diese Spaltung wird auch durch elitäre und exklusive Praktiken und Mechanismen des Erziehungs- und Hochschulbereichs verstärkt, zu dem immer weniger Amerikaner Zugang haben und der sein eigenes, von Regierung und Institutionen fast unantastbares Imperium errichtet hat.

Das macht ihn zur „fünften Gewalt“, die von der Verfassung so ebenfalls nicht vorgesehen ist. Weil der Erziehungsbereich wie jener der Medien fast durchgängig den Demokraten anhängt und sich auch in dieser Wahl offen auf die Seite Bidens gestellt hat, ist auch hier der Spaltungseffekt enorm. Kritiker wie der konservative, republikanernahe Harvard- und Stanford-Professor Niall Ferguson beklagen bereits seit Jahren ideologische Vereinseitigung²⁰, sodass die Kultur „an den Unis“ besage: „Als Rechter bist du ein potenzieller Nazi. Kommunisten hingegen sind moralisch einwandfreie Sozialdemokraten“. Das ist übertrieben, verweist aber auf mittlerweile stark politisch gewordene Paradigmen- und Verdrängungskämpfe. Princeton- und Stanford-Professor Stephen Kotkin spricht von einer grundlegenden Schwierigkeit²¹, heute akademisch eine Stellung in der Mitte zu finden. Die medial sorgfältig inszenierten Auseinandersetzungen von Trump mit Harvard oder Princeton um als „Geschenke“ erhaltene China-Gelder²², um systemischen Rassismus auf dem Campus²³, um die Entfernung des Namens von Woodrow Wilson²⁴ im Gefolge der Rassismus-Proteste, aber auch um „betrügerisch“ eingezogene Corona-Hilfsgelder²⁵, die für Arbeiter bestimmt waren²⁶, waren davon nur ein genau berechneter äußerer symbolischer Abklatsch – der aber bei vielen Amerikanern ins Herz traf. Sie zeigt, dass die traditionelle Reputa-

tionskultur der Eliten, die sich an unangreifbaren Institutionen wie den US-Eliteuniversitäten mit ihren riesigen Stiftungsvermögen (allein im Fall Harvard, mehr als 40 Milliarden \$) nicht mehr funktioniert und mittlerweile wegen ihrer Herrschaftsallüren genau so viel Widerstand erfährt wie Anerkennung. Damit ist der US-Erziehungsbereich zu einem Feld und Modellfall der sozialen und gesellschaftlichen Spaltung geworden.²⁷ Die Spaltung verläuft im übrigen auch innerhalb der Familien. So gab es bei dieser Wahl einen „generational divide“ wie selten zuvor – beispielhaft etwa unter asiatischen Einwanderern. Während etwa die vietnamesische Elterngeneration²⁸, die traditionell republikanisch ist, geschlossen Trump wählte, wählten ihre Kinder, die oft mit überdurchschnittlichen Leistungen das US-Erziehungssystem durchlaufen, praktisch geschlossen Biden. Die Spaltung zieht sich also durch alle Bevölkerungsteile und weist verschiedene Ebenen, Felder und Schattierungen auf.

Und das heißt?

Der Wahlsieger Biden ist insgesamt gut beraten, neben neuen Expertengruppen zu Corona und anderen sozialen Einzelherausforderungen auch eine Expertengruppe zur sozialen Polarisierung der USA einzusetzen. Diese sollte inter- und transdisziplinär besetzt sein – und sogar seine wichtigste sein, die sein ganzes Augenmerk hat. Biden wird voraussichtlich schon wegen seines Alters nur eine Übergangsfigur sein, und er wird das Zepter nach einer Amtszeit voraussichtlich einer weiblicheren neuen Generation der Demokraten übergeben. Trotzdem (oder gerade deshalb) könnte eine – politisch möglichst neutrale – Arbeit an den tieferen systemischen, ideologischen und politischen Ursachen der „zwei Americas“ und die Findung langfristiger Entwicklungspolitiken dazu aus der Sicht der Späteren sein mit Abstand wichtigstes Erbe sein.

Roland Benedikter

ist Forschungsprofessor für Multidisziplinäre Politikanalyse in residence am Willy Brandt Zentrum der Universität Wrocław-Breslau und Co-Leiter des Center for Advanced Studies von Eurac Research Bozen. Homepage: <http://www.eurac.edu/en/research/center-for-advanced-studies/Pages/default.aspx>. Kontakt: roland.benedikter@eurac.edu.

20 <https://www.nzz.ch/feuilleton/niall-ferguson-als-rechter-bist-du-ein-potenzieller-nazi-sozialisten-und-kommunisten-hingegen-sind-moralisch-einwandfreie-sozialdemokraten-ld.1467954?reduced=true>

21 <https://www.hoover.org/research/trump-china-and-geopolitics-crisis-1>

22 <https://www.bloombergquint.com/global-economics/harvard-leads-u-s-colleges-that-received-1-billion-from-china>

23 <https://www.baynews9.com/fl/tampa/news/2020/09/18/trump-administration-investigating-princeton-for-racism>

24 <https://philadelphia.cbslocal.com/2020/06/29/president-donald-trump-calls-out-princeton-university-for-removing-former-president-woodrow-wilsons-name-from-school-building/>

25 <https://www.nytimes.com/2020/09/21/us/trump-ivy-league-election.html>

26 <https://www.businessinsider.com/trump-and-harvard-timeline-of-past-disagreements-criticisms-2020-4?IR=T>

27 <https://www.kas.de/de/einzelartikel/-/content/der-us-praesident-schaftswahlkampf-2015-16-ungleichheit-als-kernthema>

28 <https://www.bbc.com/news/av/election-us-2020-54711468>

Demokratie im Krisenmodus – Ursachen und Auswege

Gerald Häfner

Zusammenfassung: Stefan Padberg

Vorbemerkung: Es handelt sich bei diesem Text um eine vom Vortragenden nicht durchgesehene Zusammenfassung zweier Vorträge, die er beim Kolloquium „Demokratie im Krisenmodus“ am 9./10. Oktober im Forum 3 in Stuttgart gehalten hat.

Das Ich im Sozialen

Eigentlich ist die Welt nicht so, wie sie sein soll. Das spüren wir alle mehr oder weniger deutlich. Aber um sie nachhaltig zu verändern, reicht es nicht, selbst aktiv zu werden und für Veränderungen einzutreten. Man muss irgendwann die Spielregeln selbst verändern, nach denen in der Gesellschaft gehandelt wird.

Die Menschen sind individuell eigentlich immer wunderbar. Einen richtig bösen Menschen zu treffen, ist sehr schwer. In der Regel trifft man auf wunderbare, wirklich großartige Menschen. Und dennoch geschieht das „Böse“, systematisch, regelmäßig, wiederholt, permanent. Woran liegt das?

Da ist der argentinische Banker, der genau weiß, dass die argentinische Ökonomie nicht hochkommen kann, weil die Menschen das Geld, das sie verdienen, immer ins Ausland schaffen, und der gleichzeitig in seinem Berufsfeld als Banker genau dies organisiert: die Kapitalflucht. Da ist der Taxifahrer, der bei dem Chemiekonzern Böhlinger kündigte, weil er es nicht mehr mit seinem Gewissen vereinbaren konnte dort zu arbeiten und lieber Taxifahrer wurde. Er wurde dann zum Sprecher einer Taxifahrervereinigung gewählt und organisiert nun Demonstrationen gegen die klimapolitische Abgabenerhöhung auf Erdöl, weil er dies als Sprecher eben machen müsse.

Solche Beispiele gibt es zuhauf, und wir finden sie auch mühelos in unseren Leben. Wir haben das Leben so eingerichtet, dass wir mit etwas umgehen, wodurch eigentlich ständig das wieder geschaffen wird, was wir zugleich beklagen. Die Rechtsordnungen, die unser Leben gestalten, unseren Umgang mit Eigentum, mit Geld, mit Leistungen und Arbeit, diese ganzen tragenden Rechtsinstitute, Rechtsbegriffe, Rechtsverhältnisse, all das ist nicht gottgegeben, nicht naturgegeben, sondern ist von Menschen erdacht und geschaffen. Wir leben in einer Zeit, in der die Aufgabe

immer dringlicher wird, den sozialen Organismus so zu verändern, dass er ein menschlicher, ein gesunder Organismus wird.

Multiple Krisen

Wir leben in einer Zeit multipler Krisen. Diese Krisen wechseln sich nicht mehr ab, sondern türmen sich aufeinander. Keine Krise ist gegangen und hat der nächsten Platz gemacht, sondern jede ist geblieben, und wir haben sie nur aus den Augen verloren, weil die nächste und die übernächste sich darüber gelegt haben. Nichts ist gelöst.

Die soziale Frage, die schon Anfang des Jahrhunderts die Menschen umgetrieben hat, ist nicht gelöst, wenn 24 Menschen so viel an Vermögen besitzen, wie die gesamte ärmere Hälfte der Menschheit, also 3,7 Mrd. Menschen zusammen. Die Finanzkrise ist in keiner Weise gelöst. Es gibt nach wie vor eine ständig wachsende Geldblase und eine ständig wachsende Schuldenblase. Die ökologische Frage – nicht gelöst. Wir haben einige Detailfragen darin gelöst, aber die große ökologische Frage ist nicht gelöst. Die Klimafrage ist nur ein anderer Name für das Grundproblem, dass wir diesen Planeten Schritt für Schritt ruinieren, ausbeuten, vergiften, zerstören. Mittlerweile zerstören wir sogar das Klima, „diese feine kosmische Balance, die sich schützend um diesen Planeten legt, in dem alles im Ausgleich ist und dadurch menschliches, tierisches, pflanzliches Leben erst möglich wird.“

Es ist also ausgesprochen ernst. Es ist nicht irgendwie ein „kleines Problemchen“, sondern es ist eine menschheitliche, fast könnte man sagen, endzeitliche Krise. „Wenn wir dieses Problem nicht lösen, dann ist das möglicherweise das Ende der Entwicklung, wie wir bisher menschliche Entwicklung auf diesem Planeten gedacht und verstanden haben“, so Gerald Häfner.

An diesem Punkt, an dem wir menschheitlich angekommen sind, an dem wir unser wirtschaftliches Handeln so verwoben ist, dass im Grunde der ganze Erden- und Menschheitsorganismus aktiviert wird, wenn man eine Tasse Kaffee trinkt oder den Laptop aufklappt, an diesem Punkt stellt sich die Frage nicht einfach nur der „Ich-Entwicklung“, sondern des „Ich im Sozialen“: Kann sich so etwas bilden wie Bewusstsein, Verantwortung, Gewissen für dieses gemeinsame, verwobene globale Handeln? Und wo und wie kann es sich bilden?

Coronakrise

Auch bei der Coronakrise geht es um diese Frage. Jede Krise hat ihren Sinn, und so kann man auch fragen: Was ist der Sinn dieser Krise für die Menschheit, was die Botschaft dieser Pandemie an den Patienten Mensch? Diese Pandemie hat sehr stark mit dem Atem zu tun, dem Atem, der uns alle, Mensch, Tier, Pflanze und Erde, eigentlich verbindet. Der Atem ist das, was wir alle teilen. Wir atmen gemeinsam, wir atmen mit der Erde, wir atmen mit den Pflanzen, mit den Bäumen, mit den Wäldern. Wenn es die nicht gäbe, könnten wir überhaupt nicht atmen. Und wenn

es uns nicht gäbe, könnten die zunehmend weniger atmen. Der Mensch benimmt sich in einer Weise auf der Erde, dass für die anderen kaum noch Raum bleibt, „wie etwa für die Tiere, die auf diesem wet market in Wuhan verkauft wurden, eingequetscht, eingesperrt in enge Käfige“.

In der Coronakrise hat plötzlich nicht mehr die Erde Fieber, sondern der Mensch! Jetzt müssen wir innehalten. Wir könnten diese Verlangsamung, die für eine begrenzte Zeit eingetreten ist, nutzen, um nachzudenken darüber, wie es weitergeht. Der eigentliche Ort, an dem das stattfindet, ist das Geistesleben. Aber es muss sich verdichten im Rechtsleben, damit es am Ende im Wirtschaftsleben, im Handeln Praxis werden kann.

Die Spaltung zwischen Ich und Welt

Der gemeinsame Atem zwischen Menschen und Erde erinnert uns vielleicht an die Urverbundenheit, von der im Paradies-Mythos erzählt wird. Dieser Ur-Mythos, der in vielen Kulturen beschrieben wird, erzählt von einer Zeit oder einem Zustand, in dem All-Einheit, All-Verbundenheit herrschte, wo die Menschen nicht getrennt waren von der Natur, sondern in sie einverwoben, und wo die göttliche und die weltliche Sphäre noch eine Einheit bildeten.

Die Scheidung zwischen Mensch und Welt kam, als unsere Ur-Ahnen vom Baum der Erkenntnis aßen. Damit fielen, stürzten sie aus dem Paradies heraus und fanden sich auf der Erde wieder. Dieser Sturz auf die Erde findet sich in allen Kulturen in unterschiedlicher Form beschrieben. Jetzt lebten sie plötzlich nicht mehr in dieser Einheit, sondern erlebten: „ich“ hier und „Welt“ da.

Der Weg der Menschheit war es seitdem, der Welt erkennend gegenüber zu stehen und zu lernen, sie immer besser zu erkennen und zu verstehen. Auf diesem Weg entwickeln sich dann auch Wissenschaft und Technik. Wir erkennen die Natur immer besser und können sie immer besser nutzen. Wir entlocken ihr ihre Geheimnisse und können sie so immer besser beherrschen, ausbeuten und unterwerfen. All das finden wir auf diesem Weg.

Je weiter wir auf diesem Wege gehen, desto mehr verlieren wir die Verbundenheit, desto mehr erwachen wir im Einzelbewusstsein und desto mehr entwickelt sich Gesellschaft so, dass die Verbände immer mehr zerfallen und dass sich immer mehr Fragmentierung und Atomisierung ergibt. Der gegenwärtige Höhepunkt dieser Entwicklung ist die Idee „Jeder ist seines Glückes Schmied“, diese Grundidee des Liberalismus und des Kapitalismus, dass für alle am besten gesorgt ist, wenn jeder Mensch sich nur um die Realisierung seiner eigenen Ziele, seiner eigenen Interessen bemüht.

Die Verbindung zur Welt wieder gewinnen

Kommen wir damit durch? Oder stürzen wir hier ab? Das scheint die Situation des Zeitalters, in

dem wir heute leben. Und die Frage ist: Gibt es einen Weg, wie wir wieder in die Verbundenheit kommen, wie wir den anderen Menschen, die Natur, die Erde, die anderen Wesen, die mit und um uns sind, wieder verstehen können? Ohne diese Verbundenheit wird es nicht weitergehen können. Die ökologische Frage, die Klimafrage, das alles ist Folge dieser verlorengegangenen Verbindung. Wir haben die Verbindung zur Erde, zum Leben, zum anderen Menschen verloren. Können wir Wirtschaft wieder so betreiben, dass wir diese Verbindung wiedergewinnen, können wir Politik so betreiben, können wir Kultur, können wir Geistesleben so betreiben? Das ist die große Frage, vor der wir heute stehen.

Die Entwicklung der Demokratie aus der Gruppenzugehörigkeit

Diese Bewusstseinsentwicklung von der Verbundenheit in die Getrenntheit spiegelt sich auch im Rechtsleben. Wir sehen weit zurück in der Geschichte Gesellschaften, in denen es einzelne Menschen, Menschheitsführer gab, die noch wie eine Art göttliche Vollmacht hatten, die die Verbindung zwischen Gott und Mensch schaffen oder halten konnten. Die frühen Führer der Menschheit waren immer geistliche und weltliche Führer in einem. Sie waren die Verbindung zum Göttlichen. Sie wurden als von Gott ausersehen, von Gott gesandt erlebt und entsprechend auch verehrt.

Theokratie, Monarchie

Die Menschen, die in diesen Theokratien an der Spitze standen, wurden nicht gewählt, schon gar nicht auf Zeit, und auch nicht abgesetzt. Sie wurden durch komplizierte Einweihungsvorgänge bestimmt. Residuen davon fand man beispielsweise noch in Tibet, wo nach dem Tod des Dalai Lama der Nachfolger von speziell ausgebildeten Mönchen im ganzen Land gesucht und mit ganz bestimmten Methoden erkannt wurde.

Als die göttliche Inspiration nach und nach verblasste, wurde die Theokratie mehr und mehr zu einer Monarchie aus eigener Machtvollkommenheit. Das aristokratische Prinzip entwickelte sich, und damit auch gruppenbezogenes Denken. Und dann kam die Achsenzeit, in der das Verstandesdenken des Menschen in Griechenland erwachte, und etwas später kam dann die Frage nach der Demokratie auf. Das war etwas radikal anderes. Nicht mehr einer soll die Verbindung zu Gott schaffen, sondern alle Menschen sind gleich und alle Menschen als Gleiche müssen das Recht feststellen. Dass es damals wirklich um die Gleichheit ging, sieht man daran, dass die Besetzung von Ämtern ausgelost wurde, weil man nicht die mit dem besten Ansehen oder der besten Erziehung nehmen wollte. Natürlich war das damals noch eine erste, sehr unvollkommene Form – es waren nur Männer, die sogenannten „freien Männer“, die Besitzenden usw. –, aber die Idee war geboren.

Repräsentative Demokratie

Die Demokratie war damals noch so, dass sie gruppenorientiert war, dass es gleichgesinnte Gruppen gab und diese Gruppen ihre jeweiligen Führer hatten. Diese Führer wurden nicht mehr von oben eingesetzt, sondern zunehmend von unten gewählt. Diese Gruppenbezogenheit war auch in der Neuzeit, als die repräsentative Demokratie erfunden wurde, das bestimmende Prinzip.

Präsidentenwahlrecht

Dabei gab es in der Demokratieentwicklung geschichtlich verschiedene Formen. Zunächst ging es um die Wahl von Personen in bestimmte Ämter, sog. Personalentscheidungen. Einzelne Menschen wurden auf Zeit beauftragt, Entscheidungen zu treffen. Wir sehen dies in der Neuzeit bei den sog. Präsidentenwahlen, bei denen eine Person gewählt wird, die dann an der Spitze steht und die Politik nach ihren Überzeugungen ausrichtet, sozusagen ein König auf Zeit, wie z.B. in den USA.

Wir erleben aber heute, wie die Tendenz zu unterschiedlichen Formen der Willkürherrschaft steigt, weil so viel Macht in den Händen eines Einzelnen das Maß des menschlich seriös Machbaren übersteigt. Demokratien, die weniger auf dem Gedanken basieren, einer soll alle vertreten, sondern die mehr auf dem Gedanken basieren, dass das, was für alle gültig ist, sich jeweils im Diskurs herausstellen soll, funktionieren im Allgemeinen besser.

Mehrheitswahlrecht

Ähnlich wie bei der Präsidentenwahlrecht, bei der einer alle vertreten soll, beruht auch das Mehrheitswahlrecht, mit dem vor allem in den angelsächsischen Ländern Abgeordnete gewählt werden, auf der Idee, dass nur einer oder eine den ganzen Wahlkreis „gewinnt“ und vertreten soll. Das sorgt natürlich dafür, dass alle neuen Kräfte und Ideen, die sich in einer Gesellschaft entwickeln, nicht hochkommen können. Solche Ideen haben am Anfang nie eine Mehrheit hinter sich, sie können sich im Parlament dann nicht wirklich artikulieren, weil die Mehrheitsregel dies nicht zulässt.

Verhältniswahlrecht

Ein Verhältniswahlrecht, wie wir es vor allem in Mitteleuropa haben, lässt dies in höherem Maße zu, aber das Verhältniswahlrecht wiederum beruht auf organisierten Gruppeninteressen, den Parteien. Die SPD z.B. ist als Partei, als Vertretung der Arbeiterklasse, entstanden. Es war einfach so, dass die Arbeiterklasse gemeinsame Interessen hatte. Und diese Interessen mussten politisch formuliert und artikuliert werden. Also haben die Arbeiter Leute aufgestellt, die sie vertreten haben. Das nannten sie dann „Partei“ (von lat. pars, Teil). Jeder solche „Teil“ der Gesellschaft schloss sich zusammen und wählte seine Führer, seine Repräsentanten und schickte sie in die Hauptstadt, um für diese Gruppe von Menschen das Bestmögliche herauszuholen.

Die Krise der Repräsentation

Parteien waren bis nach dem 2. Weltkrieg immer aufgesetzt auf eine bestimmte Gruppe. Diese konnte entweder eine Gruppe sein durch gemeinsamen Stand oder Beruf usw., konnte aber auch weltanschauliche Gemeinsamkeiten haben, aber immer gab es diese Gruppeninteressen. Wir haben aber heute eine Zeit, in der der Mensch immer weniger damit zufrieden sein kann, als ein Gruppenwesen verstanden und betrachtet zu werden. Heute kann man nicht mehr davon ausgehen, dass jemand, nur weil er Arbeiter ist, ganz bestimmte politische Interessen oder Positionen hat. Heute zählt die individuelle Überzeugung immer mehr, und immer weniger ausschlaggebend ist die soziale Herkunft, der Stand.

Wir merken auch an den politischen Parteien, dass dieses Gruppenbewusstsein, dieses Schulterschlussbewusstsein, immer weniger trägt. Immer schwieriger wird es, Führerfiguren zu finden, die als gültige Vertreter von allen anerkannt sind. Die Idee: „Ich vertrete diese Gruppe“ ist immer weniger tragfähig. Eine ganz andere Idee tritt immer mehr in den Vordergrund, nämlich: „Ich muss mein Bewusstsein so weit ausdehnen, dass ich den Gesamtzusammenhang denken, empfinden und wollen kann, um überhaupt gesellschaftsfähig zu werden.“ Es genügt nicht mehr, ein Gruppeninteresse gegen ein anderes zu vertreten, sondern eigentlich muss in jedem Menschen, im Bewusstsein jedes einzelnen, der Gesamtzusammenhang aufscheinen.

Parteien oder Individuen

Ein Beispiel: Im Deutschen Bundestag war es über lange Zeit üblich, dass Gesetzesvorlagen von der Regierung eingebracht wurden und nur in Ausnahmefällen von den die Regierung tragenden Fraktionen. Als Gerald Häfner Mitglied im Bundestag war, hat er gemeinsam mit Christa Nickels in der Geschäftsordnung den Passus entdeckt, wonach Vorlagen auch von einzelnen Abgeordneten vorgelegt werden können und beraten werden müssen, wenn sie die Zustimmung von 5% der Mitglieder finden. „Das haben wir dann exzessiv genutzt“, schilderte er. „Es macht einen ganz großen Unterschied, ob eine Vorlage den Stempel einer Partei trägt, mit der Folge, dass die anderen Parteien im Grunde schon mal dagegen sind, weil sie dieser Partei keinen Erfolg gönnen wollen, oder ob es aus der Mitte des Hauses kommt, und es stehen plötzlich Namen von Mitgliedern aller Fraktionen darunter.“ Regelmäßige seien auch die Debatten über solche Gesetzentwürfe ganz anders gewesen als diejenigen, in denen sich die Meinungsbildung schon im Vorfeld entlang der bekannten Parteilinien organisiert habe.

Minimale Möglichkeiten, Regelungen, Änderungen in der Geschäftsordnung können sofort eine fundamentale Änderung für die Qualität von Politik bedeuten. Deshalb macht es sehr viel Sinn, sich diese Regelungen anzuschauen und die Regeln so zu schaffen, dass sie in jedem Falle die Initiativkraft des Einzelnen und das Element der Debatte stärken.

Soll man eine Partei gründen?

Da Gerald Häfner vor über vierzig Jahren an der Gründung der Grünen mitbeteiligt war, wird er oft gefragt, ob er nicht bei der einen oder anderen Parteigründung mithelfen könne. Er meint dazu: „Ich habe selten so viele Parteigründungsinitiativen erlebt wie aktuell, und ich fand selten die Idee der Parteigründung so inadäquat wie aktuell.“ Meist ist es ein sehr buntes Gemisch, das sich zu so einer Parteigründung trifft. Die einigende Klammer ist im Moment das, wogegen man ist. Das führt nicht weit, sondern das erzeugt Leerräume, in die dann anderes einströmen kann.

Er erinnerte daran, dass Konrad Adam vor kurzem aus der AfD ausgetreten ist. Konrad Adam war einer der vier Gründungsprofessoren, die meinten aus Kritik an der Funktionsweise des Euro und der Art und Weise, wie der Euro eingeführt worden ist, eine Partei gründen zu müssen. Aus dieser Partei ist so etwas wie eine rechte, eher diffuse Protestbewegung geworden. Und jetzt ist er als Letzter der Gründer ausgetreten, weil sich die gerufenen Geister nicht mehr kontrollieren ließen.

Die Frage ist doch, was die gegenwärtige Zeit erfordert. Der Reflex, Parteien zu bilden, ist einer, der eher zurück als nach vorne führt. Heute ist anderes nötig, als Parteien zu bilden.

Neue Formen für Demokratie

Gegenwärtig haben immer mehr Bürgerinnen und Bürger Schwierigkeiten, sich mit einer einzigen Partei zu identifizieren. Aber dieses neue Bürgerbewusstsein artikuliert sich gegenwärtig – natürlich nur *cum grano salis* genommen – sehr häufig als Vorwurf an „die da oben“ oder an „die anderen“. Die Qualität des wirklichen Empfindens von Verantwortung für das Ganze und dass man nicht mehr von Gruppeninteressen ausgeht, ist noch nicht so stark verbreitet.

Damit sich dieses Bewusstsein überhaupt entwickeln kann, braucht es neue Formen der Demokratie, in denen es zum Erlebnis werden kann. Seit etwa den 1970er Jahren kann man beobachten, dass direkt-demokratische und Beteiligungsverfahren aufleben und zunehmend genutzt werden. Waren es damals in Deutschland nur ganz wenige Menschen, die sich in diesem Feld engagierten, so ist die Bewegung für direkte Demokratie heute eine weltweit vernetzte Bewegung. Wir haben heute in allen deutschen Bundesländern Volksbegehren und Volksentscheid und Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Vor kurzem fand der Weltkongress für direkte Demokratie statt, der seit vielen Jahren regelmäßig abgehalten wird. Überall auf der Welt engagieren sich immer mehr Menschen für direkte Demokratie.

Direkte Demokratie

In der direkten Demokratie werden Sachfragen nicht von gewählten Repräsentanten entschieden

(=indirekt), sondern unmittelbar durch die Abstimmungsberechtigten (=direkt). Da steht und fällt die Qualität ebenfalls mit den Spielregeln. Wir haben damals für Deutschland, und das war neu, in unseren Gesetzentwürfen eine Dreistufigkeit vorgeschlagen. Ich will darauf nochmal aufmerksam machen, weil man manchmal vergisst, warum das eigentlich wichtig ist.

Zweistufigkeit: Das Beispiel Kalifornien

Bis dato war direkte Demokratie in den meisten Ländern der Welt zweistufig geregelt. Der weltweit extremste, vielleicht auch bekannteste Fall ist Kalifornien. Das Verfahren dort kennt zwei Stufen: *initiative und referendum* (I&R). Wenn eine genügende Anzahl von Menschen eine Initiative unterschrieben hat, dann kommt es zum Referendum. Beim Referendum werden verschiedene Themen oder Vorlagen gesammelt und dann am Abstimmungstag zur Abstimmung gestellt.

Alle Referenden stehen dabei auf einem Wahlschein („ballot“). Das ist eine lange Liste, denn die Hürden sind vergleichsweise niedrig. Da hat man dann am Abstimmungstag 20, 30 40, in einem Fall sogar 80 Abstimmungen! Es ist seltsamerweise im Wahlkampf vor der Abstimmung nicht zulässig, den Namen der Initiative zu nennen, sondern nur die Nummer, denn jede Initiative hat auf dem Wahlschein eine Nummer. Deshalb sieht man in Kalifornien vor einer Abstimmung immer Plakate wie „Vote Yes on 14“, „Say No to 22“. Die meisten Wählerinnen und Wähler wissen nicht genau, worum es inhaltlich geht. Eingepägt hat sich womöglich nur „diese Supermusik“ oder „dieses irre Video“ von Initiative 22.

Es wird dort sehr viel Geld für Abstimmungskampagnen ausgegeben. Es gibt große Firmen, bei denen man sich Kampagnen kaufen kann und die dann alles Notwendige organisieren. Man spricht hier von einer Referendumsindustrie. Und das funktioniert! Da es keine Regelung für eine vernünftige Debatte gibt und dafür, wie die Bürgerinnen und Bürger Pro und Kontra erfahren, und da nur der sich Gehör verschaffen kann, der das Geld hat, sich die Zeit und die Aufmerksamkeit im öffentlichen Raum zu kaufen, unterliegen viele gute Initiativen aus der Bürgerschaft. Außerdem sind es zu viele Themen, die gleichzeitig zur Abstimmung stehen, sodass eine ordentliche Debatte sehr schwierig wäre.

Der Sinn der Dreistufigkeit

Jeder, der das in Kalifornien erlebt hat, würde sofort sagen: „Nie wieder direkte Demokratie!“ Die Antwort ist aber nicht „Nein“ zur direkten Demokratie, sondern die Frage, wie man die Sache besser machen kann. „Dass wir damals die Dreistufigkeit vorgeschlagen haben“, so Häfner, „liegt daran, dass in meinen Augen – und das war ganz stark übrigens mit auch eine Idee von Wilfried Heidt, den ich an dieser Stelle nennen will – der direkt-demokratische Prozess durch drei Schichten läuft. Am Anfang ist es eine Idee, ein Vorschlag. Die Idee entsteht, wenn man so will, im Geistesleben. Diese wird dann in

der Gesellschaft bewegt. Das ist die zweite Stufe. Wie kann man das organisieren, dass die Menschen das wirklich bewegen, dass sie darüber sprechen und dass dabei eine Empfindung sich bilden kann? Halte ich das für angemessen, für sinnvoll, für gut? Am Ende dieser Stufe steht dann eine bewusste Entscheidung.“

Die erste Phase ist die Volksinitiative, die zweite das Volksbegehren, bei dem Unterschriften auf den Straßen gesammelt werden und viele Gespräche zwischen den Bürgerinnen und Bürgern stattfinden und sich so etwas wie ein sozialer Innenraum bildet. Wenn es gut läuft, kommt am Ende als dritte Stufe der eigentliche Volksentscheid mit einem breiten Abstimmungskampf. Das ist eigentlich ein sozialer Willensakt. Wir haben also mehr einen Ideenpol, einen mittleren Pol und einen Willenspol, und das spiegelt sich in der Dreistufigkeit des Verfahrens. Die Entscheidung am Ende ist dabei einerseits so gut, wie der Vorschlag, aber vor allen Dingen ist sie so gut wie die Debatte während des ganzen Prozesses.

Direkte Demokratie als Katalysator für Gespräch

Und damit sind wir wieder bei den Regeln für das Verfahren. Wie gelingt es uns, dass eine Gesellschaft wirklich mit sich selbst ins Gespräch kommt über die großen Fragen der Zukunft? Wie sollen die Dinge geregelt werden? Wie wollen wir unsere Rechtsordnung einrichten?

Eine interessante Erfahrung illustrierte dies. Gerald Häfner war einmal zu einem Vortrag in ein Dorf in Bayern eingeladen. Anlass war „5 Jahre Bürgerentscheid XY“. Er hat dann nachgefragt: „Seid ihr wirklich sicher, dass das die Leute interessiert, dass vor 5 Jahren da mal etwas abgestimmt wurde?“ Die Menschen antworteten ihm: „Herr Häfner, Sie müssen wissen: Wir bei uns haben die Zeitrechnung ‚Unser Dorf vor dem Bürgerentscheid‘ und ‚Unser Dorf nach dem Bürgerentscheid‘. Denn vor dem Bürgerentscheid kannten wir uns überhaupt nicht. Wir haben unsere Steuern bezahlt, und jeder hat sich um seinen Privatkrum gekümmert. Dann bekamen wir ein Problem. Dann haben wir einander besucht und gefragt: ‚Wie siehst du das?‘ ‚Und wie siehst du das?‘ Und daraus entstand eine gegenseitige Wahrnehmung und ein Zusammenhalt, der unsere Gemeinde ganz und gar verändert hat und bis heute anhält. Heute treffen wir uns regelmäßig, erörtern die Fragen gemeinsam, besprechen und entscheiden Dinge gemeinsam.“

Und Gerald Häfner kommentierte: „Das ist damals entstanden. Das ist entstanden als Folge der Einführung dieses Instrumentes, aber es hält an als Qualität, und es entwickelt sich weiter bis heute.“

Das Gespräch als Seele der Demokratie

Woran man eben auch sieht, dass es dieser Instrumente bedarf. Das ist das entscheidend Wichtige in der Demokratie. Ein nächster wichtiger Punkt ist, dass direkte Demokratie nicht nur eine Form ist, zu Entscheidungen zu kommen, sondern auch, um miteinander ins Gespräch zu kommen und diese Kraft und Qualität üben und entbinden zu können, die es braucht, um Demokratie weiterzuentwickeln.

Man könnte es „die innere Seite der Demokratie“ nennen. Denn wir erleben Demokratie nur unzureichend, wenn wir dabei immer nur die Seite im Auge haben, dass man mitreden und mitentscheiden kann. Wir erleben das, was wir jeweils wollen, sehr stark und sehr unmittelbar, fast instinktiv. Aber um es zu artikulieren und diskursfähig zu machen, muss man überhaupt erst einmal anfangen, über den Gesamtzusammenhang nachzudenken. Es muss ein bewusstes Element in den Prozess hineinkommen.

Und es muss noch etwas Zweites hinzutreten. Am Ende eines Diskurses soll nicht das geschehen, „was ich will“, sondern es soll das geschehen, was sich am Ende des Gesprächs oder des Verfahrens als das zeigt, was für alle am besten erscheint. Und da ist meine Stimme nur eine von vielen. Das ist eigentlich Demokratie. Die Kunst ist dabei, dieses Gespräch der vielen miteinander als ein solches Gespräch zu führen und zu erleben, dass sich dabei das Gespräch – und damit die Entscheidungsfindung – selbst ständig verbessert.

Die Regeln der Debatte sind von großer Bedeutung

Was wir im Moment haben, ist das Gegenteil. Deswegen ist es wichtig, nicht nur im äußeren Sinne über demokratische Regeln und Verfahren zu reden, sondern auch darüber zu reden, was eigentlich die Bedingungen sind, damit Öffentlichkeit, also das Gespräch der Menschen miteinander in der Öffentlichkeit, funktionieren kann.

Wie müsste man eigentlich die Regeln gestalten, damit ein wirklicher, sinnvoller Diskurs, ein Gespräch entstehen kann, bei dem der Mensch erlebbar wird?

Die permanente Reform der Demokratie

Es gibt nicht die richtige, endgültige, einzig mögliche Form der Demokratie. Demokratie muss sich mit uns ständig weiter entwickeln. Und das, was wir zu einem bestimmten Zeitpunkt für demokratisch halten, ist bald schon nicht mehr ausreichend. Wir glauben immer: „Demokratie? Haben wir. Also lasst uns jetzt mal um andere Fragen kümmern, um Umwelt oder Erziehung oder Landwirtschaft oder so.“ Nein! Demokratie bedarf einer ständigen Erneuerung, muss ständig „nachgestimmt“ werden. Sie ist wie der Generalbass in einem barocken Musikstück. Wenn er verstimmt ist, klingt das ganze Orchester nicht gut.

Reformbedarf in den USA

Deutlich wird das, wenn man sich die Demokratie in den U.S.A. anschaut, eine der ältesten Demokratien der Welt. Viele leben dort in dem Bewusstsein „Wir haben schon ganz lange Demokratie, und jetzt müssen die anderen das auch noch lernen.“ Aber es gibt verschiedene Probleme dort, an deren Verbesserung man durchaus arbeiten könnte, z.B. die Wählerregistrierung.

In Europa ist es meistens so, dass es Einwohnermeldeämter und somit Einwohnerlisten gibt. Wir wissen, wer über 18 ist, wer das Wahlrecht hat und wer nicht. In den USA geht das nicht. In den USA muss man sich vor einer Wahl überhaupt erst einmal als Wähler oder Wählerin registrieren lassen. Das ist oft eine große Hürde für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen.

Und dann ist es in der Regel so, dass man sich nicht nur einfach registrieren muss, sondern man muss sich als republikanischer oder als demokratischer Wähler registrieren. Das ist eine weitere Absurdität. Der Grund liegt in der Art und Weise, wie in den USA die Wahlbezirke zugeschnitten werden. Bei uns werden auch ständig die Wahlkreisgrenzen verändert, um sie an die Entwicklung der Einwohnerzahl anzupassen. Im Schnitt sind zwischen 95.000 und 120.000 Menschen in einem Bundestags-Wahlbezirk. Wenn jetzt die demographische Entwicklung oder der Zuzug so ist, dass es plötzlich 130.000 oder 140.000 sind oder auch wenn zu viele wegziehen, dann muss man den Wahlbezirk anders zuschneiden, damit das Stimmgewicht der einzelnen Stimme in etwa gleich bleibt.

Das macht in Deutschland eine unabhängige Kommission und dieser Prozess geht durch drei Instanzen. Es wird von vielen Seiten geprüft und ist im Zweifelsfalle vor Gericht überprüfbar, am Ende sogar vor dem Bundesverfassungsgericht. In den USA ist es so, dass ein Wahlbezirk entsteht, indem sich der demokratische und der republikanische Abgeordnete zusammensetzen, und der Demokrat sagt: „Ich habe hier soundso viele registrierte republikanische Wähler, die ich nicht brauche. Die würde ich dir gerne abgeben. Und du hast da einen Bezirk, da sind viele Demokraten, wie wäre es, wenn wir die zu mir rüberschieben?“ Dadurch entstehen Wahlbezirke, deren Grenzen völlig zerrupft sind. Manche sind sogar in voneinander getrennte Flächen aufgeteilt. Aber die Ergebnisse in diesen Wahlbezirken stehen praktisch schon vor der Wahl fest. Man nennt dieses Verfahren Gerrymandering, weil Gerry Mander dort erstmals die Idee hatte, dass man so verfahren könne.

Oder die indirekte Wahl des Präsidenten durch Wahlmänner. Es zählt nicht, wie die Bürgerinnen und Bürger in den Staaten gestimmt haben, sondern am Ende ist die Frage, wie hat Montana oder Texas gestimmt. Und dann gehen die 48 Stimmen des Staates en bloc für Trump oder die 34 des anderen Staates en bloc für Biden. Bei den letzten drei Wahlen war es so, dass der eine Kandidat mehr Stimmen hatte, aber der andere hat die größere

Zahl an Wahlmännern. Was für das 18. Jahrhundert noch verständlich war, weil man da noch mit dem Pferd nach Washington reiten und sagen musste: Wir haben 48 Stimmen für Kandidat A, ist heute völlig absurd.

Veränderungsunwillen

Als Gerald Häfner dies in den USA einmal ansprach, bekam er zur Antwort: „Mr. Häfner, we never change that. That's in our very genes.“ Also wenn man Demokratie so versteht, dass alles sich ändert und weiterentwickelt, nur die Demokratie bleibt so vorsintflutlich, dann ist es kein Wunder, dass sie scheitert. Demokratie braucht einen Boden, auf dem sie steht. Und diesen Boden muss man wie einen Garten im Grunde regelmäßig jede Woche, jeden Monat jäten, muss gucken, dass sich da kein Unkraut entwickelt, und dass es gut wachsen kann. Das ist eine eminente Verpflichtung.

Damit sind wir bei einer ganz großen Frage: Wer kümmert sich um die Pflege der Demokratie? Die Unternehmen oder die Wirtschaft kümmern sich nicht darum. Der Staat kümmert sich auch nicht darum, denn diejenigen, die im Amt oder gewählt sind auf der Basis eines bestimmten Rechts, haben kein Interesse, dieses Recht zu ändern. Bestes Beispiel ist gegenwärtig das immer neue Scheitern einer Wahlrechtsreform, denn es gibt zu viele Abgeordnete, die von den Überhangmandaten profitieren.

Die Bürger übernehmen Verantwortung

So etwas müssten die Bürgerinnen und Bürger selber regeln können. Die Regeln der Demokratie müssen eigentlich von den Bürgerinnen und Bürgern gedacht, gemacht und gewollt werden. Gegenwärtig schalten sich tendenziell immer mehr Bürgerinnen und Bürger in Deutschland in die Demokratie ein. Wir haben es aber auch in anderen Ländern. In Belarus passiert nichts anderes.

Die meisten revolutionären Bewegungen der letzten Jahre sind eigentlich Demokratiebewegungen. In Armenien, Litauen, Lettland, Estland, das waren Demokratiebewegungen. Und was vor 30 Jahren in der DDR stattfand, war ebenfalls eine Demokratierevolution. Späterhin war das ökonomische Motiv immer bestimmender, aber zunächst mal war es eine Demokratiefrage: „WIR sind das Volk!“ Das war der Punkt. WIR sind jetzt verantwortlich. Egal, was ihr sagt und wollt: Wir sind verantwortlich für dieses Land, diese Erde, für die Zukunft. Deshalb müssen WIR uns einmischen. Das ist eigentlich heute Demokratie.

Das betrifft nicht nur den Wahltag. Die Stimme abgeben und dann vier oder fünf Jahre zuschauen, ist heute nicht mehr genug. Die Bürgerinnen und Bürger müssen auch zwischen den Wahlen die Möglichkeit haben, sich einzumischen, Vorschläge zu machen, Initiativen zu ergreifen, Gesetzentwürfe einzubringen und auch selbst diese Gesetzentwürfe zu beraten und darüber zu entscheiden.

Neue Formen der Bürgerbeteiligung

Aber mehr noch. Die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger erstreckt sich auch auf das ganze Feld vor und nach der Abstimmung. Dabei ist die Frage, wie die Meinungsbildung geschieht. Welche Form von öffentlichem Gespräch brauchen wir? Neue Instrumente der Bürgerbeteiligung wie z.B. Bürgerräte werden ausprobiert, Bürgerbeteiligung in Planungsverfahren, Mediationen, Bürgerversammlungen, Bürgeranträge usw. Alles das sind Formen, die helfen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich artikulieren, sich einbringen und dass ein Gespräch entsteht.

Dabei stellt sich die Frage: Was ist eigentlich die richtige Ebene? Es gibt heute die Tendenz, dass sozusagen die Entscheidungsorte immer weiter nach oben wandern, weil wir im Recht den Grundsatz etabliert haben, dass das höhere das niedere Recht bricht. Alles das, was einmal auf einer höheren Ebene erörtert und entschieden ist, ist der unteren Ebene entzogen. Das ist ein fataler Mechanismus, mit dem die Entscheidungsebenen immer weiter weg von den Menschen wandern. Stattdessen kommt es darauf an, substantiell die Rechte der unteren Ebenen zu stärken.

Es ist wichtig, soviel wie möglich so nah wie möglich bei den Menschen zu regeln. Deshalb ist es nicht nur eine wichtige Unterscheidung, was gehört eigentlich in den Bereich des Geisteslebens, des Rechtslebens oder des Wirtschaftslebens, sondern auch, was gehört auf welche Ebene.

Zentralistische Pandemiemaßnahmen

Das ist übrigens auch in der Coronafrage eine sehr wichtige Debatte: Auf welcher Ebene und in welchem Kontext werden wichtige Fragen entschieden? Ein Beispiel, nur um ein bisschen anzudeuten, was gemeint ist: Wir hatten Anfang März die Einführung bundesweiter Maßnahmen, die erst einmal das öffentliche, private und wirtschaftliche Leben sehr weitgehend angehalten haben. Eine der Maßnahmen war, dass die Schulen, die Kindergärten und Kinderkrippen geschlossen wurden. Man hat zentral aus der Regierung heraus, bürokratisch von oben nach unten entschieden.

Stattdessen hätte man auch sagen können: „Wir haben eine neue Lage, wir haben die und die Situation, auf das und das ist zu achten. Liebes Bildungswesen, könnt ihr euch ab sofort damit befassen, wie Schule, wie Erziehung in den Zeiten dieser Pandemie aussehen könnte? Was ist möglich, was ist nicht möglich? Was kann man machen, vielleicht viel mehr rausgehen, in den Wald oder andere Dinge.“ Es wären andere Entscheidungen zustande gekommen, als wenn einfach zentral die Schulen geschlossen werden von Menschen, die ganz weit weg sind von Erziehungsfragen.

Bürgerbeteiligung als Übform für Gespräch

Klar ist: Demokratie muss gelernt und geübt werden, im Grunde jeden Tag. Wenn ich nur mein eigenes

Leben zu regeln gewohnt bin, dann kann es mich leicht überfordern, von einem Tag auf den anderen irgendeine große weltpolitische oder bundespolitische Frage zu entscheiden. Dieses Üben geschieht dadurch, dass man sich mit den Fragen beschäftigt.

Ganz viele von den neuen Instrumenten, die jetzt eingeführt werden, sind eine wichtige und notwendige Ergänzung. Es werden dort miteinander Fragen erörtert, es wird miteinander gelernt, die richtigen Gesichtspunkte zu finden und auszutauschen, Lösungen zu finden und Entscheidungen vorzubereiten. In diesen Verfahren sind aber in der Regel nicht viele Menschen involviert. Sie dienen nicht dazu, Entscheidungen abzunehmen. Diese müssen weiterhin in den bekannten demokratischen Institutionen und Verfahren getroffen werden, so dass jeder Mensch angemessen daran beteiligt ist.

Am Ende geht es in der Demokratie um das Gespräch, dass wir nicht als Einzelne mit Einzelnen führen. Es geht dabei um die Frage, ob wir gesprächsfähig werden in der Gemeinschaft, ob wir fähig werden zu einer modernen Form von Polyphonie, d.h. zu einer Form von Gesellschaft, in der jeder Mensch eine Stimme hat, diese Stimme erhebt und aus dem Zusammenklang der Stimmen sich das Gesamte ergibt, d.h. auch, in der in mir die Fähigkeit wächst, wie ich meine Stimme erheben muss, damit sie mit den anderen zusammenklingen kann und nicht einfach im Widerspruch steht oder einen scheußlichen Klang erzeugt.

Gerald Häfner

geboren 1956 in München. Studium der Waldorfpädagogik, Mitbegründer der Partei Die Grünen. Zwischen 1987 und 2002 dreimal Mitglied des Deutschen Bundestages; seit der Europawahl 2009 bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments. Häfner ist Publizist, Waldorflehrer und (Mit-)Gründer zahlreicher Initiativen und Stiftungen wie Mehr Demokratie und Democracy International e.V. und Netzwerk Dreigliederung. Seit Oktober 2015 ist er Leiter der Sektion für Sozialwissenschaften am Goetheanum.

Berichte

Wachsender Trend bei Unternehmen: Verantwortungseigentum

Kaum bekannt, hoch erfolgreich, 130 Jahre Geschichte und heute im Trend: Unternehmen in Verantwortungseigentum. Diese Eigentumsform, die vor etwa 130 Jahren in den Firmen Zeiss und Schott ihre Pioniere fand, wird heute von vielen Start Ups und Mittelständlern gewählt. Der Grund: Sie bietet neue Möglichkeiten für die Nachfolge und gestattet Start-Ups ein glaubhaftes Purpose-Versprechen, da das Unternehmensvermögen im Unternehmen bleibt. Nun gründeten über 30 Unternehmen am 25.11. in Berlin gemeinsam die „Stiftung Verantwortungseigentum“ und geben dieser Unternehmensform erstmals eine gemeinsame Stimme.

Mit 300 angereichten Unternehmern, Forschern und Politikern, wie Wirtschaftsminister Altmaier und der Vorsitzenden der CDU, Annegret Kramp-Karrenbauer, wurde am 25.11. die Stiftung Verantwortungseigentum in Berlin gegründet. Sie gibt einer Unternehmensform eine Stimme, die bereits von über 200 Unternehmen in Deutschland, die heute rund 1,2 Mio. Mitarbeiter beschäftigen und 270 Mrd. Euro Umsatz generieren, erfolgreich praktiziert wird. „Unternehmen in Verantwortungseigentum funktionieren eigentlich wie Familienunternehmen, nur wird das Unternehmen nicht automatisch an genetisch Verwandte weitergegeben, sondern an Werte- und Fähigkeitenverwandte. Damit bleibt das Unternehmen auch unabhängig von der Familie selbstständig und werteorientiert erhalten“, betont Thomas Bruch, Verantwortungseigentümer der Baumarkt und SB-Warenhauskette GLOBUS (45.000 Mitarbeiter, 8 Mrd. Euro Umsatz). Er ist Gründungsvorstand der Stiftung und hat sein Unternehmen – ein Familienunternehmen in fünfter Generation – nun in Verantwortungseigentum aufgestellt. Die Gründungsvorständin und leitende Mitarbeiterin der Suchmaschine Ecosia.org, Genica Schäffgen, fügt hinzu: „Diese Unternehmen setzen eine Vermögensbindung um, die sicherstellt: Keine Generation von Verantwortungseigentümern kann ein Unternehmen leerräumen und Vermögen entnehmen. In diesem Sinn gehört das Unternehmen sich selbst, es dient nicht den Shareholdern, sondern seinem Zweck. Bei Ecosia hilft uns das, Kunden und Mitarbeitern versprechen zu können: dieses Unternehmen ist für sie alle da.“

Wirtschaftsminister Peter Altmaier würdigt die Gründung der Stiftung: „Es freut mich sehr, dass sowohl

große Familienunternehmen wie auch junge Start-Ups und Plattformökonomie-Unternehmen heute gemeinsam an der Weiterentwicklung unserer Sozialen Marktwirtschaft arbeiten. Sie demonstrieren mit großem Engagement, dass Unternehmerinnen und Unternehmer bei aller unternehmerischen Eigenständigkeit die Gemeinschaft immer mit im Blick haben und sind damit hervorragende Botschafter unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft. Mein Ziel ist mehr Wertschätzung für die leistungsfähigen und verantwortungsbewussten Unternehmerinnen und Unternehmer in unserem Land. Initiativen wie Ihre setzen dafür wertvolle Impulse.“ Die Vorsitzende der CDU, Annegret Kramp-Karrenbauer befürwortet eine solche Stiftung, „weil die Verbindung von Wirtschaften und gesellschaftlicher Verantwortung Ausdruck der Sozialen Marktwirtschaft ist – das deutsche Erfolgsmodell seit 70 Jahren. Die Stiftung bündelt die Interessen derer, die sich werteorientiert Wirtschaften in besonderer Weise verpflichtet fühlen. Dies ist Nachhaltigkeit im besten Sinne – innovativ, zukunftsorientiert und wertegebunden. Ich wünsche der neuen Stiftung Verantwortungseigentum viel Erfolg.“

In Dänemark machen Unternehmen in Verantwortungseigentum 60% des Wertes des dänischen Aktienindex aus. Der führende Forscher zu Unternehmen in Stiftungshand, bzw. in Verantwortungseigentum, Prof. Dr. Steen Thomsen, von der Copenhagen Business School, berichtet auf der Veranstaltung über den Erfolg und die essentielle Rolle, die diese Unternehmen in Dänemark spielen: „Die Unternehmen sind nicht nur genauso erfolgreich wie andere, nach 40 Jahren haben sie auch eine über 6 mal höhere Überlebenswahrscheinlichkeit, weil sie so langfristig agieren. Mitarbeiter dort werden im Schnitt besser bezahlt und bleiben länger“. Der führende Finance Forscher und langjährige Dekan der Business School der University of Oxford, Prof. Dr. Colin Mayer, fragt nach der Zukunft des Unternehmertums. Dabei betont er die zentrale Rolle der Zweckbindung des Unternehmensvermögens, die so zentral für Verantwortungseigentum ist: „Der Zweck eines Unternehmens ist die Erfüllung von Aufgaben, die dem Wohl der Gemeinschaften, der Gesellschaft und den Kundinnen dienen. Im Zuge dessen werden für die Eigentümer Gewinne generiert, was aber nicht das eigentliche Ziel des Unternehmens sein sollte.“

Start-Up Gründer, die Verantwortungseigentum umsetzen möchten, wie Waldemar Zeiler von der Kondom-Marke Einhorn oder Denis Bartelt von der größten Crowdfunding Plattform Deutschlands StartNext bis zu Pionieren wie Prof. Götz Rehn (Gründer der Lebensmittelmarke Alnatura), betonen als Mitgründer der Stiftung, dass es heute zu schwierig sei, Verantwortungseigentum umzusetzen – sie fordern eine neue Rechtsform. „6 Jahre Kampf mit Finanzamt und Stiftungsbehörden und 200.000 Euro Kosten für Notare, Steuerberater, Anwälte, usw. – das muss einfacher gehen, da liegen uns heute zu viele Steine im Weg“, sagt Michael Hetzer von Elobau, Weltmarktführer von klimaneutralen Sensorik-Produkten, Bedienelementen- und

Systemen. Armin Steuernagel, Unternehmer und Gründungsvorstand der Stiftung, betont: „Die gute Nachricht ist: Die Steine ließen sich leicht aus dem Weg räumen. Das Einzige, was es dazu braucht, ist eine entsprechende Rechtsform oder Wahloption bei vorhandenen Rechtsformen, die zwei Prinzipien von Verantwortungseigentum rechtlich verbindlich sicherstellen kann. 1. Vermögensbindung: Das Unternehmensvermögen ist nicht personalisierbar, sondern dient dem Zweck des Unternehmens („asset lock“). 2. Selbstbestimmung: Die Gesellschafterfunktion ist weder vererblich noch verkäuflich, sondern bleibt, wie bei einer Anwaltskanzlei, bei den mit dem Unternehmen verbundenen Menschen. Till Wagner, ebenfalls Gründungsvorstand, fügt hinzu: „Mit einer solchen Rechtsform könnte vielen mittelständischen Unternehmen geholfen werden. Denn viele Unternehmer möchten heute in treuhänderischer Weise an familienexterne Nachfolger übergeben, schrecken aber vor der Kompliziertheit der Stiftungslösungen für Verantwortungseigentum zurück.“

Die Stiftungsgründung wurde auch von einflussreichen Ökonomen, wie dem Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Prof. Michael Hüther, und dem Präsident des DIW Prof. Marcel Fratzscher begrüßt und in Grußworten gewürdigt.

Quelle: Pressemitteilung der Stiftung Verantwortungseigentum, Gründungsjahr 2019.
<https://www.stiftung-verantwortungseigentum.de>. Kontaktanfragen an: info@stiftung-verantwortungseigentum.de

Verfassungsschutz Baden-Württemberg beobachtet Querdenker-Bewegung

Stefan Padberg

Laute Innenminister Strobl (CDU) liegen „hinreichend gewichtige Anhaltspunkte für eine extremistische Bestrebung“ vor. Zentrale Akteure würden verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgen. Es gebe zwar keinen Generalverdacht gegen Menschen, die gegen die Corona-Beschränkungen demonstrierten, aber, wie heißt es so schön: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

Es erstaunt, wie schnell hier zur Tat geschritten wird, haben doch die vielfältigen Ermittlungen bei der Aufarbeitung des NSU-Skandals zu Tage gefördert, wie blind die Verfassungsschützer auf dem rechten Auge waren und sind. Ist das jetzt Vergangenheit, ist das aufgearbeitet? Schön wär's. Immer wieder fallen – gerade auch in jüngster Zeit – Beamte im Sicherheitsbereich, sei es in der Polizei, sei es bei der Bundeswehr durch eine inakzeptable Nähe zu rechtem Gedankengut auf.

Es nimmt dann schon wunder, wie jetzt in Windeseile eine erst ein paar Monate alte Bürgerbewegung ins Visier der Verfassungsschützer gerät. Ist das eine Alibiaktion? Oder sollen hier aufmüpfige Bürgerinnen und Bürger vor allem im Stuttgarter Raum – O-Ton Strobl: „Das Epizentrum des Phänomens bildet die Gruppierung Querdenken 711 aus Stuttgart“ – eingeschüchtert werden?

Sicherlich muss der Staat sich gegen rechtsextreme Gewalt zur Wehr setzen. Dazu gehört auch die Aufklärung im Vorfeld. Mir fallen da aber ganz andere Ziele ein. Es gibt in Deutschland etwa 33.000 überzeugte Rechtsextremisten, 13.000 davon gewaltbereit. Es gibt jede Menge rechtsextreme Verlage, Internetseiten und Social Media Kanäle. Davon geht doch die reale Bedrohung aus! Warum können diese Rechtsextremisten unbehelligt hier ihr Gedankengut verbreiten?

Es ist unbestreitbar, dass viele Leute im Umfeld der Querdenker-Bewegung ein äußerst naives Verhältnis zur rechten Szene haben und nicht verstehen, mit welchen Kräften sie sich da eingelassen haben. Hier ist **sachliche Aufklärung** angezeigt, um das **Unterscheidungsvermögen** zu stärken.¹ Rechtsextremisten marschieren heutzutage nicht mehr mit Glatzen und Springerstiefeln durch die Straßen. Sie haben heute viel subtilere Strategien. Und die führenden Leute in der Querdenker-Bewegung setzen dem absolut nichts entgegen, sondern verbreiten weiter ihr doppledeutiges Gedankengut.

Dass sich hinter Parolen wie „Freiheit und Friedensvertrag für Deutschland!“ der Versuch der Delegitimierung der Bundesrepublik Deutschland verbirgt, wird aber zumindest in einem Teil der Protestbewegung zunehmend verstanden. Die Kölner Protestgruppe „Deutschland sucht das Grundgesetz“ hat sich hier schon sehr früh abgegrenzt.² Aber auch der uns bekannte Prof. Christian Kreiß hat nun einen Schlusstrich unter seine Erfahrungen mit der Querdenker-Bewegung gezogen: „Ich habe Querdenken geglaubt, dass dort ehrlich für eine ausgewogenere, verhältnismäßigere Politik, einen verhältnismäßigeren Umgang mit Corona gestritten würde, für mehr Gerechtigkeit und mehr Augenmaß, für freiheitliche Demokratie statt Einschränkung unserer Grundrechte, für einen schwedischen Weg durch die Corona-Krise statt einen Lockdown-Weg. (...) Leider habe ich mich über die gute Absicht hinter Querdenken getäuscht. Im Hintergrund liefen oder laufen offenbar ganz andere Bestrebungen.“³

Dem ist nichts hinzuzufügen. Wachsamkeit ist tatsächlich angesagt, aber bitte: ohne Verfassungsschutz und V-Leute im Nacken!

¹ Vgl. meinen Artikel „Zwischen den Stühlen“, Sozialimpulse 3/2020

² Rede von „Andreas“ am 7.9.2020 auf Youtube, <https://www.youtube.com/watch?v=ufkbuSuMhlo>

³ <https://www.heise.de/tp/features/Meine-Erfahrungen-mit-Querdenken-4964911.html>. Ähnlich äußerte sich Kreiß in der ZDF heute Sendung vom 3.12. 19h. Ein Video der Sendung findet man unter https://downloadzdf-a.akamaihd.net/mp4/zdf/20/12/201203_sendung_h19/3/201203_sendung_h19_3328k_p15v15.mp4

OMNIBUS für direkte Demokratie zum Grünen-Parteitag

Brigitte Krenkers

Gesellschafterin des
Omnibus für direkte Demokratie

Robert Habeck, Chef von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, spricht sich gegen bundesweite Volksabstimmungen aus. Die Mehrheit der Delegierten folgte ihm auf dem Parteitag und hat direkte Demokratie aus dem Grundsatzprogramm gestrichen. Der Antrag des Grünen-Bundesvorstandes forderte: Die Volksabstimmung soll aus dem Grundsatzprogramm der Grünen gestrichen werden.

Am Sonntagvormittag des 22. November sind die Delegierten auf dem Parteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Vorschlag von Robert Habeck und Jürgen Trittin mehrheitlich gefolgt und haben die Forderung nach direkter Demokratie auf Bundesebene aus dem Grundsatzprogramm genommen. Der Änderungsantrag für die Beibehaltung der Forderung nach der bundesweiten Volksabstimmung, von vielen Mitgliedern unterschrieben, von Verbänden und Organisationen unterstützt, scheiterte. Es ist traurig. Eine Partei, entstanden aus der Umweltbewegung in Westdeutschland und der Bürgerrechtsbewegung in Ostdeutschland, streicht die Volksabstimmung aus ihrem Grundsatzprogramm.

Und das, obwohl

- sich seit Jahren eine 2/3-Mehrheit der Wähler*innen in allen Umfragen für die Einführung der bundesweiten Volksabstimmung ausspricht,
- der Bürgerrat Demokratie bundesweite Volksabstimmungen im Jahre 2019 mit deutlicher Mehrheit empfohlen hat,
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Volksbegehren und Volksabstimmungen als wesentliches Grundrecht für alle Landesverfassungen in Ost-Deutschland erkämpft haben,
- viele erfolgreiche Volksbegehren (mit den Grünen) auf Landesebene stattfanden.

Und warum? Weil die Grünen, allen voran Robert Habeck, als aussichtsreicher Kanzlerkandidat der Grünen, an die Macht wollen mit der CDU und dafür die direkte Demokratie über Bord werfen. Weil ein Teil der Grünen es den Menschen nicht zutraut, direktdemokratisch und verbindlich unser Gemeinwesen mitzugestalten. Habeck fordert Bürgerräte, ignoriert aber bereits die Empfehlungen des ersten Bürgerrats in Deutschland.

Ich bin davon überzeugt, dass den Grünen diese Entscheidung auf die Füße fallen wird. Ein Wandel geht nur mit den Menschen und nicht ohne sie. Den Blankoscheck für ein Durchregieren gibt es nicht mehr – auch nicht in grün.

Quelle: newsletter@omnibus.org

Die nicht geführten Debatten in der Coronakrise

Stefan Padberg

Anfang November war ich als Vertreter von Mehr Demokratie in eine Online-Anhörung des Gesundheitssausschusses am 12.11. delegiert worden, um eine Stellungnahme abzugeben¹. Ich hatte so Gelegenheit, die Vorgänge um das „Dritte Bevölkerungsschutzgesetz“ aus nächster Nähe mitzuerleben. Wenn auch zugegeben werden muss, dass sich die Debatte in den letzten Wochen davor deutlich belebt hatte, so weist sie insgesamt dennoch schwere Defizite auf. Dies gleich in mehreren Bereichen.

Parteipolitische Überformung

Im Parlament und in den Ausschüssen wurde der Gesetzentwurf von den Koalitionsfraktionen quasi durchgepeitscht. Dies war zuletzt vor 12 Jahren bei den Rettungsschirmgesetzen in der Finanzkrise 2008 der Fall gewesen. Eine angemessene Debatte zu diesen teilweise sehr komplexen, teilweise sehr fundamentalen Änderungen war nicht möglich. Gute Vorschläge aus der Opposition, wie z.B. die Einrichtung eines breit besetzten Experten- oder Pandemierates, wurden nicht im Ansatz diskutiert. Das Parlament als Mehrheitsbeschaffer für die Regierung: *business as usual* im Parlament.

Diese Politisierung der Krisenbekämpfung ist auch zu konstatieren bei den **Ministerpräsidentenrunden** mit der Kanzlerin. Eine sachliche Debatte, in der verschiedene Szenarien in Ruhe abgewogen werden, ist dann nicht mehr möglich, wenn Wahlchancen oder die eigene politische Glaubwürdigkeit bedroht zu sein scheinen und wenn eine einseitig an rein mathematischen Interpretationen des Epidemieverhaltens interessierte Wissenschaft kräftig auf die Alarmtaste haut. Die Kurzatmigkeit, mit der diese Entscheidungen getroffen wurden und werden, hält die Bevölkerung in einer Art Daueralarm, der nicht mehr lange durchhaltbar ist, insbesondere wenn die versprochenen Erfolge ausbleiben.

Revolution im Infektionsschutz ohne Debatte?

Das Bild von Infektionsschutz, das dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) bis jetzt zugrunde lag, funktioniert in dieser Pandemie nicht mehr. Klassischerweise setzt man dabei auf Identifizierung der Symptomträger, ihre Quarantänisierung und die Nachverfolgung ihrer Kontakte. In Extremfällen könnten in dieser Logik ganze Stadtteile oder Kommunen abgeriegelt werden, um die Ausbreitung der Seuche in der Fläche zu verhindern, wie es in Wuhan oder Norditalien geschehen ist. Die Hauptzielrichtung der Maßnahmen ist es, **die Gesunden vor den Kranken zu schützen**. Dabei wird Ausnahme- und Entschädigungsregelungen im IfSG sehr viel Platz eingeräumt.

Die kontaktbeschränkenden Maßnahmen, mit denen gegenwärtig versucht wird, der Pandemie Herr zu

¹ Stellungnahme im Gesundheitsausschuss vom 12.11. 2020, abrufbar unter: https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2020-11-13_Stellungnahme_Mehr-Demokratie_Gesundheitsausschuss_12.11.2020.pdf

werden, richten sich aber an Gesunde. Diese sollen durch die Maßnahmen „motiviert“ werden, sei es „die Risikogruppen“, sei es „das Gesundheitssystem“ zu schützen. Dabei werden diese Maßnahmen mit teilweise sehr unsicheren Prognosemethoden mehr plausibel gemacht als wirklich begründet.

Eine solche Strategie ist bis jetzt in keinem Gesetz und keiner Verordnung kodifiziert gewesen. Der aktuell ins IfSG eingefügte §28a trägt nur wenig zur Klärung bei und verschleiert die eigentliche Problematik. Wenig steht dort zu den Voraussetzungen, Ausnahmen und Entschädigungen, die bei jeder Maßnahme zu beachten wären. Es ist nach wie vor unklar, ob grundrechtsbeschränkende Maßnahmen in dieser Tiefe ohne klare Ursachen-Wirkungs-Zusammenhänge vor Verfassungsgerichten überhaupt Bestand haben werden.²

Eigentlich handelt es sich um eine regelrechte Revolution in der Pandemiebekämpfung: Die Gesunden grenzen die Kranken nicht mehr aus, sondern sie schützen jetzt die Risikogruppen oder das Gesundheitssystem. Das hat es in der Geschichte bisher noch nie gegeben. Aber dies ohne Debatte den Bürgerinnen und Bürgern qua Verordnung aufzuzwingen, ist ein inakzeptabler Vorgang, der allerhöchstens zu Beginn der Pandemie hingenommen werden konnte. Die rechtlichen und ethischen Implikationen sowie die wirtschaftlichen und sozialen Folgewirkungen einer solchen Strategie sind immens und benötigen dringend eine ergebnisoffene Debatte, um eine demokratische Neujustierung zu ermöglichen.

Die Gefahr besteht, dass damit die Triage, die man in den Intensivstationen verhindern möchte, in die gesamte Gesellschaft verschoben wird. Schon jetzt sind Kollateralschäden der Pandemiebekämpfung in Bereichen erkennbar, die weniger öffentliche Aufmerksamkeit haben als gegenwärtig die Krankenhäuser. Nichts tun ist sicher keine Alternative, aber die gegenwärtige Strategie ist mit Sicherheit nicht alternativlos.

Neuzusammensetzung des Sozialen durch Gesundheitsschutz?

Natürlich ist dieses neue Infektionsschutzgesetz kein „Ermächtigungsgesetz“. Das geht an der juristischen Wirklichkeit im föderalen Staatsaufbau völlig vorbei. Schließlich sind es ja die Länder, die in ihren Verordnungen die grundrechtliche Realität der Pandemiebekämpfung zu verantworten haben. Das IfSG des Bundes bindet die Länder an die im Bundestag beschlossenen Grenzen der Grundrechtseinschränkungen und schafft so einen einigermaßen einheitlichen Rechtsrahmen.

Es wäre auch viel zu plump gedacht. Die Tendenzen zu einer gesundheitspolitischen Durchregulierung der Gesellschaft werden in den Sozialwissenschaften seit Jahrzehnten registriert und

² Vgl. hierzu Oliver Lepsius: Kritik an Pauschalregelung: Lockdown ohne Kontrolle- Die neuen Maßnahmen gegen die Pandemie lassen sich nur noch schwer an der Verhältnismäßigkeit prüfen, abrufbar unter: <https://www.faz.net/1.7088687>

untersucht. Das Thema „Freiheit oder Sicherheit“ ist in Fachkreisen intensiv diskutiert worden. Aber in der breiteren Öffentlichkeit hat diese Debatte bis heute keinen Widerhall gefunden. Vielleicht liefert die Coronakrise jetzt das Aufwacherlebnis, damit diese Debatte endlich in einer breiteren Öffentlichkeit geführt wird.³

Gegenwärtig sind immer wieder unangenehme Zwischentöne in der öffentlichen Debatte zu vermerken, wenn „Gesundheitsgefährdung“ zur Begründung für diverse Zwangsmaßnahmen herhalten muss. Die Debatte darüber, wo die Grenzen des Sicherheitsbedürfnisses sind, sollte jetzt unbedingt als ein Element in der geforderten Strategie-debatte begriffen werden.

Schaffung von Pseudowirklichkeiten durch Tests und Modellrechnungen

Gibt die Politik gegenwärtig medizinisch-technokratischen Machbarkeitsphantasien zu viel Raum? Ich meine „ja“. Dies wird vor allem erkennbar in der (Nicht-)Debatte um die sog. „7-Tages-Inzidenz pro 100.000 Einwohner“. Der von der FDP eingeladene Einzelsachverständige Dr. Matthias Schrappe zeigte in seinem Gutachten überzeugend, dass dieser Wert für die Erkenntnis des realen Infektionsgeschehens gegenwärtig nicht viel beiträgt.⁴

Auf diesem Pseudowert setzen aber gegenwärtig die Modellrechnungen des Helmholtz-Instituts und die ganze Regierungsstrategie auf. Es kann deshalb nicht überraschen, dass der Versuch scheitern musste, mit dem Wellenbrecher-Lockdown die Ansteckungskurve durch prozentual genau angegebene Kontaktreduzierungen quasi „herunterzuregulieren“. Um 75 Prozent sollten wir bitte unsere Kontakte reduzieren. Mich hat das an eine Erfahrung letztes Jahr in einem überfüllten ICE erinnert. Der blieb im nächsten Bahnhof stehen, und es kam die Lautsprecherdurchsage, dass dieser Zug nicht weiterfahren werde, wenn nicht 20 Prozent der Passagiere aussteigen würden. Eine hochspannende soziale Übung! - die aber grundsätzlich lösbar wäre, wenn man jeden fünften Passagier im Abzählverfahren aussortieren würde. Eine Kontaktreduzierung um 75 Prozent ist hingegen eine Unmöglichkeit, die sich nur Mathematiker/innen im Elfenbeinturm ausgedacht haben können.

Der neu ins IfSG aufgenommene §28a mit seinem Absatz 3 über die 7-Tages-Inzidenz legt den Regierungen allerdings genau diese Bekämpfungsstrategie nahe. Hier hat sich das Bündnis aus Virenbekämpfern in Wissenschaft und Politik durchgesetzt. Dieser noch dazu ziemlich unverständlich formulierte Absatz sollte umgehend wieder ersatzlos gestrichen werden.

³ Vgl. hierzu: René Schlott: Die offene Gesellschaft steht unter Vorbehalt, abrufbar unter: https://www.deutschlandfunkkultur.de/pandemie-und-freiheitsrechte-die-offene-gesellschaft-steht.1005.de.htm?dram:article_id=488282

⁴ Stellungnahme als Einzelsachverständiger in der 110. Sitzung des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages zur Corona-Pandemie, Antrag der FDP-Fraktion BT-Drucksache 19/22114, abrufbar unter: https://www.bundestag.de/resource/blob/801784/787fe252606b-0cff7d8c75b007269bfc/19_14_0233-6-_ESV-Matthias-Schrappe_Cov19-Teststrategie-data.pdf

Hat das Robert-Koch-Institut versagt?

Durch die Nachverfolgung aller positiv Getesteten wurden die Gesundheitsämter lahmgelegt. Sie mussten sich um zu viele Symptomlose kümmern, die nicht die wirklichen Treiber der Epidemie waren. Der in einer Epidemie übliche Strategiewechsel, wenn das Infektionsgeschehen sich in die Fläche verlagert, wurde mehrfach von verschiedenen Wissenschaftlern angemahnt, aber das RKI lehnte dies jedes Mal ab. So konnte sich das Virus ungehindert weiter ausbreiten.

Ich erlebe die behördliche Behäbigkeit, mit der das RKI augenscheinlich agiert, als unangemessen. Eigentlich sollte es die Federführung in einer solchen Krise haben. Aber an keinem Wendepunkt in der Pandemiebekämpfung kam der initiale Impuls vom RKI. So wurde die Politik geradezu eingeladen, in diese Lücke zu stoßen und das Ruder an sich zu reißen. Die Pandemiebekämpfung, die eigentlich eine fachliche Aufgabe der Ärzteschaft und der Gesundheitsverwaltung sein sollte, wurde so unangemessen politisiert.

Die Debatte um einen Strategiewechsel wird in den nächsten Wochen unausweichlich, wenn sich zeigen wird, dass der harte Lockdown ebenfalls nicht die gewünschte Wirkung haben wird. Nach meinem Eindruck sind die kontaktreduzierenden Maßnahmen allesamt viel weniger wirksam als erhofft. Die Ausbreitung eines Virus in der Fläche lässt sich offenbar durch sie ein bisschen abmildern, aber nicht verhindern. Vielleicht gewinnen wir mit dem Lockdown etwas Zeit. Diese sollte dazu genutzt werden, den erforderlichen Strategiewechsel in der Pandemiebekämpfung einzuleiten.⁵

Modell Tübingen?

Dass es hätte anders gehen können, zeigen die Tübinger Erfahrungen. Der dortige OB Boris Palmer traute den Modellrechnungen und den bürokratischen Bekämpfungsmethoden nicht („Die Bürokratie ist der Todfeind der Pandemiebekämpfung“, O-Ton Palmer). Er legte den Fokus stattdessen auf den unbürokratischen Schutz der Risikogruppen. Die Anregung hierzu kam direkt aus der Bürgerschaft durch die Tübinger DRK-Vorsitzende Lisa Federle. So dürfen Übersechzigjährige Taxis zum ÖPNV-Preis benutzen. Schon lange erhalten dort Überfünfundsechzigjährige kostenlos FFP2-Masken. Auf dem Marktplatz gibt es ein vom DRK organisiertes kostenloses Test- und Beratungszentrum, und Pflegeheime sind kostenlos mit FFP2-Masken und Schnelltests versorgt worden. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Alle Zahlen sind in Tübingen deutlich niedriger als im umgebenden Landkreis. Seit Beginn der 2. Welle gab es noch keine Corona-Toten (Stand 15.12.), die 7-Tages-Inzidenz liegt bei 107 statt bei 391, und in den Pflegeheimen gab es bis jetzt nur 7 Neuinfektionen.⁶

⁵ Vgl. z.B. RND, Kassenarzt-Chef: „Ein Lockdown ist keine langfristige Strategie“, abrufbar unter: <https://www.rnd.de/politik/ein-lockdown-ist-keine-langfristige-strategie-kassenarzt-chef-gassen-im-interview-6YIIQAJ6ENHJTCPMVVRHPPDJSE.html>

⁶ RND, Glimpflich durch die Corona-Pandemie: Was Tübingen anders macht, abrufbar unter: <https://www.rnd.de/gesundheit/glimpflich-durch-die-corona-pandemie-was-tuebingen-anders-macht-KK-4FX7EBND3JHVBVU6MVIE4RM.html>

Auf dem Weg zur resilienten Gesellschaft

Bei der Strategiedebatte geht es vordergründig darum, von der Verabsolutierung bestimmter Zahlen und von der Hoffnung auf den Impfstoff als endgültige Lösung wegzukommen. Bis jetzt ist z.B. gar nicht klar, ob die Impfstoffe verhindern werden, dass sich die Infektionen weiter ausbreiten können. Wir müssen uns darauf einstellen, noch länger mit dem Coronavirus zusammenzuleben.

In einer mittelfristigen Perspektive wird es darum gehen, die Coronakrise als Anstoß zu nutzen, um eine ökologische und soziale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten. Die Frage nach der Resilienz einer Gesellschaft gegenüber einer solchen Pandemie steht in einem engen Zusammenhang mit den Fragen der ökologisch-sozialen Transformation.

Dazu gehört selbstverständlich auch die Befreiung medizinischen Handelns von den Zwängen der Profitwirtschaft einerseits und der Staatsbürokratie andererseits. Wir müssen die Verwaltung des Gesundheitssystems nach dieser Krise quasi neu erfinden. Es wird nicht reichen, die Gesundheitsämter mit mehr Personal und Computern auszustatten.

Es geht ganz grundsätzlich darum, wie wir auf diesem Planeten miteinander leben wollen, wir Menschen und die uns umgebende Natur, von der Mikroorganismen bekanntlich ein äußerst wichtiger Teil sind. **Meine These ist, dass die Art und Weise, wie wir jetzt auf das Virus reagieren, eng damit zusammenhängt, welches Zukunftsbild von Gesellschaft wir unterbewusst in uns tragen.** Die Strategie in der Pandemiebekämpfung ist deshalb schon der erste Schritt in die zukünftige Gesellschaft, der aber gegenwärtig völlig unbewusst erfolgt. Wir sollten deshalb vermehrt über dieses Zukunftsbild in der Öffentlichkeit sprechen, denn sonst könnte es passieren, dass durch die aktuellen Maßnahmen eine Zukunft geschaffen wird, die wir nicht wollen.

Was kann der Impuls für die Dreigliederung des sozialen Organismus zu dieser Debatte beitragen? Wir möchten den Menschen in den Mittelpunkt des Sozialen rücken, und zwar nicht nur als Objekt fürsorglichen staatlichen Handelns, sondern als Initiativ- und Verantwortungsträger im gesamten sozialen Raum. Freiheit verstehen wir dabei nicht als eine Bedrohung für die Gesellschaft, die ständig eingegrenzt und reguliert werden müsste, sondern als eine Chance, Gesellschaft im Endeffekt menschengemäßer, unbürokratischer und effektiver zu organisieren. Wir vertrauen auf das Verantwortungsgefühl und die Fähigkeiten jedes Einzelnen.

Dieser Impuls ist letzten Endes mit technokratischer Sozialsteuerung nicht kompatibel. Er rechnet mit der Freiheits- UND Sozialfähigkeit des Menschen gleichmaßen. Sie beide zusammen im Visier zu behalten und gegen die zentralistisch-technokratischen Zumutungen unserer Zeit zu schützen, könnte zu DER großen Herausforderung des 21. Jahrhunderts werden.

Betrachtungen

Phönix aus der Asche?

Der Herzens- und Gedankenbewegung für Dreigliederung des sozialen Organismus erwuchs vor 50 Jahren ein neuer Trieb mit neuer Blüte: „Achberg“

Christoph Klipstein

72 Jahre, ein Menschenleben, sind ein Weltentag im Platonischen Weltentag. Am 27. Februar 1933 endete der Weltentag der Biografie Rudolf Steiners¹ – es wäre sein 72. Geburtstag gewesen – und die Nacht brach herein: An diesem Tag brannte der Deutsche Reichstag – Mitteleuropas Sturz in den Abgrund nahm seinen Lauf.

Der Sozialimpuls Rudolf Steiners war bereits vorher im öffentlichen Leben weitgehend versandet: Von einer Bewegung für Dreigliederung im Sinne einer geistigen Strömung, die viele Menschen in einem gemeinsamen öffentlichen Wollen vereinigt, konnte man nach 1919 in Württemberg und nach der oberschlesischen Aktion des Bundes für Dreigliederung 1921 – und erst recht nach dem 2. Weltkrieg nicht mehr sprechen. Aber immerhin – eine Frucht aus dieser Bewegung war für die Zukunft geblieben: die Begründung der ersten freien Waldorfschule in Stuttgart 1919.

Von dem Sturz in den Abgrund sprach auch Ingeborg Bachmann in ihrem Gedicht „Früher Mittag“, dort finden sich die Worte:

*„Wo Deutschlands Himmel die Erde schwärzt,
sucht sein enthaupteter Engel ein Grab für den Hass
und reicht dir die Schüssel des Herzens.
[...]*

*wo Deutschlands Erde den Himmel schwärzt,
sucht die Wolke nach Worten und füllt den Krater mit
Schweigen, [...]“*

Aus den Wolken wird **Er** wiederkommen, das ist uns verheißen. Stieg der Genius der Dreigliederung des sozialen Organismus, weitgehend unbeachtet, wie ein Phönix aus der Asche dieses Kraters empor als Gestaltungs- und Bildekraft der Liebe für das ausgehende 20. und kommende 21. Jahrhundert?

Die weitgehend vergessene keimhafte Volksbewegung für Dreigliederung des sozialen Organismus, die sich mit Rudolf Steiner nach dem 1. Weltkrieg real ereignet hatte, sie hat in einzelnen Menschen die Jahrzehnte überlebt. Und wurde in ihren Ideen treu weiter gepflegt: Einzelne Gruppen und Zusammenschlüsse arbeiteten mehr „im Stillen“ mit gelegentlichen Veranstaltungen. Auch die Zeitschriften „Die Kommenden“ von F. Herbert Hillringhaus und „Jedermann“ von Peter Schilinski sind zu diesem Strom zu rechnen.

Dann etwa ab Mitte der 60er Jahre fühlten sich vor allem junge Menschen, die sich für gesellschaftliche Belange interessierten, in ihrem Streben wie von einer neuen Welle getragen: Sie wollten einen „neuen Wind“ wehen lassen in dieser spießigen, intoleranten, nach dem furchtbaren Krieg wieder bewaffneten, nach Hungerjahren reich gewordenen Konsumgesellschaft mit ihrer unaufgearbeiteten Nazivergangenheit. Der von der Presse so titulierte „Studentenführer **Rudi Dutschke**“ hatte den Nerv getroffen mit seinen Worten „*Wir können eine Welt gestalten, wie sie die Welt noch nie gesehen hat!*“ (in einem Interview mit G. Gaus, am 3.12.1967).

Außerhalb Deutschlands war die historische Gemengelage zwar anders, aber die Aufbruchsstimmung war vergleichbar. In dieser aufbrechenden 68er-Generation gab es eine sehr kleine Minderheit, die damals schon ihre Verbindung zur Dreigliederung und Anthroposophie Rudolf Steiners entweder vom Elternhaus oder aus der Waldorfschule mitgebracht oder neu gefunden hatte. Ihre Träger waren ebenfalls vom „Winde der 68er“ bewegt, ein nur rhetorisches Verstehen der Ideale der Dreigliederung genügte ihnen nicht. Sie wollten etwas tun und bewirken. Eine Welt „wie sie die Welt noch nie gesehen hat“ würde erst durch Dreigliederung ihr eigentliches Wesen entfalten können: im Dreiklang eines freien Kulturlebens, eines demokratischen Rechtsstaats der Gleichheit aller Menschen und einer brüderlich-sozialistischen Wirtschaft.

Im Mainstream der 68er blieben sie unbeachtet, ein Resonanzboden und eine Wirkungsstätte konnte sich dort nicht bilden. Mit Rudi Dutschke hätten sie beides finden können. Denn Rudi Dutschke hatte Peter Schilinski seinen Willen bekundet, im Berliner SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) die „Kernpunkte“ Rudolf Steiners zu erarbeiten. Dies blieb „**ungewordene Geschichte**“. Sie wurde durch das Attentat auf Rudi Dutschke am Gründonnerstag 1968 **mit Gewalt verhindert!**

Ein erstes Zusammentreffen hatten viele dieser jungen Leute, im Herbst 1968 auf einem Kongress zur Begründung einer Republikanischen Union in Frankfurt, zu dem Wilfried Heidt vom „Republikanischem Club“ (RC) Lörrach und Peter Schilinski vom RC Sylt alle westdeutschen RCs eingeladen hatten zur Begründung einer „Republikanischen Union“ mit der Zielsetzung in ihren Bestrebungen Freiheit, Demokratie und Sozialismus miteinander zu verbinden

¹ 1861 bis 1925

– ganz im Sinne des „**Prager Frühlings**“ der trotz sowjetischer Panzer noch lebte und den Sozialismus mit dem **großen Programm der Freiheit** verbinden wollte: Dieses historische Ereignis war damals eine Sonne am Himmel der Hoffnungen in der spätkapitalistischen Düsternis des kalten Krieges, in dessen Untergründen der Geist der sozialen Dreigliederung atmete und lebte.

„Republikanische Clubs“ gab es damals viele in Westdeutschland, es waren Begegnungsstätten, wo 68er miteinander debattierten. Viele in dieser großen Versammlung angereiste dogmatische Marxisten, ausgewiesene Gegner des Prager Frühlings, torpedierten diese Absicht. Statt einer Republikanischen Union (RU) aller RCs konnte so „nur“ eine „Demokratische Union (DU)“ entstehen, mit zahlreichen DU-Basisgruppen in ganz Westdeutschland – mit Verbindungen in Österreich, der Schweiz und in den Niederlanden. Der Spiegel berichtete über diesen Kongress unter der Überschrift: „DU wie Dubcek“ (Heft Nr. 14, Jahrgang 1968).

In diesem „Sturm und Drang“ der damaligen Zeit hatte sich auch die Begründung des Achberger Kulturzentrums vorbereitet und zur Pfingstzeit 1971 vollzogen: In der kleinen Gruppe mit großem Umkreis der damals Beteiligten der ersten Stunde vor Ort in Achberg und derjenigen Menschen, die in den ersten Wochen und Monaten zu diesem Kreise hinzugestoßen waren, lebte das Motiv, für eine Dreigliederung für das späte 20. und kommende 21. Jahrhundert in die volle Öffentlichkeit hinein zu wirken, im Rahmen ihrer damals gegebenen Fähigkeiten und Möglichkeiten.

Sie waren – bei allen sehr groß zu denkenden individuellen und biografischen Unterschieden – von diesem Geiste beseelt, der, differenziert in individuelle Erscheinungsformen, sich in einem gemeinsamen Wollen „Achbergs“ manifestierte.

In aktiver Toleranz, offen nach allen verwandten geistigen Richtungen, wollten sie den Dialog mit Zeitgenossen suchen.

In dieser gemeinsamen Intention lag es auch, vor Ort in Achberg und Umgebung eine „**Werkstatt der neuen Gesellschaft**“ entstehen zu lassen – bunt und vielfältig nach Maßgabe der Initiativen und Vorhaben, die damals vorhanden waren oder ergriffen werden wollten, mit gleichsam drei ersten Säulen im Mittelpunkt:

- einer **freien Universität** (Ausgangspunkt: Sozialwissenschaften)
- einer **freien Kunststudienstätte**
- einer **freien Schule** mit vorangehendem Kindergarten auf der Grundlage der Waldorfpädagogik (was eine weitere freie Schulgründung durch Freunde mit anderen pädagogischen Vorstellungen nicht ausschloss – im Gegenteil, so etwas wäre begeistert begrüßt worden).

(Vergleiche die Schrift, DAS INTERNATIONALE KULTURZENTRUM ACHBERG 1973, Berichte aus einer Werkstatt der neuen Gesellschaft, Essersweiler 1974)

Später kamen wirtschaftliche Initiativen wie Gaststätten, Bioläden, Medienarbeit, sowie soziale Einrichtungen, wie das 1986 von Henning und Dorothee Köhler ausdrücklich im Einklang mit den Achberger Gründungsintentionen als heilpädagogisch therapeutische Ambulanz gegründete Janusz Korczak Institut, hinzu.

Bereits auf dem Frankfurter Kongress im Herbst 1968 hatte ein bisheriges Allgemeinverständnis vom Zusammenwirken des freien Geisteslebens mit dem Staats- und Rechtsleben schlagartig eine aktive Vertiefung erfahren: Ganz konkret durch die Vermittlung einer „freien Informationsebene“ könne dieses Zusammenwirken geschehen: durch ein rechtsstaatlich verbindliches Organ – gebildet nach den Kriterien freier Konkurrenz der Ideen in einem freien Kulturbereich bzw. Geistesleben. Jedermann, Einzelne, Gruppen, politische Parteien usw., heute würden wir sagen: **engagierte Menschen aus der Zivilgesellschaft**, müssten die Möglichkeit haben in diesem freien kulturellen Leben soziale Vorschläge, **Rechtsideen** zu Gesetzesvorhaben und Grundrechten zu erarbeiten **und auf den Weg zu bringen**. Diese müssten dann in der freien Informationsebene in einem adäquaten Zeitraum mit gleichen Sendezeiten und gleichen Seitenzahlen in den Massenmedien zur Darstellung kommen, bevor eine **Volksabstimmung** jenen krönenden Abschluss einer Verwirklichung einleiten könne, den die Stimmbürger entschieden haben! Damit war im Status nascendi ihres Ideenkerns bereits damals schon unsere heutige Konzeption der Volksgesetzgebung mit der Medienbedingung vorangehender angemessener Berichterstattung gegeben und konnte so in den folgenden Jahrzehnten weiter erarbeitet werden und ausreifen.

Solche Perspektiven, verbunden mit dem Aufbau von „Zukunftswerkstätten einer neuen Gesellschaft“ waren so etwas wie zwei Seiten derselben Medaille unserer Bestrebungen.

So begann in Achberg die **begeisternde Phase der großen Begegnungen in aktiver Toleranz**, mit den anthroposophischen Freunden aus Skandinavien (Leif Holbæck Hansen aus Norwegen, Boris Tullander aus Schweden u.a.), mit tschechischen und slowakischen Repräsentanten des Prager Frühlings (Eugen Löbl, Ota Šik, Ivan Sviták, Jirí Pelikán u.a.), mit Hans-Georg Schweppenhäuser, Wilhelm Schmudt und Joseph Beuys, mit niederländischen Vertretern der sozialen Dreigliederung (Dieter Brüll, Lex Bos u.a.) mit Vertretern des Dornacher Vorstands der Anthroposophischen Gesellschaft, mit Manfred Schmidt Brabant (Berlin), mit Hans Erhard Lauer und Hans Kühn, die 1919 als junge Menschen mit Rudolf Steiner in der Bewegung für Dreigliederung zusammengearbeitet hatten, mit russischen Dissidenten (German Andreev, Vadim Belotserkovsky, Anatol Skakowsky u. a.), mit Manfred Leist und Stefan Leber vom Bund der Freien

Waldorfschulen, mit Manfred Siebker vom Club of Rome im MIT (Massachusetts Institute of Technology) und vielen, vielen anderen. Wilfried Heidt hatte mit großem Elan und Einsatz im Einvernehmen aller die dazu nötigen Verbindungen hergestellt und gepflegt. Diese Phase fand ihren Höhepunkt in den Achberger Jahreskongressen 1973 und 1974 mit jeweils um die 500 Teilnehmenden.

In den vielen Begegnungen auf den **Achberger Jahreskongressen** ergab sich der impulsierende Anstoß zu einem gemeinsamen Bedenken und Besinnen, was der gesellschaftliche Organismus von uns fordert. Davon sei eines hier besonders erwähnt:

Joseph Beuys nannte **Wilhelm Schmundt** unseren **großen Lehrer**, seine Darstellungen waren für uns richtungsweisend, halfen zu einem flüssigen Denken in sozialen Urbildern. Einer seiner Kernsätze war die Aufforderung, den „Kauf von Arbeitskraft“ auf dem „Arbeitsmarkt“ **ins Rechte zu denken!** In Tat und Wahrheit würde durch Löhne und Gehälter keine „Arbeit eingekauft“, sondern die Fähigkeiten der Menschen in ihren „Berufen“ würden „berufen“ zum Einsatz in der Arbeitswelt. Wilhelm Schmundt beschreibt Produktionskapital als aus dem „Nichts“ (Goethes Faust) geschöpfte Rechtsanweisungen zur Berufung bzw. zur Verpflichtung von Fähigkeiten. Es würde in Form von Wechselkrediten an Unternehmen erteilt. – Ein solches **verpflichtendes** Produktionskapital verwandelt sich dann in der Hand der Einkommensempfänger in **berechtigendes** Konsumkapital, zum **Kaufrecht** auf Waren und Dienste des täglichen Bedarfs. Erst hier zeigt es sich auch als Tauschmittel. Dass es diesen Wert verlieren muss, um dann durch einen Rechtsakt als neues Produktionskapital erneut Fähigkeiten berufen zu können, sei hier nur angedeutet.

Das Werk Wilhelm Schmundts ist in der anthroposophischen Bewegung noch nicht nachhaltig angekommen, und von Menschen, die sich u. a. auf Hans Georg Schweppenhäuser beriefen, ist heftig gegen ihn polemisiert worden. Aber Hans Georg Schweppenhäuser hat wunderbare klare Worte gefunden für das diesbezügliche Herzensanliegen von Wilhelm Schmundt: *„[...] denn der Wechsel ist aus dem papiernen Nichts geschöpftes Nur-Geld [...] dieser Kredit ist in Wahrheit kein papierner Trick, sondern das Zeichen des Vertrauens, das der soziale Organismus als der Träger der kreditschöpfenden Potenz in die individuelle Initiative setzt“* (H.G. Schweppenhäuser, „Das kranke Geld“. Seiten 118/19, Radius Bücher Stuttgart). Dennoch haben Hans Georg Schweppenhäuser und seine Protagonisten Wilhelm Schmundts Beschreibung eines Zentralbanksystems“ als eben jene **„kreditschöpfenden Potenz“** des sozialen Organismus als bolschewistisch-leninistisch abgetan und gründlich missverstanden, in dem sie Wilhelm Schmundt unterstellten, eine Art „Moskauer Notenbank“ zu meinen und nicht ein lebendiges Herzorgan des Geldkreislaufs!

Unser gemeinsames Besinnen und Bedenken führte zu einem einvernehmlichen vielfältigen Wollen. Dies beflügelte die Arbeit, und Wilfried Heidt brachte

dabei immer wieder Worte Ivan Illichs in Zitaten aus seinem „Aufruf zur Feier“ mit begeisterndem Feuer in die Beratungen und Gespräche ein: die „erneuernden schöpferischen Kräfte zu entwickeln“ und **„zusammenzuarbeiten an der Entwicklung der Zukunft [...]“**

Die „Werkstatt einer neuen Gesellschaft“ nahm erste Konturen an: Das Institut für Sozialforschung als erster Schritt einer freien Universität hatte sich begründet und ebenso das Humboldt-Kolleg – Seminar für Anthroposophie. In der Gemeinde Achberg waren weder Räumlichkeiten noch Baugenehmigungen in Sicht, so musste die Schulgründung in die Nachbarschaft ausweichen, und es ging aus dem Projekt „Freie Schule Achberg – Waldorfschule“ die „Freie Waldorfschule Wangen“ hervor.

Die Zusammenarbeit zwischen diesen Gründungen wurde nach und nach umso schwieriger, je mehr sie konkrete Gestalt annahm. Das Internationale Kulturzentrum Achberg e. V. scheiterte an der Aufgabe, diese Gründungen als „Werkstatt einer neuen Gesellschaft“ in Achberg und Umgebung, wie anfangs geplant, als Achberger Gemeinschaftsprojekt weiter zu pflegen und zu verantworten. Es hatte sich im konkreten Leben gezeigt, dass das anfänglich so leicht formulierbare gemeinsame Wollen sich im Tieferen als sehr individualisiert entpuppte und wir es mit einer Vielfalt von sich teils zunächst widersprechenden Willensintentionen zu tun hatten. Lösungsmöglichkeiten bedurften moralischer Technik.

Alle Versuche, diese „Werkstatt“ doch noch auf den Weg zu bringen, die Situation durch das Ergreifen des assoziativen Elementes zu heilen, scheiterten weitgehend aufgrund gewisser innerer Widerstände von Beteiligten. Das **soziale Kleid einer Assoziation** konnte sich nicht bilden. Es brachen tiefgreifende Krisen aus, in deren Folge viele sich verbittert vom Achberger Zentrum abwandten, was wie ein Sterbeprozess empfunden werden konnte.

Wohin „verstarb“ der Wille der Gründungsintentionen? Eine freie Universität entstand in Witten, freie Kunststudienstätten in Ottersberg und Alfter. Mit und parallel zur Wangener Waldorfschule, die sich innerlich vom Achberger Kulturzentrum entfernt hatte, entstand ein vielfältiges „anthroposophisches Leben vor Ort“, einschließlich biologisch-dynamischer Bauernhöfe und Hofgemeinschaften, einem Gemeindeleben der Christengemeinschaft usw., was es dort vor 1971 so gut wie gar nicht gegeben hatte. Vergleichbares geschah in den letzten Jahrzehnten im Umfeld vieler Waldorfschulgründungen.

Man kann einwenden, der wesentliche Achberger Impuls: Freiheit, Demokratie und Sozialismus (als Synonym für Solidarität verstanden) als Heilfaktoren des sozialen Organismus ins Spiel zu bringen, sei dabei verlorengegangen! Aber ist er das wirklich, oder schläft er nur mit dem Potential seiner Auferstehung und Bewusstwerdung?

Auf dem durch die gemeinsame Achberger Gründungstat bereiteten Boden hatte sich zum ersten Male nach Rudolf Steiners Tod ein „Runder Tisch“

fast aller damaligen Dreigliederungsinitiativen weltweit im Verbund mit verwandten Strömungen eines dritten Weges gebildet. Auf den Achberger Jahreskongressen „Dritter Weg“ 1973 und 1974 und nachklingend in die folgenden Jahre manifestierte sich dieser „Runde Tisch“ als **Anlage eines Herzorgans einer beginnenden sozialen Bewegung, der von vielen Menschen genutzt wurde, denen es um die Anliegen der sozialen Erneuerung des Ganzen ging.**

So war es damals, wie steht es in Zukunft? Wie eine mächtige Brandungswelle, die dann im Sande verlief und abebbte, große Ideale im „Bilde ihrer Herzfunktion“ aufleuchten lassend, nahm sich dieser Prozess aus. Nur der Liebesimpuls einer „Sophia des Anthropos“ in wahrer Menschenwürde kann nach Corona-Zeiten den Weg zur Rettung der Zivilisation bahnen.

Die weltweite Zusammenarbeit der Waldorfschulen und anthroposophischen Einrichtungen gibt zu großen Hoffnungen Anlass. Möge in ihr der Geist der sozialen Dreigliederung als einer Anthroposophie der Tat in der Zukunft „stark wehen“ – und möge ein esoterischer Schulterschluss zu „Bewegten“ in den ganz jungen Generationen gelingen, die, wie in Fridays for future, ihre Identität zu finden trachten.

Neues Geld

Hans-Florian Hoyer

Was sollte die neue Geldfunktion sein? Letztlich geht es immer um die Bewertung von Gütern, Leistungen, Rechten, Risiken auf einer einheitlichen Skala (gemeinsamer Nenner) und die Eigentumsübergänge.

Art der Entstehung

Alte Art: Ein **Kredit** wird als Forderung auf zukünftige Tilgung gegenüber dem Kreditnehmer auf der Aktivseite der Bilanz eingetragen und als Verbindlichkeit (=Zahlungsmittel) ihm gegenüber auf der Passivseite. Dieser Eintrag erhöht die Geldmenge M1, die Zahlungsmittel in der Gesellschaft. Dies wird oft als „Schuldgeldsystem“ bezeichnet und moralisch konnotiert.

Diese Geldart wird im Soll und Haben gebucht. Die Rechenart ist Strichrechnung (+, -)

Neue Art: Eine **Dividende** entsteht, wenn ein fertiges Gut unter Bezugsberechtigte aufgeteilt wird. Erst wird geteilt durch eine Bezugsgröße (Anzahl der Aktien, Köpfe). Wenn nötig, wird der Teil noch multipliziert mit der Anzahl der Aktien, die jemand besitzt, um seine Dividende zu ermitteln.

*Das Bezugsrecht der Dividende ist nur einmal ausübbar. Die Rechenart ist Punktrechnung (/, *).*

Wo es das schon gibt: Die Teilnahme an einer **Aktiengesellschaft** besteht in der Hingabe von Geld, welches dann in der Gesellschaft Kapital wird. Das dadurch erworbene Recht auf jährliche Dividende kann gehandelt werden, ohne dass der Gesellschaft selbst dadurch Kapital genommen oder neu zugeführt wird.

Wo es das noch nicht gibt: **Bürgerdividende, soziale Dividende** der Gesellschaft allgemein. Welche Aktien haben wir miteinander im Portfolio?

Eine neue Art der Zahlung / Verrechnung

Ein Naturaltausch oder ein Barkauf ist ein Vorgang, der keine schriftliche Spur haben muss. Er ist in sich abgeschlossen. Bei steigendem Verkehr kann es sinnvoll sein, Geschäfte unabgeschlossen in Büchern festzuhalten und ab und zu per Saldo, also nicht einzeln abzuschließen.

Das bilaterale laufende Konto zweier Akteure stellt eine solche alte Art der Vereinfachung der Geschäfte dar, multilateral war das im Clearing von Gemeinschaften gegeben.

Versuch einer Notation

Das bilaterale Wirtschaften sei mit folgender Symbolik beschrieben: $\{1\} \rightarrow \leftarrow \{1\}$, wobei $\{1\}$ einen einzelnen Akteur, der eine Pfeil \rightarrow das Wirtschaftsgut inclusive Leistungen und der andere \leftarrow den Anspruch auf „Geld“ andeuten soll. Mit $\{1\} \rightarrow \leftarrow \{1\}$ wäre dann der Naturaltausch angedeutet. Heute sind auf der Zahlseite immer Banken beteiligt $\{1\} \rightarrow \leftarrow \{1\}$ $\{1\}$ Käufer \rightarrow B \leftarrow {1} Verkäufer $\}$. Diese rechnen unter sich nicht mehr bilateral ab, sondern in Gemeinschaft. Mit $\{1\} \rightarrow \leftarrow \{N-1\}$ wäre symbolisiert, dass ein Akteur $\{1\}$ mit seiner Gemeinschaft von N Akteuren, also allen N ohne ihn selbst $\{N-1\}$, abrechnet. Der Pfeil \leftarrow hätte die Bedeutung „Zentralbankgeld/Reserven“, mit \Rightarrow wäre weiterhin der Anspruch auf Zentralbankgeld der Nichtbanken gemeint. Die Lesart für $\{1\} \Rightarrow \leftarrow \{N-1\}$ ist dann: Jede einzelne Bank der Clearing-Gemeinschaft vollzieht die durch den Zahlungsverkehr geänderten Ansprüche des Publikums in ihren Büchern nach und gleicht den damit verbundenen Anspruch auf Reserven mit der Clearing-Gesellschaft im Settling aus.

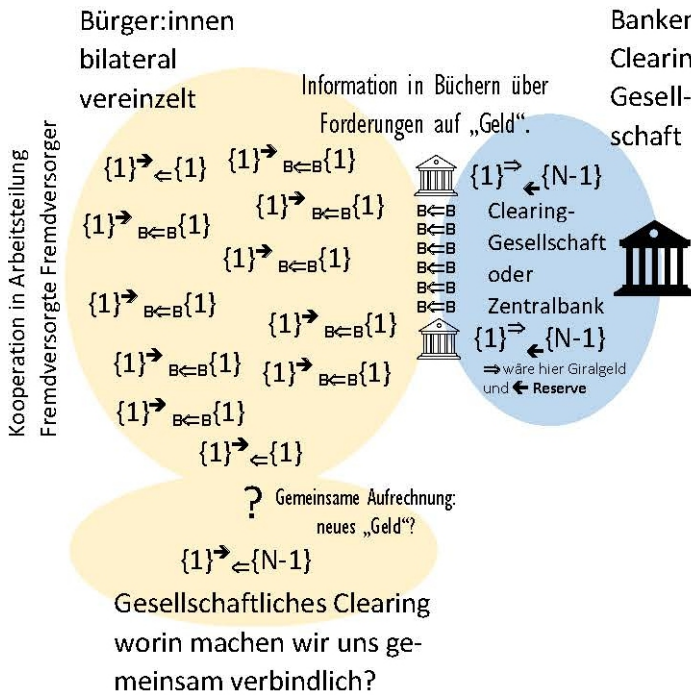
Warum sollte etwas Ähnliches nicht auch für die Bürger:innen möglich sein?

Rudolf Steiners soziales Hauptgesetz¹, von dem er sagt, es sei „durch den Okkultismus aufgewiesen“, wäre eine bloße Beschreibung der arbeitsteilig kooperierenden Gesellschaft von miteinander füreinander Wirtschaftenden (Götz Werner), oder auch von fremdversorgten Fremdversorgern, wenn da nicht das Wörtchen „Heil“ wäre:

¹ „Lucifer-Gnosis“, 1906, Heft 32. Heute mit zwei vorhergehenden Artikeln zusammengefasst in: Gesamtausgabe 34 unter dem Titel „Geisteswissenschaft und soziale Frage“

„Das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Menschen ist umso größer, je weniger der einzelne die Erträgnisse seiner Leistungen für sich beansprucht, das heißt, je mehr er von diesen Erträgnissen an seine Mitarbeiter abgibt $\{1\} \Rightarrow \{N-1\}$, und je mehr seine eigenen Bedürfnisse nicht aus seinen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt werden $\{N-1\} \Rightarrow \{1\}$.“

folgt, kann im Verständnis des Wollens anderer Menschen mit seiner moralische Phantasie und Technik zum Gelingen beitragen. Die Mission der Menschheit ist in der Geheimwissenschaft im Umriss in nuce damit beschrieben, dass die Menschheit zur Weisheit die Liebe hinzubringen soll. Wenn dieser Sinn im „Einzelsten“ von uns lebendig ist, dann haben wir die „Heilsamkeit“ erreicht, die Aaron Antonovsky als „sense of coherence“³ beschreibt.



Banken in Clearing-Gesellschaft

Kohärenz hat diese drei Aspekte:

- Die Fähigkeit, die Zusammenhänge des Lebens zu verstehen – das Gefühl der Verstehbarkeit.
- Die Überzeugung, das eigene Leben gestalten zu können – das Gefühl der Handhabbarkeit oder Bewältigbarkeit (ähnlich dem Begriff der ‚Selbstwirksamkeitserwartung‘ nach Albert Bandura).
- Der Glaube an den Sinn des Lebens – das Gefühl der Sinnhaftigkeit.

Dieses Kohärenz-Bewusstsein wäre das Bildende für die Abrechnungsgemeinschaft. Auf dem Wege dahin können wir bei den wirtschaftlichen Beziehungen unter den aktuellen menschheitlichen Bedingungen (Grenzen der Tragfähigkeit unserer Lebensgrundlage⁴, unzureichende Verteilung der Güter für ein Auskommen jedes

Ein Ökonom, z.B. Adam Smith, hätte „Wohlstand“ geschrieben. Rudolf Steiner ging es offensichtlich um mehr. Nach meiner Einschätzung ist es das Thema des Egoismus, der einfach zur menschlichen Natur gehört, und den direkt zu bekämpfen sinnlos ist, weil er eben zur menschlichen Natur gehört. Stattdessen sucht Steiner gesellschaftliche Einrichtungen, die es den Menschen ermöglichen, den Egoismus nicht nähren zu müssen.²

Menschen⁵ und der Pandemie: Was ist noch zwischen uns?) beginnen und dann weitere Gesichtspunkte integrieren.

Diese Einrichtungen brauchen als Boden die Dreigliederung des sozialen Organismus, in der die Prinzipien Freiheit, Gleichheit und Solidarität dort eingesetzt werden, wo sie den besten Nutzen bringen. (Es gibt nur zwei Prinzipien mit universellem Anwendungsbereich: Weisheit und Liebe.) Wirtschaft wird gut, wenn sie der Solidarität der Bedürfniswesen dient, das Geistesleben braucht die unbedingte Freiheit der Entfaltung des individuellen Potentials, Beziehungen gedeihen bei gleicher Augenhöhe der Partner, sei es persönlich, sei es geschäftlich. In dem genannten Aufsatz spannt Steiner nach der Formulierung des Gesetzes den nahtlosen Bogen vom Sinn der individuellen Existenz zum Sinn der Menschheit auf der Erde. Der in der Philosophie der Freiheit beschriebene „ethische Individualist“, der frei handelt, wenn er nur seiner Liebe zur Tat

2 „Mein Sohn, in jedem von uns tobt ein Kampf zwischen zwei Wölfen. Der eine Wolf ist böse. Er handelt aus Neid, Eifersucht, Gier, Arroganz, Selbstmitleid, Lügen, Überheblichkeit, Egoismus und Missgunst. Der andere Wolf ist gut. Er handelt aus Liebe, Freude, Frieden, Hoffnung, Gelassenheit, Güte, Mitgefühl, Großzügigkeit, Dankbarkeit, Vertrauen und Wahrheit.“ Der Sohn fragt: „Und welcher der beiden Wölfe gewinnt?“ Der alte Indianer schweigt eine Weile. Dann sagt er: „Der, den du fütterst.“

3 <https://de.wikipedia.org/wiki/Salutogenese>
 4 <https://www.stockholmresilience.org/research/planetary-boundaries.html>
 5 https://de.wikipedia.org/wiki/Ziele_f%C3%BCr_nachhaltige_Entwicklung

Debatten

Die Dreigliederung des Geldes

Bernhard Steiner

Zu den Missverständnissen, welche die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens begleiten, gehört die Vorstellung, dass es dabei um einen Akt der gesellschaftlichen Wohlfahrt oder bloß um eine Vereinfachung der Sozialsysteme geht. Dreigliederig gedacht, ist es jedoch das Schenkgeld im Wirtschaftssektor, was der Allgemeinheit zugute kommen sollte.¹

Der zentrale Punkt des Grundeinkommens liegt darin, dass im modernen Prozess des gemeinsamen Wirtschaftens selbst Schenkgeld entsteht. Dieses Schenkgeld wird aber zurückgehalten, um nur gewissen Eliten zugutezukommen, und erreicht so seine Bestimmung – eine Schenkung, die der Allgemeinheit zusteht – gar nicht erst. Die Idee des Grundeinkommens zielt gerade darauf hin: durch Schenkung alle an dem kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben zu lassen.

Was meint Rudolf Steiner eigentlich, wenn er festhält: „Die Dinge taten das Ihrige, nur die Menschen nahmen keine Rücksicht darauf. Das mag Ihnen ein Beweis dafür sein, daß in den *Tatsachen die Dreigliederung sich vollzog*. Die wahre Wirtschaftslehre ist ganz von selber weiter fortgeschritten, die Menschen aber kamen nicht nach [...]“² Wir haben heute eine Dreispaltung statt einer Dreigliederung, die im wahrsten Sinne des Wortes global geworden ist.

Als Beispiel nennt er den Produktivitätszuwachs durch technische Verbesserungen in der Eisenindustrie innerhalb Deutschlands zwischen den 1860er- und dem Ende der 1880er-Jahre.³ Das von ihm genannte Beispiel ließe sich vervielfachen und ist im Gange des letzten Jahrhunderts noch viel weiter gediehen. Was steht dahinter? Rudolf Steiner unterscheidet im ‚Nationalökonomischen Kurs‘ ihrer Funktion nach drei Geldsorten: Kaufgeld, Leihgeld (Unternehmer- oder Investitionsgeld) und Schenkgeld. Kaufgeld ermöglicht den Tausch der Waren mit dem Ziel, diese zu konsumieren.

Wenn aber investiert wird, braucht es ein anderes Geld, denn die Produktionsmittel verlieren ihren Warencharakter. Sie werden bekanntlich auch nicht konsumiert. Am obigen Beispiel, wenn immer weniger Arbeiter infolge der verbesserten Herstellungsmöglichkeiten immer mehr Roheisen produzieren können, wird deutlich: Das investierte Geld (Leihgeld) schafft Freiräume. Dahinter liegt die Erkenntnis, dass mithilfe der Technik weiteres Potenzial frei werden kann. Es ermöglicht in der Zukunft Schenkungen, wenn es nicht reinvestiert wird und so in der Leihgeldsphäre bleibt. Die enormen Summen, die auf den Geldmärkten zirkulieren, sind im Grunde Schenkgeld, das aber von den Entscheidungsbefugten nicht losgelassen, sondern an erster Stelle verwendet wird, um die Ansprüche jener zu befriedigen, die schon Vermögen haben, zum Beispiel der Aktionäre. Dass sich die Schere zwischen reich und arm öffnet, wird oft beklagt, die dahinter liegenden Mechanismen allerdings werden oft zu wenig durchschaut. Das Geld wird zurückgehalten, unter gewissen Kreisen verteilt und dort zur Spekulation mit Devisen, Derivaten und Aktien verwendet, mit dem Ergebnis einer erschreckenden Machtkonzentration in den Händen weniger.

Diese Finanzmacht vermag, mittels Lobbyismus, die gewachsenen demokratischen Strukturen auszuhebeln. Viele Gesetze werden nicht gemacht, um der Allgemeinheit zu dienen, sondern um Sonderinteressen zu befriedigen. Darauf muss hier nicht weiter eingegangen werden, es ist zu offensichtlich. Es ginge auch anders, denn weil durch die Entwicklung der Wirtschaftsprozesse Geld frei wird, könnten wir uns ein Grundeinkommen gut leisten, das Geld ist ja da. Es geht also nur darum, Regeln zu schaffen, um die Produktivitätsgewinne (das entstandene Schenkgeld) unter dem Zeichen der Gerechtigkeit zu verteilen und so allen Menschen zugutekommen zu lassen. Insofern ist das Grundeinkommen urdemokratisch, ja, ohne Grundeinkommen können wir die Demokratie in Zukunft vergessen (siehe USA). Nicht zufällig wurde in der Schweiz, einem Land mit basisdemokratischer Tradition, das Grundeinkommen 2016 in einer Volksabstimmung schon von circa 24 Prozent der Bevölkerung angenommen.

Dreispaltung

Wir haben heute eine Dreispaltung statt einer Dreigliederung, die im wahrsten Sinne des Wortes global geworden ist, berührt sie doch alle drei Dimensionen unseres Globus. Nicht nur reich (oben) und arm (unten) driften auseinander. Diese Spaltung zeigt sich insbesondere auf dem Wohnungsmarkt, wo Reiche Immobilien als Geldanlage kaufen, während jungen Familien, sollten sie nicht geerbt haben, wenig Chancen bleiben. Wir haben die Spaltung auch zwischen ganzen Staaten als Nord-Süd-Problem (in Europa sehr deutlich).

Und nach wie vor haben wir die schon von Steiner angesprochene Dominanz des Westens in wirtschaftlichen Fragen und die andere Handhabung im

¹ Dieser Artikel wurde ebenfalls veröffentlicht in: DasGoetheanum, Wochenschrift für Anthroposophie, 29. Oktober 2020.

² Geisteswissenschaftliche Behandlung sozialer und pädagogischer Fragen. Vortrag Stuttgart, 21. April 1919, GA 192, Dornach 1991, S. 28.

³ A.a.O., Seite 27 f.

Osten.⁴ Letzteres äußert sich mehr in unauffälligen Tatsachen wie zum Beispiel, dass es in China gemäß Artikel 10 der Verfassung kein Privateigentum an Grund und Boden gibt. Schon damit ist die Wirtschaft auf einen anderen Boden gestellt als im Westen. Das gilt in gewisser Weise auch für Russland, wo vor allem auf dem Land der Gedanke der Allmende, das heißt der selbstbestimmten Gemeinschaftskultur (Óbtschtschina), nach den Jahren der Zwangskollektivierung wieder stärker präsent ist.⁵

In dem hier geschilderten Zusammenhang muss die Dreigliederung nicht ‚eingeführt‘, sie muss erkannt werden. Wir müssen uns ihr anpassen. Das heißt, wir sollten den Blick auf das Geld richten und die Metamorphosen, die es durchmacht, mit Bewusstsein verfolgen. Nur mit einem solchen Verständnis wird die Menschheit die Krise, in der sie steckt, überwinden können.

4 Innere Entwicklungsimpulse der Menschheit. Vortrag vom 14.10.1916, GA 171, Seite 250.

5 Nachzulesen in den Untersuchungen zu den russisch-nachsovjetsischen Gemeinschaftsstrukturen in den Veröffentlichungen von Kai Ehlers.

Anmerkungen zu: Bernhard Steiner: Die Dreigliederung des Geldes¹

Hans-Florian Hoyer

Zu den angesprochenen begleitenden Missverständnissen im Zusammenhang mit dem Grundeinkommen muss das des ausschließenden „Entweder–Oder“ gezählt werden. Eine Perspektive scheint elf andere auszuschließen. Ist die Kardinalfrage die Preisfrage oder die Trennung von Arbeit und Einkommen? Ich möchte den Artikel hier „kritisieren“, indem ich versuche, dies etwas aufzulösen und weitere Perspektiven öffnend beizutragen.

Die Tatsache der Arbeitsteilung, die allem Wirtschaften unterliegt, scheint Rudolf Steiner so zentral wichtig gewesen zu sein, dass er sie 1906² als „das soziale Hauptgesetz, welches durch den Okkultismus aufgewiesen wird“ formulierte. Er verwendet nur das Wörtchen „Heil“, wo etwa Adam Smith „Wohlstand“ geschrieben hätte. Im Rückblick darauf beschreibt Steiner seine Frustration, dass ihm dies nicht gelang: „[...] seit dem Jahre 1904 bemühe [ich mich], [das] populär zu machen; allein die Menschheit will dieses volkswirtschaftliche Prinzip nicht verstehen.“³

Auch später weist er mit einer anderen Formulierung auf die Arbeitsteilung hin: „Ich habe etwa 1905 einen Aufsatz geschrieben über die soziale Frage, und habe da klarmachen wollen, dass unter unserer heutigen

Arbeitsteilung Arbeit nur eine Ware wird, indem sie hinein fließt in den ganzen übrigen Organismus. Für uns selber hat in Wirklichkeit unsere Arbeit nur einen Scheinwert. Nur was die anderen für uns tun, hat einen Wert; während das, was wir tun, für die anderen einen Wert haben soll.“⁴

Die Teilhabe an dem kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritt ist gewiss ein wichtiger Aspekt des Grundeinkommens. Sicher ist hier nicht gemeint, dass „Geld“ mit dem Aufdruck „Schenkgeld“ als Grundeinkommen überreicht, oder dass der Text „Grundeinkommen“ im Verwendungszweck auf dem Kontoauszug erscheint. Vielleicht wäre es besser, statt von Teilhabe am „Fortschritt“ von Teilhabe am Ertrag, Ergebnis zu sprechen.

Zu unterscheiden wäre grundsätzlich, ob man ein Grundeinkommen als Voraussetzung ansieht, arbeiten gehen zu können, oder ob man es als Zahlung fürs Nichtstun ansieht, die eine Gesellschaft aus humanistischen Gründen nicht verweigern sollte. Auch hierbei hilft die Rückbesinnung auf die Arbeitsteilung. Gustav Schmoller hat das Thema in seiner geschichtlichen Entwicklung und den Auswirkungen auf die Gesellschaft eingehend untersucht. Er kam ganz aus der Sache selbst zu dem Schluss, es müsse gesellschaftliche Einrichtungen geben, die die Teilnahme an der Arbeitsteilung erst möglich machen: „Hauptsächlich aber muss, wenn irgendwo volle Arbeitsteilung stattfinden soll, durch gesellschaftliche Einrichtungen für den Unterhalt, für die Ernährung, Bekleidung und Behausung derer gesorgt werden, welche ihre ganze Arbeitskraft andern widmen.“⁵ Die Mit-tätigen brauchen eine selbstversorgungsfreie Zeit, um für andere tätig werden zu können.

Eine weitere Konsequenz, die sich aus der Arbeitsteilung ergibt, hat Johann Karl Rodbertus ca. 1855 formuliert: „Die Theilung der Arbeit könnte eben so gut Theilung des Erarbeiteten heißen, denn dieser Begriff ist erst die nothwendige Ergänzung des ersteren.“⁶ Dies kann man ohne weiteres betriebswirtschaftlich verstehen. Wer in arbeitsteiliger Kooperation am Zustandekommen eines monetären Ertrags beteiligt war, muss daran beteiligt werden. Die Frage ist, ob dies auch für einen gesamtgesellschaftlichen monetären Ertrag gelten soll, und wie der ermittelt wird.

Was ist das „große Stück der Dreigliederung“, das schon verwirklicht ist? Könnte es die Tatsache sein, dass wir alle durch die Arbeitsteilung real schon fremdversorgte Fremdversorger sind, in der großen anonymen Gesellschaft? Könnte es sein, dass wir diese Lebens-tatsache übersehen, weil wir gewöhnt sind, uns als Selbstversorger in Sachen Geld zu sehen? Jemand, der Türen in ein Auto montiert, kennt die Menschen nicht, die damit fahren werden und sie kennen ihn auch nicht und sie begegnen sich gewöhnlich nicht. Ich hatte neulich eine Begegnung

4 GA 305, Oxford 29. August 1922

5 Das Wesen der Arbeitsteilung und der socialen Klassenbildung. in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 1890, S. 48

6 Aus dem literarischen Nachlass. Das Kapital. Vierter socialer Brief an von Kirchmann. Erschienen 1884

1 Zuerst erschienen in: Das Goetheanum, Wochenschrift für Anthroposophie, 29. Oktober 2020

2 „Lucifer-Gnosis“ Nr. 32, heute in GA 34 unter dem Titel „Geisteswissenschaft und soziale Frage“

3 GA 329, Basel 9. April 1919

mit einem iranischen Baha'i. Es stellte sich heraus, dass er in einem Zahntechnik-Labor arbeitete, woher sechs der Kronen in meinem Gebiss kamen. Wir haben bei dem Gedanken, er hätte womöglich eine davon gefertigt, herzlich gelacht.

Eine Geldwende ist nötig. Dabei spielen die Aspekte der Verwendung: Kauf, Leihe, Schenkung eine gewichtige Rolle. Diesem, oft als Kreislauf angesehenen Wechsel der Verwendung, stellt sich ein weiterer an die Seite: Der Weg des Geldes aus den Händen des Konsumenten als Preis in die Hände des Händlers, der damit seinen Einkauf und sein Einkommen bestreitet. Sein Einkauf geht zum Großhändler, zum Hersteller und dessen Zulieferer. Der Verkaufspreis fächert sich entlang der Wertschöpfungsketten auf und wird letztlich jemandes Einkommen. Zinsen, Steuern, Energie- und Materialkosten, Boni, Parteispenden, Schmiergelder, ... alle werden jemandes Einkommen.

Wir zahlen uns beim Einkaufen gegenseitig die Einkommen, kennen uns aber nicht, machen es uns nicht klar. Ist das auch ein Stück Dreigliederung, das sich unerkannt in die Realität hineingeschmuggelt hat?

Neben die Dreigliederung der Geldverwendung gehört auch eine Zweigliederung der Geldentstehung, die in Bezug zum Grundeinkommen wichtig wäre. Das sei hier nur kurz angedeutet: Das Soll/Haben-Tauschgeld braucht eine Ergänzung durch ein Divisions-/Teilhaber-Geld.

Ein Standard-Einwand gegen das Grundeinkommen ist die als unbeantwortbar angesehene Frage nach dem „Soll“, woraus das „Haben“ kommen soll. Vorschläge werden gemacht für das Umverteilen des im Artikel angesprochenen falsch Verteilten. Geld ist sicher das freilassendste Mittel, die logische Folge der Kooperation in Arbeitsteilung – die Teilung des gemeinsamen Arbeitsergebnisses – zu bewirken, wenn es denn angemessen geteilt wird.

Seit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft leben wir gewissermaßen in einem Großversuch zum Grundeinkommen: Die Schaffung der im gesellschaftlichen Interesse liegenden Voraussetzung für alle Bürger, die deren Tätigkeit in der arbeitsteiligen Gesellschaft ermöglichen und sichern soll, wurde betriebswirtschaftlich agierenden Einheiten übertragen. In Zeiten des Wachstums klappte das. Härten, die sich ergaben, wurden vom Sozialstaat im Nachhinein geheilt. So kam ein Mosaik von Einzellösungen zustande, die heute in einem Grundausskommen von vorneherein konsolidiert werden könnten, was einen Effizienzgewinn darstellen würde und die bürokratische Bedarfsprüfung sowie die unsäglichen Sanktionen überflüssig machen könnte.

Jetzt produzieren wir in immer weniger Zeit mit immer weniger Menschen immer mehr Güter zu immer geringeren Kosten. Der Preis-Einkommen Zyklus trocknet aus, auch wegen einiger im Artikel angeführter Entwicklungen. Es wird unverschämte abgezweigt und angstvoll gehortet. „Sozial ist, was Arbeit schafft“ meint eigentlich „Sozial ist, was Menschen mit Geld versorgt“. Was und wie

gearbeitet wird, welche Folgen das in der Welt hat, muss zurücktreten vor der Geldversorgung.

Es scheint an der Zeit zu sein, **gesellschaftlich wirkendes** Grundausskommen für alle Bürger:innen und Einkommen, als die Teilhabe am **betrieblich erzielten** monetären Ertrag, für die erwerbswirtschaftlich Tätigen zu entkoppeln.

Das Grundeinkommen ist gewiss keine Frage der karitativen Zuwendung zu Bedürftigen, es ist ein gutes Mittel, den Sozialstaat effizienter und würdiger zu gestalten. Das Böckenförde-Diktum: „*So stellt sich die Frage nach den bindenden Kräften von neuem und in ihrem eigentlichen Kern: Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist*“⁷, öffnet eine weitere Perspektive auf das Grundeinkommen.

Der Staat kann die Initiative und Tätigkeit der Bürger:innen für den Zusammenhalt der Gesellschaft nicht garantieren. Er kann aber eine Grundlage dazu bieten. Ein Grundausskommen als „Do“ ohne „ut facias“⁸ für alle Bürger:innen, die für die Kohärenz der Gesellschaft von Individuen tätig sind. Damit taucht eine weitere Perspektive auf das Grundausskommen auf: Es ist ein Beitrag zum Überleben der Gesellschaft, die in persönliche Egoismen zu zersplintern droht.

Es scheint wirklich so zu sein, wie Philip Kovce und Birger P. Priddat⁹ zum bedingungslosen Grundeinkommen schreiben: Als frageorientiertes Ideal weist es über sich hinaus.¹⁰

⁷ <https://verfassungsblog.de/das-boeckenfoerde-diktum/>

⁸ Do ut facias – (lat.) Ich gebe, damit Du tust.

⁹ Bedingungsloses Grundeinkommen – Grundagentexte. Herausgegeben von Philip Kovce und Birger P. Priddat. suhrkamp taschenbuch wissenschaft 2265, Taschenbuch, 514 Seiten, ISBN: 978-3-518-29865-7

¹⁰ Besprechung in Sozialimpulse Nr. 3 September 2019

Warum eigentlich freies Geistesleben?

Thesen zu Roland Kipke

Matthias Wiesmann

Es ist wichtig, dass zentrale Aspekte kanonisierten Wissens (oder Glaubens) gelegentlich radikal in Frage gestellt werden. Und es ist zu danken, wenn sichtbar gemacht wird, dass einerseits die aktuelle Situation viel Freiheit gewährt, andererseits in einem quasi jenseitigen, „befreiten Geistesleben“ vieler Dreigliederer nicht einfach diejenige paradiesische Freiheit herrscht, die sich jeder (für sich) wünscht oder vorstellt. Dazu leistet Roland Kipke einiges. Man hätte sich allerdings gewünscht, dass er seine Arbeit gründlicher leistet.¹

¹ Roland Kipke: Warum eigentlich freies Geistesleben? Eine Frage

Ich greife drei Aspekte heraus:

1 Historische Kontextualisierung: Ja, 1919 war der Kaiser in Deutschland eben weg, der Obrigkeitsstaat aber noch da. Ist das Postulat eines freien Geisteslebens also nichts anderes als eine zeitlich bedingte Nichteinmischungsforderung, gerichtet an den Nachkriegsstaat (und die Anthroposophen und Dreigliederer haben noch nicht gemerkt, dass sich die Zeiten geändert haben)? Diese These ist mir mindestens zu „germanozentristisch“. Immerhin hat Steiner fundamentale Vorträge zur Dreigliederung Anfang 1919 in der Schweiz gehalten, Vorträge, die teilweise im Wortlaut in die „Kernpunkte“ eingeflossen sind und die Forderung nach einem freien Geistesleben ebenfalls enthalten. Der Kaiser hat sich aus der Schweiz schon ein paar Jahrhunderte früher zurückgezogen und Demokratie war 1919 in der Schweiz gewiss kein Fremdwort. (Bekanntlich hat Steiner sehr genau wahrgenommen, in welchem Rahmen vor welchen Menschen er vorträgt.)

2 Es fällt auf, dass Kipke „freies Geistesleben“ durchwegs als „Freiheit von“ versteht. Daneben zu stellen ist das Steiner sehr wichtige Postulat der Selbstverwaltung. Jeder Lehrer und jede Lehrerin der freien Schule muss daran teilnehmen. Ist dieses Prinzip (im Vergleich zu einer direktorial geführten Schule) besser geeignet, staatlichen Einfluss abzuwehren? Sicher nicht. Das ist aber auch nicht der Zweck der Selbstverwaltungsorgane im Geistesleben. Die Aufgabe eines Organs im Sozialen ist Wahrnehmung und Handeln aus den Erfahrungen und Impulsen der Beteiligten heraus. Hier liegt die Quelle kreativen, situativen Handelns. Im Unterschied dazu neigen Schulbehörden zu einem Handeln aufgrund von überall anwendbaren Standards (auch Max Weber schrieb darüber).

3 Welch merkwürdigen Freiheitsbegriff Kipke seinen Ausführungen zugrunde legt, wird im Abschnitt „Schule“ deutlich: Die Einsicht, dass Kinder Kulturtechniken erlernen müssen, stellt für ihn offenbar Zwang (im Gegensatz zu Freiheit) dar, insbesondere, wenn es sich um weitergehende Fähigkeiten wie Fremdsprachen handelt. Kipkes pessimistisches Menschenbild traut solche Lernanstrengungen der freien Einsicht von Eltern und Lehrern nicht zu – es braucht die Vorgaben der demokratischen Mehrheit. In der Schweiz wurde eben ein politischer Entscheidungsprozess im Sinne Kipkes unter dem Namen „Lehrplan 21“ durchgeführt. In einem sehr hohen Detaillierungsgrad formuliert er in allen Wissens- und Handlungsbereichen Tausende zu erlernender (abfragbarer und damit zählbarer d.h. bewertbarer) Kompetenzen. Und wenn die Mehrheit findet, in den Spielgruppen der Dreijährigen müssten Tablets eingeführt werden?

Die Schilderungen von Freiheit, beispielsweise im Wissenschaftsbetrieb, die Kipke wahrnimmt, scheinen mir vor dem Hintergrund meiner eige-

an die Idee der sozialen Dreigliederung. In: Anthroposophie. Vierteljahresschrift zur anthroposophischen Arbeit in Deutschland. Nr. 289, Michaeli 2019, S. 216–222. Bei diesem Text handelt es sich um die Langfassung eines Leserbriefs an die Vierteljahresschrift.

Initiativen

Bundestagspetition

Für eine ökologische und soziale Geldwende

Kurt Wilhelmi schreibt im Newsletter des Omnibus für direkte Demokratie: Die von uns tatkräftig unterstützte Europäische Kreditinitiative hat ein wichtiges Etappenziel erreicht. Zusammen mit vier weiteren Petitionen der Aktion „12062020 Olympia“ startet sie jetzt als offizielle Bundestagspetition. Und zwar schneller als erwartet. Überraschend hat der Bundestag sie am 3. Dezember schon online gesetzt. Ab diesem Zeitpunkt sind 4 Wochen Zeit für die Eintragung. Wenn 50.000 Menschen mitzeichnen, bekommen wir eine öffentliche Anhörung im Bundestag. Bitte machen Sie mit und informieren Sie auch Freunde und Bekannte.

Mit der Kreditinitiative wollen wir eine neue Finanzierungsquelle eröffnen für eine gemeinwohlorientierte, ökologische Wirtschaft. Unternehmen, die einen Bedarf von Mensch oder Natur befriedigen wollen, sollen regelmäßig Kredit erhalten. Mit dieser Finanzierung kann alle Arbeit ermöglicht werden, die gebraucht wird, insbesondere auch gute Kitas und Schulen, ökologische Landwirtschaft und gesunde Ernährung, die Rettung der Wälder und Ozeane, nachhaltige Formen der Mobilität bis hin zum Bereich der Gesundheit und Pflege. Die im Verkauf von Erzeugnissen entstehenden Einnahmen werden solidarisch so ausgeglichen, dass alle beteiligten Unternehmen ihren Kredit regelmäßig wieder ablösen. Der „Profit“ als Unternehmensziel entfällt.

Unsere Geldpetition startet zusammen mit vier weiteren Petitionen von 12062020 Olympia. Hier finden Sie alle fünf Petitionen: <https://www.12062020.de/de/petitionen/>

nen Forschungserfahrung in der Schweiz mit den sogenannten, vom Bundesrat (eidg. Exekutive) verabschiedeten „nationalen Forschungsprogrammen“ schönfärberisch. Unlängst hat der schweizerische Agrarminister (ein ehemaliger Rebbauer) den Versuch gemacht, den Forschern der bundeseigenen ETH zu verbieten, ihre alarmierenden Befunde über Pflanzenschutzmittelrückstände in Trinkwasser und Bächen zu publizieren.

Kipkes Einschätzung der Freiheitlichkeit des Geisteslebens erinnern mich an die gelegentlich an Parlamentarier gerichtete Frage, ob sie je von Lobbys beeinflusst worden seien. Die Antwort ist immer: Nein, ich entscheide frei nach meinem Gewissen. Wer Teil des Systems ist, kann dieses manchmal gar nicht mehr kritisch wahrnehmen.

Eine trisektorales Bild der amerikanischen Zukunft:

Ein neuer Bund zwischen dem amerikanischen Volk und seiner Regierung

Wirtschaft
Regierung
Bildung, Kunst und Wissenschaft

Ökonomische Solidarität
Zivile Gleichheit
Kulturelle Freiheit

Christopher Schaefer u.a.¹

Können wir gesunden Menschenverstand walten lassen und uns durch eine neue, trisektorale Sicht der amerikanischen Gesellschaft von der Korruption befreien?

Können wir die Glaubens-, Religions- und Bildungsfreiheit wirklich fördern? Können wir die Gleichheit vor dem Gesetz und in der Politik ausbauen und eine Wirtschaft schaffen, die den Menschen und der Erde dient? Darauf hoffte Franklin Delano Roosevelt, als er die vier Freiheiten proklamierte und die Frage stellte, „ob die einzelnen Männer und Frauen einem Regierungs- oder Wirtschaftssystem dienen müssen oder ob es ein Regierungs- und Wirtschaftssystem gibt, das den einzelnen Männern und Frauen dient“. Seine Antwort war, die erste zu fördernde Freiheit sei die Rede und Meinungsfreiheit, die zweite die Freiheit jeder Person, Gott auf seine eigene Weise zu verehren, die dritte die Freiheit vor Angst, die vierte schließlich die Freiheit von Not. Diese vier Freiheiten können als Leuchtturm für eine trisektorale Gesellschaft angesehen werden. Rede- und Religions- bzw. Glaubensfreiheit rufen uns auf zur Förderung der individuellen Freiheit im kulturellen Leben durch ein qualitativ hochwertiges, allgemein zugängliches und vielfältiges Bildungssystem und durch Schutz vor Manipulationen durch Regierungen und Unternehmen. Die dritte Freiheit, die Freiheit von Furcht, drückt unser Bedürfnis aus, in einer Gesellschaft zu leben, die von Demokratie und Gleichberechtigung vor dem Gesetz und nicht von der Macht spezieller Interessengruppen regiert wird. Die letzte, die Freiheit von Not, spricht unser Bedürfnis nach einer stabilen, gesunden, sozialökologisch verantwortlichen Wirtschaft („Stakeholder-Ökonomie“) an.

Business / WIRTSCHAFTLICHE SOLIDARITÄT

Lasst uns einen „Stakeholder-Kapitalismus“ schaffen, eine Wirtschaftsform, die den wahren Bedürfnissen der Menschen und der Erde dient.

Wir können unsere Wirtschaft ändern und erneuern, indem wir Unternehmen, wie im Gesetz über verantwortlichen Kapitalismus („Responsible Capitalism Act“) jetzt vor dem Senat vorgeschlagen,

entsprechend zertifizieren. D.h. wir können Großunternehmen mit einem Umsatz von über 1 Milliarde US-Dollar auffordern, eine erneuerbare „Charter“ (Charta), die ihr sozialverantwortliches Profil beurkundet, bei einer Bundeskommission zu beantragen. Diese setzt sich aus Vertretern der Regierung, der Zivilgesellschaft und des Geschäftslebens zusammen. Wir gründen heutzutage Charter-Schulen, gecharterte Colleges und Non-Profit-Organisationen. Warum also nicht Unternehmen, die auch unserer Gesellschaft und ihrer Kultur nützen? Die Kriterien für den Erhalt und die Erneuerung einer Charta wären die Erfüllung der Anforderungen eines dreifachen Endergebnisses: Rentabilität, Nachhaltigkeit und Unterstützung der Gemeinschaft. Kleinere Unternehmen würden eine ähnliche staatliche Charta erhalten, und alle Unternehmen würden einem regelmäßigen Überprüfungsprozess der Charta unterzogen. Die Verwaltungsräte würden zu 55% aus Vertretern der Zivilgesellschaft und des öffentlichen Sektors sowie Arbeitnehmern bestehen, wodurch die Interessen der Aktionäre und des Kapitals ausgeglichen würden, das wären dann die restlichen 45%.

- Besteuerung der Verwendung von Umwelteinputs und -emissionen durch eine Grundsteuer, eine Wassersteuer und eine Kohlenstoffverschmutzungssteuer, die die Grundsätze des Naturkapitalismus unterstützen.

- Besteuerung des Gewinns aller Unternehmen mit 10 Prozent ohne Abzüge und Befreiungen für die öffentlichen Vorteile, die sie nutzen: Straßen, Infrastruktur, Bildung und Kultur.

- Das Ziel einer klimaneutralen Wirtschaft in zehn Jahren erreichen und die Grundsätze des Green New Deal übernehmen, die Senator Markey und die Kongressabgeordnete Octavio-Cortez dem Kongress vorgeschlagen haben. Finanzierung solcher Initiativen durch öffentliche Bankinitiativen und eine automatisierte Zahlungstransaktionssteuer (APT).

- Unterstützung der Genossenschafts-, B Corp- und Gemeinwohlökonomie-Bewegungen durch Einstellung der Steuervergünstigungen und Subventionen, die derzeit großen und politisch mächtigen Unternehmen und Branchen wie dem Öl- und Nuklearsektor gewährt werden.

- Schaffung von Erzeuger-Verbraucher-Händler-Vereinigungen zur Steuerung und Stimulierung des lokalen und regionalen Wirtschaftslebens.

- Bezahlung dieser gesellschaftlichen Vorteile und eines Green New Deal durch schrittweise Einführung einer automatisierten Zahlungstransaktionssteuer (APT) von 0,35 Prozent für *alle wirtschaftlichen Transaktionen* – vom Kauf von Lebensmitteln oder Leasing eines Autos bis zum Handel mit Aktien und Waren. Während die Realwirtschaft etwa 20 Billionen US-Dollar pro Jahr erwirtschaftet, wird die Finanzwirtschaft – Aktienhandel, Derivate, Anleihen, Rohstoffe, Schatzwechsel und Kapitaltransfers – in den USA auf 750 bis 1.000 Billionen US-Dollar pro

¹ Übersetzung Christoph Strawe

Jahr geschätzt. Eine Steuer von 0,35 Prozent könnte alle anderen Steuern ersetzen, mit Ausnahme eines Teils der lokalen Grundsteuern und einiger Unternehmenssteuern für lokale Dienstleistungen. Das wurde 2005 von der Steuerreformkommission von Präsident Bush vorgeschlagen. Weitere Informationen finden Sie unter www.apttax.com.

Regierung / ZIVILE GLEICHHEIT

Lassen Sie uns eine beschädigte Demokratie reparieren, indem wir die Wahrheit der Aussage eines ehemaligen Richters des Obersten Gerichtshofs, Louis Brandeis, anerkennen:

„Wir können Demokratie in diesem Land haben, oder wir können großen Reichtum in den Händen einiger weniger haben, aber wir können nicht beides haben.“

Wir können unsere Politik reformieren durch folgende Schritte:

- Beschränkung aller politischen Spenden von Einzelpersonen für politische Kampagnen und Parteien auf 5.000 USD pro Jahr und Person sowie Verbot von Spenden für Unternehmens- und institutionelle Kampagnen.
- Das Wahlmännerkollegium abschaffen und Amtszeitbeschränkungen für das Repräsentantenhaus und den Senat vorsehen.
- Bereitstellung von Mehrparteien-Ausgleichskommissionen für alle Bundes- und Staatenämter nach einer nationalen Volkszählung.
- Verbot der Wahl von Lobbybeamten durch Bundes- und Landesbehörden und von ernannten Beamten für fünf Jahre nach ihrem Ausscheiden aus ihrem Amt.
- Schaffung eines offiziellen Wahltages an einem Samstag, damit die Werktätigen ohne Lohnausfall wählen können.
- Wahlsystem, das ein Ranking erlaubt, wie es jetzt bereits Kalifornien und Maine für Landeswahlen haben, um die Macht und den Einfluss politischer Parteien zu begrenzen, die dazu neigen, die Wählerschaft zu polarisieren und den Willen des Volkes zu blockieren.
- Bekämpfung restriktiver Wahlgesetze.
- Verabschiedung des Zusatzes über gleiche Rechte (Equal Rights Amendment / ERA), das Frauen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens gleiche Rechte einräumt.
- Reform des Strafjustizsystems, damit die Ausrichtung auf afroamerikanische Gemeinschaften gestoppt wird.
- Beseitigung des systemischen Rassismus und der Diskriminierung von Minderheitengemeinschaften.

- Einrichtung von Bürgerräten aus Vertretern der Zivilgesellschaft, der Regierung und der Wirtschaft auf lokaler, regionaler und staatlicher Ebene, um die gesetzgebenden Körperschaften zu kontrollieren und ihnen Gesetze zur Förderung des Gemeinwohls vorzuschlagen.

- Entwicklung einer angemessenen Einwanderungspolitik für Flüchtlinge, Einwanderer, „Dreamer“ und langfristig illegale Einwanderer, wobei zu berücksichtigen ist, dass die meisten amerikanischen Bürger Einwanderer, Nachkommen von Einwanderern oder Sklaven sind, die gegen ihren Willen hierher gebracht wurden.

- Initiierung eines Programms des nationalen Sozialdienstes.

- Weil eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung und das Recht auf eine würdige Existenz Menschenrechte sind, sollten wir ein auf dem Solidarprinzip bei der Finanzierung beruhendes Gesundheitssystem einführen, wie es die meisten anderen westlichen Demokratien getan haben.

- Bereitstellung eines garantierten Grundeinkommens von 12.500 USD pro Jahr für jedes Kind und jeden Erwachsenen während seines Lebens, um die Grundbedürfnisse des Menschen zu befriedigen. Entgegen der weit verbreiteten Meinung können wir uns dies leisten, wenn wir ein faires Steuersystem einführen, wie es durch die automatisierte Zahlungstransaktionssteuer geschieht. Sie können in diese Richtung arbeiten, indem Sie sich www.RepresentUs.com anschließen.

Bildung, Kunst und Wissenschaft / KULTURFREIHEIT

Wir können die kulturelle Freiheit in unserer Gesellschaft erweitern und vertiefen:

- Achtung und Schutz der Meinungsfreiheit, der freien Ausübung der eigenen Religion, des Rechts auf freie Versammlung, des Gerichtsverfahrens durch eine Jury und des ungehinderten Wahlrechts, die alle in der Verfassung festgelegt sind.

- Gewährleistung einer echten Bildungswahl und eines gleichberechtigten Zugangs durch öffentliche Finanzierung verschiedener Bildungseinrichtungen mit konkurrierenden Bildungsphilosophien auf vergleichbaren Ebenen – Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und Universitäten – unter Berücksichtigung der regionalen Unterschiede bei den Lebenshaltungskosten und der Art der fraglichen Institutionen. Alle Bildungseinrichtungen müssen gemeinnützige Organisationen sein und werden von regionalen Bildungsverbänden gegründet, die aus Eltern, Lehrern und Bildungsverwaltern bestehen. Die National Association of Independent Schools (NAIS) ist ein gutes Modell für diese Arbeit. Die Rolle des Staates würde sich auf die Gewährleistung von Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen, Nichtdiskriminierung und Zugangsgleichheit beschränken.

■ Regulierung und Begrenzung der Macht von Big Tech – Google, Facebook, Amazon und Microsoft –, uns auszuspionieren, unsere Meinungen zu manipulieren, Hassreden zu fördern und Wahlen zu untergraben.

■ In der Erkenntnis, dass Unternehmen und der Staat gegenwärtig versuchen, die Bildung sowie unsere kulturellen und religiösen / spirituellen Entscheidungen zu kontrollieren, die alle ordnungsgemäß Einzelpersonen und Familien gehören. Lassen Sie daher Lehrer und Eltern über regionale Schulbehörden Bildungsprioritäten und -optionen festlegen und gleichzeitig Unternehmen wie Medien- und Computerlernunternehmen von Kindergärten und Schulen fernhalten.

■ Finanzierung des Kunst- und Kulturlebens auf viel höheren Ebenen, wie es heute viele europäische Nationen tun, durch Unterstützung lokaler und regionaler Kunsträte, um eine größere kulturelle Aktivität und Auswahl in einer Region zu fördern. Wir müssen erkennen, dass unsere Demokratie – das amerikanische Experiment zur Selbstverwaltung – auf einem vielfältigen, ausgezeichneten und erschwinglichen Bildungssystem beruht, wie es Thomas Jefferson zum Zeitpunkt unserer Gründung als Nation deutlich gesehen hat.

Internationale Verpflichtungen

Lasst uns unsere internationale Verantwortung erneut wahrnehmen, indem wir eine Führungsrolle in Bezug auf Klimawandel, Massenmigrationen, Armut und Krieg in den ärmeren Regionen der Welt übernehmen und erkennen, dass die Gefahren der künstlichen Intelligenz (KI) von Maschinen, die der menschlichen Kontrolle und den menschlichen Werten entkommen, real bestehen und eine globale Anstrengung erfordern.

Erneuern wir den amerikanischen Traum und ehren wir die Freiheit im kulturellen Leben, Gleichheit im demokratischen, staatlichen Leben und Gegenseitigkeit des sich Dienens im Wirtschaftsleben. Und lassen Sie uns endlich die Geißel des systemischen Rassismus bekämpfen, die unsere Geschichte so stark beeinträchtigt hat. Wenn wir dies tun und den Menschen in jedem von uns ansprechen können, ist es möglich, Rassismus, Korruption, Egoismus und Ausbeutung in einen neuen amerikanischen Bund zwischen dem amerikanischen Volk und seiner Regierung umzuwandeln. Erinnern wir uns dabei an die Einsicht von Jacob Needleman:

„Amerika ist die Tatsache, das Symbol und das Versprechen eines Neuanfangs.“

Dreigliederungs-Arbeitsgruppe von
3FSOToday.org: Christopher Schaefer,
Edward Baumheier, Davina Muse, Leah
Walker, Abraham Entin und Linda Lingane

Offener Brief

an alle, die sich der Anthroposophie verpflichtet fühlen.

(Geschrieben für die Zeit vom 29. September 2020 bis 31. Dezember 2022.)

Rainer Schnurre

Vor dem Sturm oder die „Dreigliederung des sozialen Organismus“

Das Jahr 1989 hat eine besondere Bedeutung für Deutschland; aber nicht nur für Deutschland. Es ist das Jahr, in dem ein zerrissenes Volk in Mitteleuropa beginnt auf relativ friedlichem Wege wieder zusammenzufinden.

Schauen wir von diesem Zeitpunkt 72 Jahre zurück, so erblicken wir das Jahr 1917. – Schauen wir von 1989 dreißig Jahre nach vorn, so erreichen wir das Jahr 2019. – Erinnern wir uns, wie im vergangenen Jahr 2019 viele 100-Jahr-Feiern stattfanden. – Man blickte zurück auf das Jahr 1919, auf die außerordentlichen Bemühungen Rudolf Steiners und seiner Mitstreiter, die „Dreigliederung des sozialen Organismus“ in Deutschland zu verwirklichen.

Wir wissen, dass das erste Bemühen von 1917, mit Memoranden an die Kaiserhäuser Deutschlands und Österreich, ‚von oben herab‘ nicht ermöglicht wurde.

1919, nach der Revolution, wurde der Weg ‚von unten‘, auf demokratischem Wege die Verwirklichung der „Dreigliederung des sozialen Organismus“ gesucht. Aber auch dieser Weg scheiterte am politischen Widerstand aller reaktionären Kräfte, sowohl der Linken, als der Rechten und denen der Mitte.

Wir kennen den 72-Jahre-Rhythmus. Wir kennen auch den 33-Jahre-Rhythmus. Wir wissen, dass dieser Rhythmus seit dem Mysterium von Golgatha in der Menschheit wirkt. Er setzt sich in gewisser Weise zusammen aus den 30 Jahren des Jesus-Lebens und den drei Christus-Jahren, von der Jordan-Taufe bis zum Karfreitag auf Golgatha, dem 3. April im Jahre 33 unserer Zeitrechnung.

Dieser 33-Jahre-Rhythmus ist ein Auferstehungs-Rhythmus. Das heißt, dass das, was Menschengruppen oder gar ganze Völker in bestimmten Zeiten wollten, zum Beispiel, dass 1989 das Volk der Deutschen sich friedlich vereinigte, dass dieser kraftvolle Willensimpuls 33 Jahre später, bis 2022 aufersteht.

Wir gedachten in Deutschland 2019 dieser relativ friedlichen ‚Revolution‘ zum 30ten Mal. 2019 gab es zugleich zahlreiche 100-Jahr-Feiern zur „Dreigliederung des sozialen Organismus“ 1919 und zur Eröffnung der ersten Freien Waldorfschule im September 1919. (Der 100-Jahre-Zyklus ist zugleich ein dreimaliger 33 (1/3) Jahre-Rhythmus.) – Dies sind alles rückwärts gewandte Impulse.

Wie fügt sich nun der vorwärts gewandte Impuls dort hinzu? Um diese Frage genauer beantworten zu können, müssen wir nochmals kurz zurückschauen.

21 Jahre vor 1989 begann die sogenannte (19)68er ‚Revolté‘.

Die junge Generation, (meine Generation), wollte neue soziale Wege beschreiten und grundlegende gesellschaftliche Veränderungen herbeiführen. – Der allergrößte Teil der jungen Generation wusste nichts von einer „Dreigliederung des sozialen Organismus“. (Ich gehörte dazu.) Es fehlte schon damals der Anthroposophischen Gesellschaft die notwendige geistige Stoßkraft, um Antworten zu den brennenden sozialen Fragen der Zusammenarbeit auf dem sozialen Felde in die Weltöffentlichkeit zu stellen. – In diesen 21 Jahren zwischen 1968 – 1989 hätte die Weltöffentlichkeit konkret erfahren sollen, was die „Dreigliederung eines sozialen Organismus“ ist. – Dann wären wir 1989 vorbereitet gewesen. –

Woran liegt es, dass die breite Weltöffentlichkeit bis heute so wenig Ahnung von der „Dreigliederung des sozialen Organismus“ hat?

Es erscheint dasselbe Problem, das schon 1919 zu bemerken war. – Es ist das Desinteresse unter uns Anthroposophen an der brennenden sozialen Frage. Das Desinteresse der meisten Anthroposophen gegenüber der „Dreigliederung des sozialen Organismus“ ist eine schwere Hypothek, die wir der Anthroposophischen Gesellschaft aufbürden. Dieses Desinteresse ist ein großes Versäumnis der gesamten Menschheit gegenüber.

Eine Hauptursache sehe ich in der ständig zunehmenden Verbürgerlichung der Anthroposophischen Gesellschaft, der in großen Teilen die brennende soziale Frage keine Frage war und bis heute auch nicht ist. Und jeder Anthroposoph und jede Anthroposophin kann sich ehrlich selber fragen: Was habe ich selbst unternommen zur Heilung der brennenden sozialen Frage?

Was habe ich getan, um „Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft“ von Rudolf Steiner wirklich zu verinnerlichen und vor allem dann hinauszutragen in die Weltöffentlichkeit, besonders zu den Menschen, die bisher gar nichts von der „Dreigliederung eines sozialen Organismus“ wissen? – Die meisten von uns müssen antworten: Hat mich nicht interessiert und ich habe keine Ahnung, was in den „Kernpunkten“ steht.

Zusammengefasst:

Die erste Möglichkeit die „Dreigliederung des sozialen Organismus“ zu verwirklichen, im Jahre 1917 (+ 72 Jahre) / 1919 (+ 70 Jahre) scheiterte. – Die zweite Möglichkeit haben wir in Deutschland 1989

gründlich verschlafen. – Die dritte Möglichkeit ergibt sich nun 33 Jahre später. Dies ist die kurze Zeit bis zum 31. Dezember 2022. – Wir sollten nicht auch noch die letzte Möglichkeit für Mitteleuropa verstreichen lassen. – Es wird keine vierte Möglichkeit für Mitteleuropa mehr geben. Es ist wirklich, wirklich ernst. – Es geht um das Bestehen einer Prüfung der Anthroposophischen Gesellschaft und das heißt konkret um die Prüfung eines jeden von uns.

Was geschehen wird, wenn die „Dreigliederung des sozialen Organismus“ nicht von Mitteleuropa verwirklicht wird, denn hier erhielt sie die „Christus gemäße Gestalt“, beschreibt Rudolf Steiner am 25. Dezember 1920, also am ersten Weihnachtsfeiertag 2020 vor 100 Jahren. (Die erste Prophezeiung, die er dort aussprach traf 19 Jahre später ein, die zweite ist – noch – offen, weil noch nicht entschieden.) Es liegt an uns, an jedem Menschen, in welche Richtung die Menschheit steuern wird. Es ist ernst. Es ist ein sehr bedeutender historischer Augenblick.

„Es ist an der Zeit“ für die „Dreigliederung des sozialen Organismus“ mit aller Kraft einzutreten, jede an ihrem und jeder an seinem Ort und sich mit allen brüderlich, ehrlich und wahrhaftig zu verbinden, die sich für die „Dreigliederung des sozialen Organismus“ einsetzen.

Wir müssten für die kurze Zeit Vieles, Vieles zurückstellen, als freiwilliges Opfer, um uns für diese kurze Zeitspanne ganz und gar dieser Menschheitsaufgabe jetzt, ohne Verzug, zu widmen. Es ist an der Zeit zusammenzuarbeiten.

*

Die Jahre 1989 (200 Jahre Französische Revolution) bis 2019 waren die 30 ‚Jesus-Jahre‘. Jetzt folgen die drei ‚Christus-Jahre‘: 2020, 2021, 2022. – Diese kurze Zeit bildet die dritte Möglichkeit, die letzte Möglichkeit, aus Mitteleuropa heraus den Impuls der „Dreigliederung des sozialen Organismus“ in die Weltöffentlichkeit zu stellen. – Wenn die Menschheit bis dahin wissen wird, was die „Dreigliederung des sozialen Organismus“ ist und werden kann, dann hätten wir im letzten Augenblick unsere Aufgabe ergriffen. – Es ist an der Zeit unvoreingenommen zusammenzuarbeiten, über alle Grenzen hinweg. – Es fordert die Zeit, nicht ein einzelner Mensch. Prüfen Sie bitte sich und die Zeitverhältnisse. Sie allein „diktieren“ diese Zeilen.

Rainer Schnurre, 29. September 2020
www.alternativ3gliedern.com

Jubiläumsjahr 50 Jahre INKA

Internationales Kulturzentrum Achberg

**Geburtstagsfest – Tagungen –
Ausstellungen und mehr**

Loes Swart

Das Internationale Kulturzentrum Achberg (INKA) feiert 2021 sein 50-jähriges Gründungsjubiläum. Aus diesem Anlass werden im Verlauf des kommenden Jahres kleinere und größere Veranstaltungen und Ausstellungen im Humboldt-Haus, der Tagungsstätte des Internationalen Kulturzentrums in Achberg-Esseratsweiler, stattfinden.

Den Anfang soll im Januar 2021 ein Jugend-Treffen – im Anschluss an das Fest zu 100 Jahre Dreigliederung im vergangenen Jahr – machen. Vom 28.-30. Mai ist dann ein Wochenende mit festlichen Beiträgen von Weggefährten aus den verschiedenen Achberger Etappen geplant. Der 30. Mai ist dabei auch der Jahrestag, an dem 1971 das Humboldt-Haus seine Tore öffnete. Alle sind im Besonderen auch zu diesem Treffen eingeladen, um gemeinsam den Geburtstag dieses sozialen Lebewesens des Internationalen Kulturzentrums zu feiern.

Für den 10./11. Juli ist eine kleine Tagung in Vorbereitung. Dabei geht es ums Zusammenwirken des INKA mit Joseph Beuys im Geschehen von 1977 bei der documenta 6 in Kassel. Diese Ereignisse werden auch in Bezug zu heutigen Gestaltungsaufgaben betrachtet.

Ende August ist ein Treffen zur Europäischen Kreditinitiative mit internationaler Beteiligung und im Austausch mit anderen Initiativen geplant. Hier blicken wir nach vorne und stellen die Frage, was die Gegenwart und nächste Zukunft an Herausforderungen bereithält.

Im Rahmen des Jahresprogramms wird es auch eine größere Ausstellung zu drei mit Achberg verbundenen Künstlerpersönlichkeiten geben: Hans Hoffmann-Lederer, Joseph Beuys und Maria Keller. Das Wirken von Joseph Beuys wird dabei vor allem aus der Perspektive anderer dargestellt, zum Beispiel durch Fotografien von Peter Schata von der documenta 6 (siehe dazu auch die Tagung oben), sowie Video- und Audioaufnahmen von Rainer Rappmann. Von Hans Hoffmann-Lederer steht eine kleine Auswahl seiner plastischen Werke zur Verfügung und von Maria Keller konnten im vergangenen Jahr eine größere Anzahl ihrer Skulpturen gewonnen werden. Außerdem werden historische Postkarten und Bilder aus der Gründungszeit des INKA zu sehen sein. Die Ausstellungen werden die verschiedenen Etappen des Jahres begleiten.

Ein weiterer Aspekt von 50 Jahre INKA soll dem Medianum Bauimpuls gewidmet sein, der zum Jahrhundertwechsel im Jahr 2000 aus der Arbeit Wilfried Heidts in die Welt trat. Weiteres wird auf www.kulturzentrum-achberg.de folgen.

Quelle: Dezemberheft „Die Welle“, www.die-welle.org

Ein Woodstock der Ideen:

**Joseph Beuys, Achberg
und der deutsche Süden**

Ausstellung im Museum Ulm vom 23. Januar bis 6. Juni 2021 und Kunsthalle Vogelmann Heilbronn vom 17. Juli bis 31. Oktober 2021

Aus Anlass des 100. Geburtstags von Joseph Beuys (1921–1986) widmen die Veranstalter dieser herausragenden Künstlerpersönlichkeit des 20. Jahrhunderts eine umfangreiche Sonderausstellung. Das Projekt „Ein Woodstock der Ideen – Joseph Beuys, Achberg und der deutsche Süden“ konzentriert sich auf dessen künstlerische und politische Verbindung zu Schwaben. So fand im Heilbronner Hauptbahnhof 1945/46 vermutlich Beuys' erste Aktion statt, die ihn 1967 zur Aktion Hauptstrom führte. Rückblickend sagte Beuys zu seinem Erlebnis in Heilbronn: „(...) um meine Papiere wiederzubekommen, musste ich heimlich in das Büro der Streife eindringen. Aus diesem Grund drehte ich das Hauptkabel der Stromversorgung ab und setzte so den ganzen Bahnhof außer Strom.“ Weitere Berührungspunkte gibt es mit Giengen an der Brenz, wo er den Filz für seine Objekte bezog, sowie mit Wangen im württembergischen Allgäu, wo er die berühmte Honigpumpe für die documenta 6 herstellen ließ.

Erstmals überhaupt wird das Achberger Beuys-Archiv von Rainer Rappmann, das im Zusammenhang mit dem Internationalen Kulturzentrum Achberg (INKA) entstanden ist, für die Ausstellung ausgewertet und in diese integriert. Das vor 50 Jahren gegründete INKA galt in den virulenten 1970er und 80er-Jahren als ein wichtiges Zentrum des geistig-politischen Aufbruchs in Deutschland. Hier trat Beuys jährlich auf und arbeitete im Sinne seiner Idee der Sozialen Plastik an der „Humanisierung des sozialen Lebens auf allen Gebieten des Staates, der Wirtschaft und der Kultur.“ Der historische Versuch dieser Jahre bestand darin, den Prager Dritten Weg und den Sozialimpuls der Dreigliederung des sozialen Organismus mit all jenen interessanten Ansätzen zur Neugestaltung einer humanen Gesellschaft zu verbinden, welche in diesen Jahren als weltweite Alternativen zu Kapitalismus und Staats-Sozialismus entwickelt wurden. Darüber hinaus sind Joseph Beuys' Erweiterter Kunstbegriff und die Idee der Sozialen Skulptur besonders geeignet, um in einem umfangreichen Begleitprogramm aktuelle Fragen zur Relevanz der Demokratie mit einer jungen Generation, wie etwa Fridays for Future oder Future2, zu diskutieren.

Infos: www.museumulm.de und www.museen.heilbronn.de/kunsthalle

Zur Ausstellung erscheint im www.fiu-verlag.com ein umfangreich bebildertes Katalogbuch.

(Auszug aus dem Projektpapier. Quelle: Dezemberheft „Die Welle“, www.die-welle.org)

Soziale Kräfte: das Potenzial des Menschen in uns und für die Welt

Tatiana Ushakova / Oksana Alekhina

In diesem Artikel verfolgen wir die Auswirkungen restriktiver Maßnahmen im Zusammenhang mit der Anfang 2020 angekündigten Covid-19-Pandemie auf die Grundlage des seelischen Lebens der Menschen – auf die zwischenmenschlichen Beziehungen. Auf der Suche nach Wegen zur Erneuerung der sozialen Interaktion wenden wir uns dem anthroposophischen sozialen Impuls zu und sprechen über eine Methode der Zusammenarbeit, die darauf abzielt, die sozialen seelischen Kräfte zu stärken.

Die weltweit eingeführten Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung von Coronavirus-Infektionen wirken sich vor allem auf den Bereich der sozialen Beziehungen aus: von den Regeln zur Wahrung der sozialen Distanz über die Isolation von Menschen bis hin zur Schließung sozialer Institutionen. Die Autoren des Artikels beabsichtigen nicht, die Richtigkeit der ergriffenen Maßnahmen zu erörtern. Hier geht es darum, uns ihrer Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Menschen bewusst zu werden.

In den Monaten der Pandemie ist es zur Gewohnheit geworden, sich gegenseitig zu umgehen, Kontakte zu vermeiden, Live-Kommunikation durch virtuelle zu ersetzen – all dies sind Anzeichen für eine Zunahme der sogenannten asozialen Tendenzen, wenn sich Menschen voneinander entfernen. Gleichzeitig können wir die Zunahme der antisozialen Kräfte beobachten, wenn jeder in seinem eigenen Interesse handelt und versucht, auf Kosten anderer mehr Nutzen für sich selbst zu erzielen. Unwillkürlich stellt sich die Frage: Welche Möglichkeiten zur Offenlegung sozialer Kräfte bleiben uns unter Bedingungen, unter denen jeder, der uns begegnet, eine Bedrohung für unsere Gesundheit und unser Leben darstellt? Können wir, indem wir Distanz auf der physischen Ebene halten, zusehen, dass sie gleichzeitig keine Distanz auf der seelischen Ebene hervorruft? Nachdenken über solche Fragen unter modernen Bedingungen ist bereits Ausdruck der Besorgnis um die Kräfte, die uns allen innewohnen, um die Herzkräfte, die uns zu Menschen machen.

Aus unserer Sicht gibt uns die „neue Realität“ die Möglichkeit, über die Frage nach dem wahren menschlichen Miteinander nachzudenken. Je mehr wir äußerlich getrennt sind, desto intensiver können wir unsere sozialen Kräfte innerlich kultivieren: D.h. immer wieder in uns aufrichtiges Interesse an anderen Menschen wecken, die Stimmung der Unvoreingenommenheit und seelischen Wärme stärken. Wir können äußerlich gezwungen werden, sozialen Verhaltensnormen zu folgen, aber zu einer inneren sozialen Haltung können wir nur aus der Freiheit gelangen. Es kann niemand gezwungen

werden, das Wesen eines anderen Menschen zu respektieren. Man kann nur versuchen, es selbst in völliger Freiheit zu tun.

Unter dem Gesichtspunkt des anthroposophischen Sozialimpulses ist die innere soziale Haltung immer ein Opfer, ein Opfer des eigenen Bewusstseins. Wenn die andere Person kein „Objekt“ für mich ist, wenn ich sie als mir gleich empfinde, korrigiere ich sie nicht, ich verurteile sie nicht, ich versuche, mich mit ihr zu identifizieren, nutze jede Begegnung, um in die andere Person „einzuschlafen“ und ihr die Möglichkeit zu geben, sich durch mich zu öffnen. Dann besteht der soziale Impuls darin, die Not des Mitmenschen zum Motiv des eigenen Handelns zu machen. Wenn die Menschen den Anderen in sich aufnehmen, schöpfen sie Kraft aus ihren Begegnungen und werden für einander zu Toren der geistigen Welt.

Basierend auf dem Verständnis des Sozialen als Verantwortung für die Erschließung des Potenzials einer anderen Person haben die Autoren des Artikels im Rahmen des Projektes der Akademie für soziale Kunst¹ eine Methode der Teamarbeit entwickelt, die sogenannte EVOE-Methode². Der Kern dieser Methode besteht in der Stärkung der Herzkräfte für das Wahrnehmen des Höchsten im Menschen. Mit Hilfe dieser Methode können Gruppen neue Produkte entwickeln, ohne in Konflikt- oder Kompromissituationen zu geraten. Die EVOE-Methode ermöglicht das Endprodukt auf einem qualitativ neuen Niveau zu erhalten, weil sich die Menschen gegenseitig die Möglichkeit eröffnen, durch einander zu ihrem höchsten Potenzial zu gelangen.

In der ersten Phase der Methode tauche ich in mich selbst ein und entwickle meine eigene Projektidee. Dann kommt der Wendepunkt – das Treffen. Mit unserer innerlichen Einstellung schaffen wir eine bestimmte Qualität dieses Treffens: Ich entscheide mich, den Anderen, der sein Konzept des Projekts mit sich bringt, nicht als Konkurrenten, der mir im Wege steht, wahrzunehmen, auch nicht als Gegner, der von meinen Ideen zu überzeugen ist, auch nicht als Partner, mit dem ich einen Kompromiss finden will, sondern als Person, für deren Welt ich mich interessiere. Um in die zweite Phase der Methode einzutreten, entscheide ich mich, vollständig und selbstlos in die Welt des Anderen einzutauchen – das heißt, innerlich werde ich zu dem anderen Menschen, dem ich zuhöre.

In der zweiten Phase präsentieren wir uns gegenseitig unsere Projektkonzepte, hören einander zu.

In der dritten Phase entwickelt jeder von uns die Ideen des Partners „aus ihm/ihr heraus“. Das Ziel ist, sich mit dem Anderen zu verbinden und zu fühlen, was in seinem/ihrem Konzept als Potenzial lebt, das sich noch nicht manifestiert hat. Gleichzeitig setzt jeder die eigene Linie fort und verfeinert das eigene Konzept.

¹ www.socarta.ru

² EVOE – ein Gruß aus den alt-griechischen Mysterien, richtet sich auf das Höhere im Menschen.

Das Treffen eröffnet eine neue Phase der Interaktion – wo jeder von uns zwei Projektkonzepte präsentiert: „aus sich heraus“ und „aus dem Partner heraus“. Dabei geht es nicht darum, die Entwicklung der Ideen des Anderen genau zu treffen. Die Botschaft ist eher: Hilft Dir mein Beitrag auf Deinem Weg? Kannst Du daraus etwas für Dich nehmen? Durch diese Interaktion wird eine Gemeinschaft gebildet, die sich in eine Art Schüssel für die Wahrnehmung qualitativ neuer Konzepte verwandeln kann, die über die einfache Summe der Ideen hinausgehen.

In der letzten Phase lassen alle die Vielfalt der Ideen in sich nachklingen und hören in der Stille der Herzen auf die gemeinsame Essenz, die aus der Zukunft verwirklicht werden will. Im übertragenen Sinne gesprochen kann dann die Geburt „eines neuen Sterns“ erlebt werden. Im Grunde der EVOE-Methode liegt der Impuls der sozialen Dreigliederung.

Bei solcher Zusammenarbeit gibt es keine Hierarchie, keine Autoritäten, die Gleichheit aller Beteiligten ist der Ausgangsfaktor – was dem Bewusstsein der Rechtssphäre entspricht. Jeder Mensch in der Gruppe hat genug Raum, um seine Ideen und Konzepte auszudrücken, und schafft Bedingungen, damit auch andere genug Raum dafür haben.

Gleichzeitig entwickelt jeder seine Ideen in völliger Freiheit, ohne auf die Autoritäten und Meinungen anderer zurückzublicken, ohne sich mit den anderen zu vergleichen – hier kommt das Prinzip der Freiheit des geistigen Lebens zum Ausdruck. Alles, was in mir lebt, kann zum Ausdruck kommen, ohne Befürchtungen, von einer maßgeblichen Meinung verurteilt oder abgewertet zu werden.

Die Arbeit im Rahmen dieser Methode richtet sich auf die andere Person nach dem Prinzip: Ich mache das für Dich – meine vorrangige Verantwortung ist nicht das Endprodukt, sondern Du, die Entfaltung Deiner Vision. Auf diese Weise manifestiert sich das Element der Brüderlichkeit.

Zusammenfassend können wir sagen, dass die aktuelle Situation uns vor eine Wahl stellt: Lasse ich die unsozialen Tendenzen der „neuen Realität“ in mich herein? Oder versuche ich, deren Auswirkungen auf mein Herz und meine sozialen Kräfte zu bemerken und ihnen nicht nachzugeben, sondern bewusst echte soziale Beziehungen aufzubauen? Hinsichtlich eines bewussten Umganges mit dem Thema des Sozialen scheint uns die EVOE-Methode eine Form zu sein für die Umsetzung des anthroposophischen sozialen Impulses, ein Weg für die praktische Verkörperung des Ideals der sozialen Dreigliederung.

Tatiana Ushakova

Eurythmistin, Übersetzerin, Managerin sozio-kultureller Projekte. Mail: t.ushakova@yahoo.de

Oksana Alekhina

Businessberaterin, Experte für Eurythmie im Arbeitsleben, Mitbegründerin der Akademie für soziale Kunst.

Soziale Dreigliederung

Einladung an Weltenwandler

Markus Birnthaler

Liebe Freunde der sozialen Dreigliederung, liebe Weltenwandler,

durch die aktuelle Coronakrise werden die Themen einer künftigen Gesellschaft von Tag zu Tag brisanter. Wir gehen davon aus, dass wir in den nächsten Monaten eine selten dagewesene Chance erleben werden, unsere materialistisch und kapitalistisch geprägte Welt zu wandeln. Jetzt wird es darum gehen, dass sich alle Freunde einer menschlichen, postmaterialistischen und nachhaltigen Gesellschaft zusammenschließen.

Wir möchten Dich deshalb ganz herzlich zu unseren neuen und offenen Dreigliederungsprojekten einladen! Wir, das sind einzelne Dreigliederungs-Freunde, zwischen 18 und 81, zwischen Freiburg, Bern und München, die kürzlich z.B. eine TOP 100-Liste zur Dreigliederung und einzelne Petitionen erstellt haben. Aktuell besteht wieder die Möglichkeit mit einzusteigen und eigene Initiativen anzustoßen. Informationen: birnthaler.markus@gmail.com

Veränderungen im Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart

Udo Herrmannstorfer und Christoph Strawe begründeten 1991 mit einer Reihe von Mitstreitern das Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart. Im Vorstand kam Harald Spehl hinzu, mit seinem Ausscheiden André Bleicher. Nun hat sich Udo Herrmannstorfer aus der Vorstandstätigkeit aus Altersgründen zurückgezogen. Das ist für das Institut, das er durch sein unermüdliches Engagement und seine geistige Kraft geprägt und getragen hat, ein tiefer Einschnitt.

Am 10. Oktober fand im Forum 3 in Stuttgart eine Feier statt, in der sein Schaffen gewürdigt wurde. Gerald Häfner arbeitete in seinem Statement die eminente Bedeutung Udo Herrmannstorfers für den anthroposophischen Sozialimpuls heraus, Christoph Strawe ließ die Etappen einer Jahrzehnte währenden Zusammenarbeit lebendig werden. Ihm schlossen sich Christian Czesla und André Bleicher, beide Mitstreiter der ersten Stunde, an – mit episodischen Betrachtungen und Überlegungen zur Zukunft des Instituts, die in dem Schlusswort von Udo Herrmannstorfer ihr Echo fanden.

Nach der Freier fand eine Mitgliederersammlung statt, bei der auf Vorschlag von Christoph Strawe Stefan Padberg in den Vorstand gewählt wurde, dem damit wieder 3 Mitglieder angehören.

Atmen mit der Klimakrise: ökologisch – sozial – spirituell

**Klimatagung (Landwirtschaftliche Tagung
und Jugendtagung), Do., 11. Februar
15:00 Uhr bis So., 14. Februar 2021,
Goetheanum, Dornach Schweiz**

Bei der Klimatagung 2021 wollen wir uns gemeinsam fragen: Wie können wir in der heutigen Klimakrise atmen? Wie kann man die Klimakrise auf einer ökologischen, einer spirituellen und auch einer sozialen Ebene verstehen? Kann die Erde meinen Fußabdruck überhaupt noch ertragen? Der Klimawandel ist da – wir erleben ihn an den unterschiedlichsten Orten. Wir sind immer mehr mit extremen (Wetter-)Lagen konfrontiert. Die existenzielle Verunsicherung, die man dabei erlebt, kann jeder Mensch bis zu einem gewissen Punkt innerlich ausgleichen, und auch die Natur und die Landwirtschaft haben eine gewisse Resilienz. Aber ist über die Jahre nicht doch im inneren und äußeren Gefüge eine Erosion im Gange?

Mit einem erweiterten Klimabegriff wollen wir bei der gemeinsamen Tagung von Jugendsektion und Sektion für Landwirtschaft die Erde als lebendiges Wesen in den Blick nehmen, den Fakten nachgehen und Lösungsansätze diskutieren. Wir wollen die Frage nach dem Sinn des einzelnen Menschen im Verhältnis zu einer scheinbar aussichtslosen Menschheitssituation stellen. Wir wollen die soziale Sprengkraft konfrontieren mit dem Potenzial eines gemeinsamen Willens, die dringenden Aufgaben zusammen anzugehen. In dieser gewagten Mischung von bodenständiger Erfahrung und junger Zukunftskraft wünschen wir uns, zu einem belebenden Atem zu kommen, mit dem wir sprechen können: „Die Erde wartet auf meinen Fußabdruck – ich will auf ihr gehen und meinen Beitrag leisten für unsere gemeinsame Zukunft.“

Programm und weitere **Infos**: Sektion für Landwirtschaft, Hügelweg 59, 4143 Dornach, Schweiz. Infos +41 61 706 42 12 | landwirtschaft@goetheanum.ch, www.sektion-landwirtschaft.org, +41 61 706 42 12 | landwirtschaft@goetheanum.ch.

Praktisches: Am Goetheanum wird die Tagung unter Einhaltung unseres SARS-CoV-2-Schutzkonzeptes durchgeführt, welches sich nach den kantonalen Richtlinien richtet. Für alle Interessenten, die nicht zum Goetheanum reisen möchten oder können, ist die Teilnahme an unserem gleichzeitigen digitalen Tagungsprogramm möglich. Hier werden Liveübertragungen aus dem und in das Goetheanum sowie interaktive Formate zu aktuellen Fragestellungen angeboten.

Veranstaltungen des Instituts für soziale Dreigliederung Berlin

Einführungen in die soziale Dreigliederung mit Sylvain Coiplet. Unterscheidung und Zusammenwirken von Wirtschaftsleben, Rechtsleben und Geistesleben. Aktualität und Interpretationen der sozialen Dreigliederung:

- Grundlagenseminar Dreigliederung, Witten-Annen, Januar 2021: 05.01.2021 (Beginn 16:00) – 10.01.2021 (Ende 13:00)
- Aufbau-seminar Dreigliederung, Dresden, April 2021, 09.04.2021 (18:00) – 11.04.2021 (13.00)
- Grundlagenseminar Dreigliederung, Brumby, Mai 2021, 25.05.2021 – 30.05.2021
- Grundlagenseminar Dreigliederung, Dresden, Juni 2021. 09.06.2021 (11:00) – 13.06.2021 (13:00)
- Grundlagenseminar Dreigliederung, Brumby, Juli 2021, 22.07.2021 – 27.07.2021

Nähere **Informationen**: www.dreigliederung.de

Europäische Bürgerinitiative Bedingungsloses Grundeinkommen in der gesamten EU

Unsere Ziel ist die Einführung bedingungsloser Grundeinkommen in der gesamten EU, welche jedem Menschen die materielle Existenz und die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe sichern. Wir fordern die Europäische Kommission auf, einen Vorschlag für bedingungslose Grundeinkommen in der gesamten EU zu machen, welche die regionalen Ungleichheiten verringern, um den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU zu stärken.

Damit soll das Ziel der gemeinsamen Erklärung des Europäischen Rates, des Europäischen Parlamentes und der Europäischen Kommission von 2017 verwirklicht werden, dass zur Bekämpfung von Ungleichheit „die EU und ihre Mitgliedsstaaten auch effiziente, nachhaltige und gerechte Sozialschutzsysteme unterstützen werden, um Grundeinkommen zu garantieren.“

Im Anhang zur Europäischen Bürgerinitiative werden die Definition des Grundeinkommens, auf die sich die Einreichenden EU-weit geeinigt haben, und Angaben zu den betreffenden Verträgen der Europäischen Union gegeben.

Weitere Informationen und Möglichkeit zur Unterschrift > <https://www.ebi-grundeinkommen.de>

Kongressfestival „Soziale Zukunft“

Für eine Gesellschaft, die wir wollen!
17. bis 20. Juni 2021
Jahrhunderthalle Bochum

Das aufgrund der Corona-Krise verschobene Kongress-Festival „Soziale Zukunft“ findet nun ein Jahr später vom 17.06 bis 20.06.2021 statt. Mit einer Vielzahl von Kooperationspartnern hat sich das Organisationsteam zum Ziel gesetzt, unsere Gesellschaft freier, gerechter und solidarischer zu gestalten.

Die aktuelle Kernaufgabe unserer Gesellschaft ist die Schaffung sinnstiftender und nachhaltiger Lebensbedingungen. In drastischer Weise zeigen die ökologischen und sozialen Probleme der letzten Jahrzehnte: Wir müssen unser Handeln und Denken verändern. Doch wie geht das? In welcher Gesellschaft wollen wir wirklich leben?

Mit dem Kongress-Festival ‚Soziale Zukunft 2021‘ wollen wir Mut machen, neue Wege aufzeigen und ein Zeichen setzen für eine innovative und gleichzeitig gerechte, soziale und nachhaltige Zukunft. Wir sind überzeugt: Ein echter Wandel der Gesellschaft erfordert neben technischen und politischen Lösungen eine Neuausrichtung der inneren Haltungen und Werte.

Es ist an der Zeit zu handeln! Es geht um uns alle – eine Zivilgesellschaft, die sich aufmacht, die Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Rund 100 Organisationen und Projekte haben sich für das Kongress-Festival als Veranstaltende und Kooperationspartner*innen zusammengeschlossen. Sie stehen für tausende Menschen, die sich unserer gesellschaftlichen Zukunft verpflichtet fühlen. Wir laden Sie alle ein, mit uns und über 150 Referent*innen, Künstler*innen und Projektbetreiber*innen an der riesigen Zukunftsbaustelle zu arbeiten – an einer Gesellschaft, die wir wirklich wollen!

Für die Veranstalter
Matthias Niedermann, Michael Schmock

Informationen, Anmeldung
www.sozialezukunft.de bzw.
sozialezukunft.de/anmeldung

PS: Am neuen Programm wird noch gearbeitet. Das alte ist zwar hinfällig, gibt aber einen guten Vorblick auf die Veranstaltungen 2021: https://www.sozialezukunft.de/fileadmin/Soziale-Zukunft/sz20/dateien/sz20_flyer_A5.pdf

Aufruf zum Kostenausgleich

Etat 2021 der Initiative Netzwerk Dreigliederung

Stefan Padberg / Christoph Strawe

Hinter uns liegt ein Jahr, von dem wir alle spüren, dass danach vieles nicht mehr sein wird, wie es war. Eine Große Transformation deutet sich an, und die Unsicherheit, welche Chancen und Gefahren sie mit sich bringt und welche Rolle man selbst in ihr spielen will und kann, ist auch in unseren Reihen spürbar. Wir waren selbst unmittelbar betroffen von den gesellschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie: Einige Veranstaltungen mussten wir durch Zoom-Konferenzen ersetzen. Das für Ende November geplante Jahrestreffen der Initiative Netzwerk Dreigliederung mussten wir verschieben – in der Hoffnung, es im Sommer dann doch als Präsenzveranstaltung durchführen zu können. Es soll jetzt vom 4. bis 6. Juni 2021 stattfinden, wie geplant im Forum 3 in Stuttgart, das als Jugend- und Kulturzentrum, Theater- und Cafébetrieb gleich dreifach von den Corona-Maßnahmen geplat ist.

Das Programm unseres Treffens ist unverändert und findet sich in diesem Heft auf der letzten Seite: Netzwerktreffen 2021: Freies Geistesleben? – Umkämpftes Terrain. In der angelegten Form schien uns die Bearbeitung dieses Themas zu ambitioniert, um sie digital durchzuführen. Denn dies hätte die Begegnungsmöglichkeiten reduziert und eine erhebliche Programmbegrenzung erforderlich gemacht.

Immerhin haben wir Ende November recht kurzfristig eine Zoomkonferenz für Netzwerker*innen organisieren können, als „kleine Entschädigung“ für den Ausfall des Großen Treffens. Es scheint uns gerade heute wichtig, trotz widriger Umstände das Beste zu geben und die konstruktive Arbeit fortzusetzen.¹

Dies zu verwirklichen, hat auch eine finanzielle Seite. Allein eine Vierteljahresschrift wie die Sozialimpulse herauszugeben verursacht erhebliche Kosten. Auch Einkommensanteile sind zu finanzieren.

¹ Eine Darstellung des Profils des Netzwerks findet man auf unserer Website: <https://www.sozialimpulse.de/profil/netzwerk3/>

Das Kostenausgleichsverfahren unter den heutigen Bedingungen

Seit der Entstehungszeit unserer Initiative finanzieren wir die Aktivitäten durch ein Verfahren, das wir Kostenausgleich nennen. Auf diese Weise sind durch die Mitwirkung all derer, welche die Tätigkeit unserer Initiative finanziell mittragen wollen, immer wieder Mittel in einer Größenordnung zusammengekommen, die unsere Arbeit ermöglicht hat. Dafür sind wir allen Beteiligten außerordentlich dankbar.

Das Verfahren sei hier, besonders für die Neulinge unter uns, kurz beschrieben: Jeder und jede kalkuliert seinen bzw. ihren jeweiligen Beitrag zum Kostenausgleich auf der Grundlage des vorgelegten Jahresetats, wie Sie ihn auch in diesem Dezember-Heft vorfinden.

Der Jahresetat ist wie folgt gegliedert:

1. Zu erwartende Sachkostenbeiträge für die Zeitschrift.
2. Alle sonstigen zu erwartenden Kosten, insbesondere auch die Kosten für Honorar- und Gehaltsanteile, d.h. die Einkommensbeiträge, ohne welche die von den Beteiligten für notwendig erachtete Dreigliederungsarbeit des Büros bzw. der Redaktion nicht möglich wäre.

Die Kosten in diesem zweiten Block teilen sich diejenigen, die über den Bezug der Zeitung hinaus die Arbeit der Initiative mittragen wollen. Der Richtsatz für den Bezug der Zeitschrift liegt derzeit bei 30 Euro pro Jahr, für den sonstigen Kostenausgleich – bei angenommenen 220 Teilnehmenden – bei 100 Euro. Wohlgemerkt: Das sind nur Richtsätze. Wer weniger geben kann, gibt eben weniger. Wer mehr geben kann, gibt mehr.

Diese Rechnung ist in all den Jahren seit 1989 immer wieder aufgegangen. Wir hoffen, dass das auch im Jahr 2021 wieder der Fall sein wird. Bei einem verbleibenden Defizit besteht keine „Nachschuss-

Etat 2021

Kostenblock	Einnahmen	Ausgaben
Zeitschrift/Rundbrief (Sachkosten, ausgewiesene Kostenbeiträge)	13.000 €	13.500 €
Sach- und Bürokosten, auch für Öffentlichkeitsarbeit		1.500€
Reise-, Verpflegungs-, Unterbringungs- und Raumkosten		2.500€
Honorar- und Gehaltsanteile		17.500€
Zusammen	13.000 €	35.000 €
Erwartete Unterdeckung		- 22.000 €

Dieser Betrag muss durch das Kostenausgleichsverfahren aufgebracht werden. Bei angenommenen 220 Teilnehmenden am Kostenausgleich würde das einen Mittelwert von 100 € bedeuten.

pflicht“, – dieses kann also nur durch Einsparungen ausgeglichen werden. Sollte tatsächlich einmal ein größerer Überschuss anfallen, könnten die Beteiligten ihn, anders als bei einer Spende, zurückfordern. (Natürlich könnten Sie Ihren Beitrag aber auch für das Folgejahr stehen lassen.)

Im ersten Quartal des Jahres, für das der Etat gilt, erhalten die Teilnehmenden am Kostenausgleichsverfahren eine Abrechnung sowie eine Bestätigung über ihren Selbstkostenanteil im Vorjahr.

Steuerliche Behandlung

Der Kostenbeitrag ist keine Spende. Das Netzwerk ist nämlich kein gemeinnütziger Verein, sondern die an ihm beteiligten Menschen, Firmen und Institutionen bilden faktisch eine reine „Innengesellschaft“ – so der juristische Fachausdruck. Diese tritt nach außen hin, zum Beispiel einem Finanzamt gegenüber, nicht selbstständig auf. Jeder Gesellschafter kann im Rahmen dieser Innengesellschaft die

Im Umschlag an: Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstraße 3, 70184 Stuttgart

Name, Vorname..... Straße.....

Ort/PLZ.....Straße Tel./E-Mail.....

Einzugsermächtigung/SEPA-Basislastschriftmandat: Hiermit ermächtige ich die Initiative Netzwerk Dreigliederung als Selbstkostenbeitrag bis auf Widerruf

jährlich EUR

von meinem Konto einzuziehen. Davon sollen EUR auf die Zeitschrift Sozialimpulse entfallen.

Konto-Nr: BLZ/Bankinstitut:

IBAN BIC

Ort/Datum Unterschrift

Verantwortung für einen nach eigenem Ermessen anzusetzenden Kostenbeitrag übernehmen. Diese Beiträge können bzw. sollten von Menschen, Firmen und Institutionen, für welche die Beteiligung am Netzwerk in einem Zusammenhang mit ihrer beruflichen/gewerblichen Tätigkeit steht, als Werbungskosten bzw. als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen werden.

Etat 2021

Den hier vorgelegten Etat haben wir am 28. November in unserem Koordinierungskreis so vereinbart. Gegenüber dem Vorjahr haben sich nur die Kostenansätze leicht verändert, so dass die kalkulierte Unterdeckung von 22.000 Euro um 1.000 Euro unter der des Vorjahres liegt.

SEPA-Überweisungen

Dem Heft liegen wieder 2 Überweisungsträger bei, die Sie benutzen können. Sie benötigen dafür, wie auch für digitale Überweisungen, die entsprechende IBAN-Nummer, bei Zahlungen aus dem Ausland auch die BIC-Nummer. IBAN und BIC finden Sie auf dem Kontoauszug Ihrer Bank.

Bitte um Kostenbeiträge

Ihren Umlagebeitrag überweisen Sie bitte auf das Treuhandkonto Czesla, Konto Nr. 1161625 bei der BW Bank. Es hat die IBAN-Nr. DE 65 6005 0101 0001 1616 25 (BIC: SOLA DE ST).

Den Beitrag für die Zeitschrift (Richtsatz 30,- EUR) können Sie auch zusammen mit Ihrem Kostenausgleichsbeitrag überweisen, damit Sie nicht zwei Überweisungen tätigen müssen. Bitte achten Sie bei Ihrer Überweisung auf eine deutliche Zuordnung Ihrer Zahlung zu dem Namen bzw. der Institution, damit wir die Kostenausgleichsbescheinigung korrekt ausstellen können.

Leser*innen aus der Schweiz bitten wir zu beachten, dass wir unser Schweizer Postfinanzkonto schon im letzten Jahr auflösen mussten, da die Kosten unverhältnismäßig hoch geworden waren. Nutzen Sie also die für beide Seiten günstigere Form der SEPA-Überweisung auf das Treuhandkonto Czesla.

Zahlung per Lastschrift

Eine Zahlung durch SEPA-Basislastschriftmandat (früher Einzugsermächtigung genannt) bieten wir aus organisatorischen Gründen nach wie vor nur Beziehern in Deutschland an. Der Einzug per Lastschrift ist vor allem dann sinnvoll, wenn Sie uns über mehrere Jahre immer den gleichen Kostenbeitrag zukommen lassen möchten. ■

Werkstätten und Kolloquien 2021/22

„Die Große Transformation“

Vieles spricht dafür, dass insbesondere die (früh-)industrialisierten Länder in naher Zukunft eine „Great Transformation“ (Karl Polanyi), eine Periode tiefgreifender Umbrüche, durchlaufen werden, die voraussichtlich eine Abkehr von den über Jahrzehnte hinweg dominanten Lebensweisen, Produktionsformen und Wachstumsmustern, aber auch von habitualisierten Denkstilen und Verhaltensmustern der Akteure hervorrufen wird. Doch wohin soll die Reise gehen und wer soll und auf welche Weise die Entwicklungsrichtung bestimmen? Mit diesen Fragen beschäftigen sich die Kolloquien des Instituts für soziale Gegenwartsfragen im Jahr 2021/22 – geplant ist eine mehrteilige, aufeinander aufbauende Reihe von Veranstaltungen, welche das Ziel verfolgt, anthroposophische Sozialwissenschaft zu entgrenzen, indem diese an transformative Prozesse an- und mit signifikanten Pfadentwicklungen kurzgeschlossen wird.

Neue gesellschaftliche Herausforderungen und die Große Transformation

Karl Polanyi hat in seiner Erzählung des Kapitalismus die Entwicklung industrialisierter Länder bekanntlich als Doppelbewegung interpretiert. Vom ideologischen Leitbild reiner Marktgesellschaften angetrieben – und in dieser Analyse treffen sich Rudolf Steiner und Karl Polanyi –, wurden die fiktiven Waren Arbeit, Boden und Geld im liberalen Wettbewerbskapitalismus so behandelt, als seien sie handelbare Güter. Diese Bewegung bewirkte ein soziales disembedding, ein Herauslösen der Märkte aus ihren gesellschaftlichen Bindungen, was wiederum Gegenbewegungen provozierte, die schließlich im deutschen und europäischen Faschismus kulminierten. So verstanden ist Transformation ein doppeldeutiger Begriff. Er thematisiert einen tiefgreifenden, lang anhaltenden Umbruch, der keineswegs zur Besserung von Gesellschaften führen muss, sondern auch in autoritären Herrschaftsformen enden kann.

Gewiss, Geschichte wiederholt sich nicht, gleichwohl sind gegenwärtig Parallelen zu den krisenhaften Prozessen der früh-industrialisierten Länder nicht von der Hand zu weisen. Als Reaktion auf stagnative Tendenzen in den früh-industrialisierten Ländern in Gang gesetzt, mündete die intensivierete Globalisierung (Anthony Giddens) seit den 1980er Jahren in eine Welt, die vornehmlich über Märkte, transnationale Handels- und Produktionsketten verflochten ist. Anthony Giddens, der Berater von Tony Blair, prägte das Narrativ der Globalisierung als Fahrt mit dem Dschagannath-Wagen. Ökonomische

Globalisierung verstand er als einen Sachzwang und Akteure, welche sich diesem Sachzwang nicht unterwerfen mochten, so die Auffassung, würden von dem Gefährt der indischen Gottheit überrollt werden. Beginnend mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, verstärkt durch die Flüchtlingskrise, unter dem Eindruck einer immer stärkeren Realität werdenden Klimakrise und mittlerweile in der Corona-Krise existentiell erlebbar, beginnen sich Sichtweisen und Interpretationen tiefgreifend zu verändern: Die Globalisierung ist repulsiv und Krise zum Dauerzustand geworden. Sie gebiert gegenläufige Bewegungen, die auf die verursachenden Zentren im reichen Norden zurückschlagen und auch dort Gesellschaften verändern.

Die großen Krisen der letzten zehn Jahre signalisieren überdies, dass diese Wechselbeziehung von ökonomischem Wachstum und ökologischer Zerstörung an einen historischen Umschlagpunkt angelangt ist. Sofern Wirtschaftswachstum überhaupt noch generiert werden kann, zehren die ökologischen Destruktionskräfte den äußerst ungleich verteilten Wohlfahrtsgewinn auf. Den industrialisierten Ländern bleiben daher künftig nur zwei Optionen: „One is to make growth sustainable; the other is to make degrowth stable“ (Tim Jackson). Doch gleich welcher Weg gewählt wird, beide laufen auf eine große gesellschaftliche Transformation hinaus, denn ein „bankrott System lässt sich nicht mit kurzfristigen Reparaturen am Leben halten“, wir benötigen, so der Umweltökonom Tim Jackson, „etwas ganz anderes“.

Die Themen der Kolloquien nehmen diese Diagnose einer großen Transformation auf und übertragen sie mit gebotener Vorsicht auf die jüngere Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Mit dem Begriff einer großen Transformation versuchen derzeit viele Sozialwissenschaftler, aber auch erhebliche Teile der politischen Eliten und ihrer Think Tanks, aktuelle Umbrüche zu beschreiben und auch zu gestalten. Selbst dort, wo der Begriff sich von Polanyis Gesellschaftsdiagnose gelöst hat – etwa in den Ergebnissen der WGBU-Studien – bestimmt der Transformationsgedanke die gesellschaftlichen Diskurse. Zu den wichtigen Treibern der gesellschaftlichen Transformation zählen:

- Eine Kumulation ökologischer Gefahren, infolge exzessiver Nutzung der Natur. Aufgrund der Entbettung der Ökonomie aus dem ökologischen Umsystem werden planetarische Belastungsgrenzen dauerhaft überschritten, was zu irreparablen Schäden führt.
- Das Abflachen der ökonomischen Wachstumsraten in den altindustriellen Gesellschaften, welches mit der Dynamik aufholender Wachstumsgesellschaften (China) kontrastiert und dazu führt, dass eine sozialstaatliche Befriedung nicht mehr in tradierter Form aus Produktivitätsfortschritten finanziert werden kann.

- Zunehmende Ungleichheit innerhalb der meisten Gesellschaften und Ausbreitung prekärer Arbeits- und Lebensformen.

- Anwachsende Dynamik der Fluchtbewegungen, deren Spitzen nun auch die alten kapitalistischen Zentren erreichen und europäische Gesellschaften zwingen, sich als plurale Migrationsgesellschaften zu begreifen.

- Eine fortschreitende Krise der Demokratie (Postdemokratie), die Protestbewegungen evoziert.

- Eine forcierte Digitalisierung, die als neues hegemoniales Wachstumsprojekt gesellschaftliche Spaltungen vertiefen und demokratische Öffentlichkeiten destruieren kann; die aber auch neue Formen demokratischer Auseinandersetzungen und massenhafter Mobilisierung ermöglicht.

Diese neuen gesellschaftlichen Herausforderungen und ihre Deutungen, die mit ihnen verbundenen Chancen und Verwerfungen, aber auch die Suche nach Alternativen zum Bestehenden stehen im Zentrum der Kolloquien 2021/22. Das Institut für soziale Gegenwartsfragen setzt dabei bewusst thematische Schwerpunkte. Im Mittelpunkt steht einerseits der institutionelle Zusammenhang von sozialen und ökologischen Problemen. Es geht um die Zukunft der Ökonomie samt den damit verbundenen sozialen, kulturellen, ökologischen, technologischen und politischen Implikationen. Es geht aber auch um eine eingehende Betrachtung der Akteure. Angesichts der Kontingenzbeschleunigung im Anthropozän gibt es eine Denktradition, welche mit großem Unbehagen Notiz nimmt von den gewaltigen Steigerungen unserer Handlungsmöglichkeiten im Zuge des sogenannten Fortschritts.

Walter Benjamins Thesen „Über den Begriff der Geschichte“ zählt ebenso zu den Beglaubigungsurkunden dieser Tradition, wie das zentrale Werk Günther Anders von der Antiquiertheit des Menschen. Anders hat seine Besorgnis in drei Thesen zum Ausdruck gebracht: „dass wir der Perfektion unserer Produkte nicht gewachsen sind, dass wir mehr herstellen als vorstellen und verantworten können; und dass wir glauben, das, was wir können, auch zu dürfen, nein: zu sollen, nein: zu müssen.“

Kurz gefasst: Das Drama der Kontingenzbeschleunigung lässt sich darin zusammenfassen, dass wir zunächst etwas noch nicht konnten, und es einen Augenblick später bereits nicht mehr verantworten können. Noch nicht, nicht mehr – in dieser Sequenz ist – einstweilen unsichtbar – derjenige aufgehoben, auf den es in der Auseinandersetzung vor allem ankommt: der aus Erkenntnis Handelnde (Rudolf Steiner). Die große Transformation benötigt diesen Handlungstypus und nicht länger die Virtuosen des versäumten Augenblicks.

Die Große Transformation I

Felder und Konturen der Transformation

Forum 3, Gymnasiumstr. 21,
70173 Stuttgart, 18./19. Februar 2021

Institut für soziale Gegenwartsfragen in
Verbindung mit der Initiative Netzwerk
Dreigliederung

Falls die Corona-Situation eine
Präsenzveranstaltung unmöglich machen
sollte, wird das Event als Internettreffen
stattfinden.

Öffentliches Werkstattgespräch

Freitag, 12. Februar 2021, Beginn 19 Uhr

Soziale Dreigliederung als Transformationsimpuls

Vortrag André Bleicher, anschließend
Gespräch im Plenum. Moderation:
Ulrich Morgenthaler.
Teilnahmebeitrag nach Selbsteinschätzung
(Richtsatz EUR 10)

Forschungskolloquium

Samstag, 13. Februar 2021,
Beginn 9 Uhr

I. 9.00 – 10.30 Uhr:
**Einschätzungen des wissenschaftlichen Beirats der
Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
(WGBU)** (Einleitung: N.N.)

II. 11.00 – 12.30:
**Große Transformation – die
Kunst des gesellschaftlichen Wandels**
(Einleitung N.N.)

III. 14.00 – 15.30:
**Die WGBU-Studien als Resonanzboden
für anthroposophische Sozialwissenschaft**
(Einleitung Stefan Padberg)

IV. 16.00 – 17.00:
**Kein Ende der Geschichte: Pfade der
Transformation jenseits von Dystopie und Utopie**
(Einleitung: Jean-Marc Decressonnière / angefragt)

17.15 – 18.30: **Abschlussplenum**

Teilnahmebedingungen

Die Werkstatt am Freitagabend ist öffentlich,
eine besondere Anmeldung ist nicht
erforderlich. Das Forschungskolloquium ist
ein Gespräch zwischen Menschen, die sich
bereits mit dem Thema auseinandergesetzt
haben. „Neulinge“ sind als interessierte
Gäste und Zuhörer willkommen und herzlich
eingeladen. Wir erbitten zur Kostendeckung
der Veranstaltung Spenden, die Sie nach
eigenem Vermögen und Ermessen
ansetzen können.

Kontakt und Anmeldung

Institut für soziale Gegenwartsfragen
e.V. Stuttgart
Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart,
Tel. (0711) 23 68 950
E-Mail: Institut@sozialimpulse.de
Internet: www.sozialimpulse.de

Weitere geplante Werkstätten und Kolloquien zur Großen Transformation 2021/22

Die Große Transformation II.
Die Dialektik von individueller und sozialer Entwicklung
15./16. Oktober 2021, Forum 3, Stuttgart

Die Große Transformation III.
Die Zukunft moderer Gesellschaften und
die Metamorphosen der Ökonomie
11./12. Februar 2022, Forum 3, Stuttgart

Mitwirkende: André Bleicher, Stefan Padberg, Johanna Hueck, Ulrich Morgenthaler, Harald Schwätzer u.a.

Netzwerktreffen 2021

Freies Geistesleben?

Umkämpftes Terrain: Die Selbsterweckung des Geisteslebens im Spannungsfeld zwischen staatlicher Vormundschaft und ökonomischer Usurpation

Fr 04. bis So 06. Juni 2021
Ort: Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart

Programm umseitig >>

Netzwerktreffen 2021

Freies Geistesleben?

Umkämpftes Terrain: Die Selbsterweckung des Geisteslebens im Spannungsfeld zwischen staatlicher Vormundschaft und ökonomischer Usurpation

Fr 04. bis So 06. Juni 2021

Forum 3, Gymnasiumstr. 21
70173 Stuttgart

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,
wegen der Corona-Situation musste das für Ende letzten Jahres angekündigte große Netzwerktreffen verschoben werden. Neuer Termin ist jetzt der 4.-6. Juni 2021. Es soll in Stuttgart im Forum 3 stattfinden. Hierzu laden wir Sie/Euch herzlich ein. Wir setzen darauf, dass im Juni wieder Saalveranstaltungen möglich sind. Es ist allerdings nicht unwahrscheinlich, dass wegen Wahrung von Abstandsregeln etc. die Teilnehmerzahl begrenzt sein wird. Daher empfehlen wir möglichst baldige Anmeldung. Das Thema bleibt das Freie Geistesleben und seine Zukunft. Ablaufplan siehe unten, Änderungen bleiben vorbehalten.

Für die Vorbereitungsgruppe
André Bleicher, Stefan Padberg, Christoph Strawe

Anfragen bitte an netzwerk@sozialimpulse.de

Anmeldungen über das

Anmeldeformular Netzwerk

<https://www.sozialimpulse.de/studienangebot/anmeldeformular-netzwerk/>

Ablauf des Netzwerktreffens 2021

Freitag, 4. Juni 2021: Einführung

- 19:00 – 20:00
Begrüßung (Christoph Strawe), Einführung ins Thema (Stefan Padberg), Vorstellungsrunde
- 20:00 – 21:30 Das doppelte Gesicht des Geisteslebens: Geistesleben als Produzent von Unfreiheit, Geistesleben als Bedingung der Freiheit (Vortrag André Bleicher, Aussprache)

Samstag, 5. Juni 2021

Block I: Geistesleben und Staat (9:00 – 12.30)

09:00 – 10:30:

- Bestandsaufnahme in der neuen Unübersichtlichkeit: Staat auf dem Rückzug! Freies Geistesleben auf dem Vormarsch? (Albert Schmelzer) 45'
- Diskussion 45'

10:30 Pause

11:00 – 12:30:

- FridaysForFuture: Kalkulierte Regelverletzung im Bildungssektor und die Blamage des Staates (Demokratische Stimme der Jugend) 30'
- Rückzug des Staates aus dem Gesundheitswesen: Befreiung von staatlicher Bevormundung? (Stefan Padberg) 30'
- Diskussion 30'

12:30 Mittagspause

Block II: Selbstbestimmung des Geisteslebens (15:00 – 18:30)

15:00 – 16:30:

- 50 Jahre Forum 3 Stuttgart, Wege und Irrwege (Ingrid Lotze, Ulrich Morgenthaler) 45'
- Fragen, Gespräch 15'
- Cusanus-Hochschule: Schiffbruch Selbstverwaltung – Erklärungsversuche unter Deck (Fabian Warislohner) 30'

17:00 – 18:30

- Probleme bei der Einrichtung eines selbstverwalteten Studiengangs ‚Philosophie und Weltgestaltung‘ (Gruppe selbstbestimmt Studieren, Fedelma Wiebelitz, Gina Witzig, Elisabeth Rybak) 35'
- Neue Wege in der Selbstverwaltung (Wolfgang Rau) 30'
- Diskussion (18:30 Abendpause) 25'

Block III: Geistesleben und Ökonomie (Sa, 20:00 – So, 10:30)

20:00 – 24:00h:

- Finanzierung des Geisteslebens, Verhältnis Geistesleben und Wirtschaftsleben (Gerald Häfner) 45'
- Organische nicht-technokratische Ansätze der Finanzierung des Geisteslebens (Gespräch) 30'
- Filmnacht: Vincennes, l'université perdue, Dokumentarfilm (Einleitung A. Bleicher) 22:00

Sonntag, 6. Juni 2021

9:00 – 10:30

Berichte aus verschiedenen Initiativen (jeweils ca. 5 Minuten). Moderation: Moritz Christoph 90'

11:00 – 13:00

Abschlussplenum und Schlusswort (Gerald Häfner)